

Stenographisches Protokoll

314. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Mittwoch, 20. September 1972

Tagesordnung

1. Interimsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
2. Interimsabkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
3. Interimsabkommen-Durchführungsgesetz
4. Änderung des Ausgleichsabgabegesetzes
5. Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden

Inhalt

Personalien

Entschuldigungen (S. 9011)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 9011)

Gesetzesbeschlüsse und Beschlüsse des Nationalrates (S. 9011)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 9012)

Verhandlungen

Beschlüsse bzw. Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates vom 14. September 1972:

Interimsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (812 d. B.)

Interimsabkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (813 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Heger (S. 9012)

Interimsabkommen-Durchführungsgesetz
(814 d. B.)

Änderung des Ausgleichsabgabegesetzes
(815 d. B.)

Berichterstatterin: Hermine Kubanek
(S. 9013)

Redner: Ing. Mader (S. 9013), Prechtl
(S. 9016 und S. 9050), Göschelbauer
(S. 9020), Trenovatz (S. 9022), DDR.
Pitschmann (S. 9024), Wally (S. 9029),
Knoll (S. 9034), Tirnthal (S. 9038), Pabst
(S. 9040), Bundesminister Dr. Staribacher
(S. 9042), Alberer (S. 9045), Hofmann-
Wellenhof (S. 9048) und Bundesminister
Dr. Kirchschläger (S. 9053)

kein Einspruch (S. 9054)

Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 14. September 1972: Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden (816 d. B.)

Berichterstatter: Schwarzmann (S. 9054)

kein Einspruch (S. 9054)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Bundesräte Ing. Gassner und Genossen (280/A. B. zu 306/J-BR/72)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Frühstorfer und Genossen (281/A. B. zu 307/J-BR/72)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Schwaiger und Genossen (282/A. B. zu 305/J-BR/72)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender Bürkle: Hoher Bundesrat! Ich eröffne die 314. Sitzung des Bundesrates.

Das amtliche Protokoll der 313. Sitzung des Bundesrates vom 27. Juli 1972 ist aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung die Bundesräte Preindl, Schreiner und Dr. Reichl.

Einlauf und Behandlung der Tagesordnung

Vorsitzender: Seit der letzten Bundesratsitzung sind drei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Anfragestellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Eingelangt sind ferner jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

9012

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Vorsitzender

Ich habe diese Vorlagen gemäß § 29 der Geschäftsordnung den Obmännern der zuständigen Ausschüsse zur Vorberatung zugewiesen. Die Ausschüsse haben diese Beschlüsse des Nationalrates einer Vorberatung unterzogen. Die diesbezüglichen schriftlichen Berichte liegen vor.

Gemäß § 28 Abs. C der Geschäftsordnung habe ich diese Vorlagen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, von der 24stündigen Aufliegefrist der schriftlichen Ausschußberichte im Sinne des § 30 Abs. F der Geschäftsordnung Abstand zu nehmen.

Ich ersuche daher jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Händezeichen. — Danke. Das ist die Mehrheit. Dieser Vorschlag ist somit — ich glaube sogar einstimmig — angenommen.

Es ist mir weiters der Vorschlag zugekommen, die Debatte über die Punkte 1 bis 4 der Tagesordnung unter einem abzuführen.

Es sind dies die Beschlüsse des Nationalrates betreffend ein

Interimsabkommen Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ein

Interimsabkommen Österreichs mit Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ein

Durchführungsgesetz zu diesen beiden Interimsabkommen sowie die

Aenderung des Ausgleichsabgabegesetzes.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, werden jeweils zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben. Sodann wird die Debatte über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich wie immer in solchen Fällen getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Der Vorschlag ist somit angenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, habe ich den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher, den Herrn Bundesminister für Finanzen Doktor Androsch und den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschläger zu begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

1. Punkt: Beschuß des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend ein Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft samt Anlagen (812 der Beilagen)

2. Punkt: Beschuß des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend ein Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl samt Anlagen (813 der Beilagen)

3. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend ein Bundesgesetz über die Durchführung der Zollbestimmungen des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Interimsabkommen-Durchführungsgesetz) samt Anlage (814 der Beilagen)

4. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabegesetz geändert wird (815 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 bis 4, über die soeben beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen.

Es sind dies:

Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

Interimsabkommen-Durchführungsgesetz und

Aenderung des Ausgleichsabgabegesetzes.

Berichterstatter über die Punkte 1 und 2 ist Herr Bundesrat Dr. Heger. Ich bitte ihn, zu berichten.

Berichterstatter Dr. Heger: Hoher Bundesrat! Anlässlich der Unterzeichnung zwischen der Republik Österreich und den Europäischen Gemeinschaften zur Schaffung einer Freihandelszone für den EWG-beziehungsweise EGKS-(Kohle und Stahl)-Bereich wurde von Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das vorliegende Interimsabkommen unterzeichnet, das insbesondere eine Senkung der Zölle im Warenverkehr zwischen den Vertragspartnern schon vor Inkrafttreten der genannten Abkommen zur Bildung einer Freihandelszone (Globalabkommen) vorsieht.

Der Nationalrat sah bei Genehmigung des vorliegenden Abkommens keine Notwendigkeit, vom Grundsatz der generellen Transformation abzugehen. Durchführungsgesetze

Dr. Heger

erscheinen nur insoweit notwendig, als das Abkommen Bestimmungen enthält, die nicht unmittelbar vollzogen werden können.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaftliche Integration hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung am 19. September 1972 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Der gleiche Wortlaut gilt für den zweiten Bericht, ausgenommen die Änderung eines Satzes, die folgendermaßen lautet: „... vorliegendes Interimsabkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet, ...“.

Demgemäß stelle ich den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen, gegen die Beschlüsse des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl samt Anlagen und Protokollen keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Berichterstatter über die Punkte 3 und 4 ist Frau Bundesrat Hermine Kubanek. Ich bitte um die Berichterstattung.

Berichterstatterin Hermine Kubanek: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Der vorliegende Gesetzesbeschuß des Nationalrates enthält Vorschriften über die Einhebung von Zöllen und das Zollverfahren in Durchführung der von der Republik Österreich mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl abgeschlossenen Interimsabkommen.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. September 1972 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause durch mich zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung ist folgender Bericht zu erstatten:

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates soll das Ausgleichsabgabegesetz 1967, das für bestimmte Verarbeitungsprodukte aus landwirtschaftlichen Rohstoffen eine Abgabe besonderer Art vorsieht, durch die zum Teil die österreichischen Verarbeitungsbetriebe geschützt und zum anderen Teil die Preisdifferenz bestimmter, in diesen Verarbeitungsprodukten enthaltener

landwirtschaftlicher Vorprodukte ausgeglichen werden soll, der im Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Reihe von landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten vorgesehenen Regelung angepaßt werden.

Auch hier hat mich der Finanzausschuß beauftragt, dem Hohen Hause vorzuschlagen, den Gesetzesbeschuß nicht zu beeinspruchen.

Vorsitzender: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Mader. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Ing. Mader (OVP): Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Herren Minister! Hoher Bundesrat! Seit Wochen und Monaten beschäftigen das Interimsabkommen und seine entsprechenden Begleitgesetze die Öffentlichkeit. Im breiten Fächer der Medien erfolgte eine recht gründliche Ausleuchtung der Materie von den verschiedensten Standpunkten aus.

Mit der heutigen Tagung des Bundesrates geht nun auch im Parlament eine lange und gründliche Beratungsserie in ihrer ersten Stufe zu Ende. Unter Zugrundelegung dieser Tatsache beschränke ich mich auf eine kurze und geraffte Zusammenfassung jener Aussagen, die von meiner persönlichen Warte des Arbeitnehmers und Betriebsrates aus gerade auch hier in der Länderkammer am Platze sind.

Es ist wohl selbstverständlich für einen jungen Politiker, der schon in den Jahren vor seinem Eintritt in diese Arena stets den Gedanken eines kooperativen Europa auf der Basis der Vaterländer vertreten hat, vom Grundsätzlichen her ein Vertragspaket zu begrüßen, das ganz entscheidend in diese Richtung weist.

Selbstverständlich ist es auch, daß eine Partei, die wie die OVP seit über ein Jahrzehnt in verantwortungsbewußter politischer Vorausschau die Wege zur EWG bereitet hat, den Willen zur Zustimmung zu ihrer Grundhaltung macht.

Und mit derselben Selbstverständlichkeit hat auch die Österreichische Volkspartei, die sich in ihrer Funktion der Opposition genauso dem gesamten österreichischen Volk gegenüber verantwortlich fühlt wie die Regierungspartei, aufzuzeigen, inwieweit sich der Inhalt des vorliegenden Papieres vom möglicherweise Erreichbaren oder Wünschenswerten entfernt hat beziehungsweise wo Gefahren-

9014

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Ing. Mader

quellen dieses Abschlusses nicht erkannt, zu wenig beachtet oder gar leichtfertig übergangen wurden.

Die vorliegenden Verträge bringen nun unserer Wirtschaft tatsächlich nicht nur Vorteile, sondern es müssen auch schwere Benachteiligungen in Kauf genommen werden, wie zum Beispiel im Bereich der sensiblen Produkte oder im Bereich der Landwirtschaft.

Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß das letztendliche Gesicht solcher Verträge ja nicht von Österreich allein bestimmt wird. An der österreichischen Regierungspartei aber hat es gelegen, die vorderste Linie in Brüssel und die verantwortlichen Stäbe in Wien zu koordinieren. Im Schachspiel dieser Verhandlungen wurde aber manche Figur doch unglücklich gesetzt und leider die Bauern geopfert.

Auch die Ankündigung einer Ausfuhrsperrre am Tag der Einigung über die Rinderimporte der Gemeinschaft aus Österreich hat die österreichische Position gegenüber der Agrarpolitik der Gemeinschaft diskreditiert. Hier scheint sich die Konzeptlosigkeit der Regierung in der Fleischpolitik sehr ernst ausgewirkt zu haben.

Vielelleicht allerdings sind diese Pannen auch passiert, weil man sich in der Sozialistischen Partei geistig doch etwas spät auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft umgestellt hat, weil man viel zu lange mit ungerechtfertigten und harten Worten bekämpft hat, wofür man heute Beifall haben möchte.

Ich bin persönlich, Hoher Bundesrat, jederzeit und gerne bereit, Leistungen Beifall zu geben, die unserem Land und unserer Bevölkerung zum Vorteil gereichen, egal von welcher Partei diese Initiative ausgegangen ist. Es darf mir aber auch nicht verübelt werden, wenn ich heute in diesem Punkt zurückhaltend bin. Die Alleinregierung hat zögernd und mit vielen Unterlassungssünden lediglich die Ernte in die Scheune gebracht. Sie hätte es sich gar nicht leisten können, sie verfaulen zu lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Selten einmal wird in einer Debatte die enge Verflechtung der gesamten Wirtschaft mit den Interessen des Arbeitnehmers und des Bauernstandes so vordergründig wie eben bei dieser.

Die Österreichische Volkspartei hat sich ihre Verhandlungen mit der Regierung nicht leicht gemacht. Es ist ihr darum gegangen, tatsächlich nur das an notwendigen Begleitmaßnahmen sicherzustellen, was als erster

Schritt für die Teilnahme am größeren Markt notwendig ist. Dabei hat sie sich von drei entscheidenden Faktoren leiten lassen:

Zum ersten ging es um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Ein zweites Anliegen war die Chancengleichheit für wichtige Teilbereiche der Wirtschaft.

Und drittens wurde die Unerlässlichkeit einer intensiveren Förderung aller Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes angesichts der größeren wirtschaftlichen Dynamik betont.

Alle von meiner Partei bereits im Juli vorgelegten und verlangten Begleitmaßnahmen zu diesem Paket entspringen der Sorge um den Arbeitnehmer und um den Dienstnehmer als Konsumenten. Die wirtschaftliche Entwicklung ist eben damit untrennbar verbunden. Erst eine koordinierte Kette von den Investitionen über die Produktivitätsförderung bis zur Wettbewerbsfähigkeit sichert die Arbeitsplätze und ermöglicht eine europareife Wirtschaft, in der dann auch endlich Europa-löhne bezahlt werden können, um unsere eigenen Fachkräfte auch im Inland zu erhalten.

Das Gewerkschaftsorgan „Solidarität“ spricht es in seiner Septembernummer ebenso aus, wenn dort geschrieben wird: „Auch die Arbeitnehmer werden die Folgen der betrieblichen Entwicklung zu spüren bekommen.“

Die Österreichische Volkspartei hat daher verlangt, daß diesen Anpassungsschwierigkeiten begegnet wird, die sich auf Grund integrationsbedingter Umstrukturierungsmaßnahmen im Zuge des österreichischen EWG-Abkommens zumindest zeitweilig auch auf dem Arbeitsmarkt in gewissen Branchen ergeben werden.

Dazu bedarf es eben im Zuge der innerösterreichischen Begleitmaßnahmen eines Anpassungsplanes auf dem Gebiet der Arbeitsmarktförderung.

Für die Umschulung älterer Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze durch das Arrangement gefährdet sein könnten, müssen Mittel aus der Arbeitsmarktförderung reserviert werden.

Bei der ziemlich großen Gruppe von Arbeitnehmern, bei denen sich nur vorübergehend Anpassungsschwierigkeiten ergeben werden, bedarf es des Einsatzes von Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge als Überbrückungsmaßnahme, damit hier nicht voreilig umgeschult wird und damit wieder wertvolle Arbeitskräfte verlorengehen.

Ing. Mader

Freilich bedarf es dazu zusätzlicher Mittel aus dem Budget. Während die EWG über einen Sozialfonds verfügt, mit dem sich Maßnahmen auf dem Arbeitsmarktsektor durch Beihilfen steuern lassen, muß in Österreich ein solches System erst geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang wird vielleicht manchem bisher taubem Ohr das Verlangen der Arbeitnehmerschaft nach einem gewissen Grad der Mitbestimmung überall dort, wo es um Entscheidungen geht, die auf den arbeitenden Menschen wieder direkt zurückwirken, verständlich. Die Berichte aus der EWG, die in ihrem Wirtschaftsraum eine erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit vermeldet — von 1,7 auf 2,1 Millionen, das sind ja fast 24 Prozent —, unterstreichen das berechtigte und bedeutende Mitinteresse der Arbeitnehmerschaft an der künftigen Entwicklung und die große Verantwortung, der sich Regierung und Volksvertretung bewußt zu sein haben.

Hoher Bundesrat! Österreich kommt auch zu einem Zeitpunkt zur EWG, da seine wichtigsten Konkurrenten Italien und die Bundesrepublik Deutschland mit einer Preissteigerungsrate von 4,6 beziehungsweise 5,1 Prozent günstiger liegen als das damit weniger konkurrenzfähige Österreich.

In diesem Zusammenhang stellt sich die inflationäre Entwicklung in Österreich als besonders gefährlich dar. Allein der Wirtschaftsbericht des Herrn Bundeskanzlers vom 6. Juli 1972 zeigt mit den stark sinkenden Zahlen der wirtschaftlichen Wachstumsrate und den steigenden Zahlen der Preisanstiegsquote, daß die Kaufkraft des Schillings eben immer stärker abgebaut wird, das Wirtschaftswachstum sinkt und vor allem die Wettbewerbsfähigkeit langfristig untergraben wird.

Ganz unabhängig von jedem politischen Standort zeigt damit die wirtschaftliche Entwicklung der letzten beiden Jahre, daß die Stabilität des Schillings, von Lippenbekenntnissen abgesehen, leider noch immer kein ernst zu nehmendes Anliegen der Bundesregierung ist, das sich in der wirtschaftlichen Praxis niederschlägt. Gerade eine wirksame Wirtschaftspolitik aber sollte in erster Linie den Schutz des Konsumenten in den Vordergrund stellen, und zwar als Ausdruck der Anerkennung des Konsumenten als gleichwertigen Partner in der sozialen Marktwirtschaft.

Als willkürlich herausgenommenes Beispiel, wie sehr auch der Konsument an bestimmten Betriebsstrukturen Interesse hat, seien nur die Klein- und Mittelbetriebe genannt. Gerade diese Betriebe, die eine bedeutende

„Sterblichkeitsrate“ aufweisen, erfüllen oft besser als manche Großbetriebe die Funktion der Dienstleistungen, auf die der Konsument Bedacht nimmt, speziell bei Wartungsarbeiten und Zulieferungen, die im Blickpunkt des Konsumenten stehen.

Derselbe Konsument richtet sein Interesse aber auch auf die Probleme der Landwirtschaft, zumal er heute besser als je zuvor den Bauern nicht mehr als Nahrungsmittelproduzenten allein, sondern auch als Bewahrer der Landschaft und der bedrohten Umwelt des Menschen zu achten und zu schätzen weiß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Tiroler komme ich aus einem Bundesland, das am Zustandekommen eines Vertrages mit der Wirtschaftsgemeinschaft seit vielen Jahren stark interessiert war. Durch die öffentliche Meinung Tirols, das durch seine geographische und wirtschaftliche Lage zwischen den großen EWG-Staaten Deutschland und Italien den geschichtlichen Zwang, an der europäischen Entwicklung teilzunehmen, besser erkannte, wurde stets jenen Männern und Kräften der Rücken gestärkt, die zäh und unermüdlich für ein Arrangement Österreichs mit der EWG eintraten.

Im Zuge dieser positiven Grundhaltung möchten wir vor allem jene nicht vergessen wissen, die bei den langen EWG-Verhandlungen bis an den Rand ihres Leistungsvermögens gearbeitet haben. Ihre Namen standen in keiner Zeitung, die Öffentlichkeit wird sie nicht kennenlernen, und die Fernsehkameras haben sie verschwiegen.

Aber ohne den Einsatz der österreichischen Beamten und Experten, denen parteilos Begeisterung für die Sache bescheinigt werden muß, wäre der Vertrag sicherlich anders und wahrscheinlich schlechter ausgefallen. Von den Brüsseler Botschaftern Österreichs über die Missionsbeamten bis zur Sekretärin haben sie mehr als die täglichen Arbeitsstunden geleistet und zahlreiche arbeitsvolle Wochenenden in Kauf nehmen müssen.

Genau dasselbe gilt für jene Beamten und Fachleute, die fast pausenlos zwischen Wien und Brüssel pendelten und immer sprungbereit sein mußten.

Es ist mir daher eine ehrenhafte Verpflichtung, einer Aufforderung des Redakteurs Eduard Peters in der Zeitung meiner Heimatstadt nachzukommen, dieser relativ kleinen Gruppe von Menschen im Schatten der Öffentlichkeit für diese gigantische Mehrleistung und ihren Einsatz für Österreich — für uns alle — zu danken. (Beifall bei der ÖVP.)

9016

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Ing. Mader

Im politischen Showgeschäft hatte die Regierung Kreisky bisher zweifellos Erfolg. Mit der praktizierten Realisierung von Politik hat sie dagegen eher Schwierigkeiten.

In anderen europäischen Staaten, wie Norwegen, Dänemark und der Schweiz, werden im Zusammenhang mit den bevorstehenden Entscheidungen Volksbefragungen durchgeführt. Nicht zuletzt deshalb hat die ÖVP ihre Zustimmung zu den Verträgen mit einiger Berechtigung von der Zustimmung der Sozialisten zu den notwendigen Begleitmaßnahmen abhängig gemacht.

Die Österreichische Volkspartei wird die Mitverantwortung für dieses Vertragswerk übernehmen, das eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft darstellt, in einer Zukunft, die keiner Partei und auch keiner Interessensgruppe je allein gehören wird, sondern uns allen. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Als nächster hat sich Herr Bundesrat Prechtl zum Wort gemeldet. Ich ertheile es ihm.

Bundesrat Prechtl (SPO): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Wenn heute diese Abkommen zur Diskussion stehen und im besonderen die Interimsabkommen, dann steht damit Europa — ich meine damit das freie Europa — an einem wirtschaftlichen Wendepunkt, der sicherlich kritisch betrachtet werden muß.

Wer aber die Ausführungen der letzten Tage und Wochen in diesem Zusammenhang gehört hat, dem kommt die Vermutung sehr nahe, daß in der Vergangenheit sehr wenig geschehen wäre, um Österreich europareif zu machen. Auch Herr Bundesrat Mader hat im Hinblick auf die Zustimmung einige Bedenken geäußert.

Ich kann daher nicht umhin, eine Rede des damaligen Herrn Handelsministers Bock zu zitieren, die der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes Herr Dr. Nemschak sehr kritisch betrachtet hat. Ich möchte ausführen, was seinerzeit, und zwar im Jahre 1964, Herr Dr. Bock gesagt hat.

Dr. Bock sagte, die noch verbleibenden Probleme seien vorwiegend „technischer Natur“ und lägen hauptsächlich bei den „Institutionen“. Brüssel könne unbesorgt sein, Österreich werde in 99 Prozent aller Fälle im eigenen Interesse die Beschlüsse der EWG übernehmen. Die Entscheidung läge nun beim Ministerrat der EWG, er hoffe, daß dieser die Verhandlungen bald freigeben werde.

Ich zitiere weiter Herrn Professor Nemschak, der zu diesen Ausführungen folgendes erklärt hat:

„Leider kann ich den Optimismus des Herrn Handelsministers nicht teilen. Bei den noch offenen Problemen handelt es sich nicht um Nebensätzliches, sondern teilweise um Wesentliches.“

Was will ich damit sagen? Ich will damit ausdrücken, daß man bei so großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen parteitaktische Überlegungen zurückstellen soll.

Ich habe gestern abend im Fernsehen die Ausführungen des Klubobmannes der Österreichischen Volkspartei, des Herrn Professors Koren, gehört. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur sagen, daß es mir sehr bedenklich zu sein scheint, wenn der Klubobmann einer ehemaligen staatstragenden Partei der österreichischen Bevölkerung eine derartige Psychose hinsichtlich der Preisentwicklung vor Augen führt und er in der letzten Phase sogar erklärt, die Opfer davon seien die Sparer. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe sehr gern auf Ihren Zwischenruf gewartet, nur ist die österreichische Bevölkerung in dieser Hinsicht viel gescheiter und viel vernünftiger und auch wirtschaftspolitisch verantwortungsvoller.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die Spareinlagen anführen. Im Jahre 1971 hat die Zunahme der Spareinlagen 15 Prozent ausgemacht.

Ich möchte weiters zitieren, was Dr. Knapp gesagt hat, bevor ich auf die konkreten Probleme eingehe. Da sich Ihre Partei aus Bünden zusammensetzt, versucht Horst Knapp das zu analysieren. Ich zitiere nur den letzten Absatz:

„Damit ist aber für die Interessenvertretungen der gewerblichen Wirtschaft die Stunde der Entscheidung gekommen: Lassen sie in mißverständner Nibelungentreue zu, daß eine gewissenlose Propaganda der Partei, die von ihnen finanziert wird, einen wirksamen Widerstand der Abnehmer aller Stufen gegen Milchmädchenrechnungen ihrer Lieferanten gar nicht erst aufkommen läßt — oder machen sie endlich der Kärntnerstraße klar, daß es einer ehedem staatstragenden Partei unwürdig ist, aus der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft Kleinholz zu machen, nur um darauf ihr parteitaktisches Süppchen zu kochen?“

Meine Damen und Herren! Ich selbst bin als Gewerkschafter in verantwortlicher Funktion. Wir sind sehr daran interessiert, daß

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

9017

Predil

die Wirtschaft floriert und daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt.

Wir wissen, daß wir im Jahre 1968 rund 2,3 Millionen Beschäftigte gehabt haben. Wir hatten im Jahre 1971 2,4 Millionen und haben jetzt mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte in Österreich. Daß das seine Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft hat, ist selbstverständlich.

Während wir in Österreich Vollbeschäftigung haben, einen Arbeitskräftemangel verzeichnen und 200.000 Fremdarbeiter beschäftigen, ist es interessant, im Rahmen der europäischen Wirtschaft zu betrachten, wie die wirtschaftliche Situation jener Länder ist, mit denen wir den Vertrag und die Interimsabkommen abschließen werden.

Wenn man die Arbeitslosenziffer Österreichs derzeit mit rund 52.000 annimmt, so hat Frankreich eine Arbeitslosenziffer von 394.000, Großbritannien hat 970.000 — fast 1 Million — Arbeitslose, Kanada hat 503.000 und Amerika mehr als 4 Millionen Arbeitslose. Das bedeutet, daß die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren von der Regierung Kreisky sehr gut geführt worden ist, ein wirtschaftliches Tief nicht erreicht hat, sondern unter der Abschwächung, die sich jetzt in Westeuropa abzuzeichnen beginnt, durchgetaucht ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz besonders erwähnen, daß man das, wenn dieser Vertrag jetzt abgeschlossen wird, nicht zweiseitig betrachten soll. Die Weltwirtschaft ist so ineinander verflochten, daß es ein sehr, sehr großer Fehler wäre, nur die EWG-Staaten oder die verbliebenen EFTA-Staaten zu betrachten, sondern es ist sicherlich auch wertvoll festzustellen, daß es ja sehr große Wirtschaftsblöcke in der Welt gibt, mit denen Handel zu treiben wir interessiert sind, und es werden sich weitere Wirtschaftsblöcke entwickeln.

Wenn die Bevölkerung bisher in der EWG 190 Millionen Menschen insgesamt umfaßt hat, jetzt rund 295 Millionen ausmacht und man dem die Vereinigten Staaten mit 205 Millionen gegenüberstellt, dann ist es auf Grund der Randlage Österreichs doch sehr entscheidend, auf der anderen Seite auch die Sowjetunion und Japan zu betrachten, da die Sowjetunion mit 244 Millionen und Japan mit 103 Millionen beachtliche Wirtschaftsblöcke sind. Sie wissen, daß jetzt auch Initiativen des Handelsministeriums ergriffen worden sind, mit China ebenfalls in Handelsgespräche zu kommen. Es ist sehr erfreulich, daß, wie man aus den Tageszeitungen nun entnommen hat, ein intensiverer Handel mit

der Sowjetunion erfolgen soll. Das ist besonders für uns sehr wesentlich, weil wir an einer sehr gut florierenden Wirtschaft interessiert sind.

Am 22. Juli 1972, als die Unterzeichnung in Brüssel erfolgt ist, ist ein 14 Jahre altes Bemühen beendet worden. Es hat fast länger gedauert, als bis der Staatsvertrag mit Österreich abgeschlossen worden ist.

Aber wie die Situation in der Vergangenheit unterschätzt worden ist, das beweisen die Ausführungen. Wenn man heute die Herren der Wirtschaft sprechen hört, dann müßte man annehmen, daß alle diese Probleme bis vor kurzem nicht bekannt gewesen sind. Wir sind genauso daran interessiert, daß die Betriebe florieren, daß wir eine Vollbeschäftigung haben, nur haben wir nicht so große Hoffnungen gehabt und glauben auch nicht, daß man Österreich alle Konzessionen machen wird, sondern in diesem Zusammenhang ist es entscheidend, daß das bestmögliche Arrangement für Österreich erfolgt. Daß dies geschehen ist, davon sind wir, die sozialistische Fraktion, überzeugt.

Es werden sich sicherlich in einigen Industriezweigen Probleme ergeben, besonders in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, wo bisher ein sehr großer Export in die Staaten der EWG, aber auch in die EFTA-Staaten erfolgt ist.

Wir wissen, daß speziell die Ausfuhr von Fertigprodukten in die EFTA-Staaten eine Zunahme erfahren und sich ein Rückgang gegenüber den EWG-Staaten in den letzten Jahren abzeichnet hat und daß es nun notwendig sein wird, nicht nur eine Umorientierung, sondern auch eine Strukturverbesserung und eine Umstrukturierung in der österreichischen Industrie und in der österreichischen Wirtschaft herbeizuführen. Wir mit unseren 7 Millionen in Österreich kommen nun in einen großen Wirtschaftsraum, wobei natürlich im wesentlichen auch die politischen Aspekte zu beachten sind. Die wirtschaftlichen Aspekte sind von den politischen Aspekten kaum mehr zu trennen.

Ich habe das letzte Mal schon erklärt, daß es für uns jetzt sicherlich von sehr, sehr großem Vorteil ist, daß die Verhandlungen nicht nur von Österreich, sondern auch von der Schweiz und von den nordischen neutralen Ländern geführt worden sind. Das zeigt auch das Schreiben, das die Sowjetunion Österreich übermittelt hat, das an und für sich nun einen mehr loyalen Charakter trägt, um sich die Möglichkeit offenzuhalten, Verhandlungen zu führen. Das beweist auch, daß

9018

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Prechtl

in den nächsten Wochen Verhandlungen über ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion erfolgen sollen. Das Politische und das Wirtschaftliche ist meinem Gefühl nach im heutigen Europa kaum in irgendeiner Form mehr zu trennen.

Daß natürlich die internationale Wirtschaft sehr, sehr miteinander verflochten ist, das beweist doch, daß wir insgesamt 21 Währungskrisen gehabt haben und daß auch diese Währungskrisen von der österreichischen Wirtschaft verhältnismäßig gut und vom österreichischen Staat gut verkraftet worden sind.

Die Interimsabkommen, die heute zur Diskussion stehen, sind eine Konzession der EWG an Österreich, eine sehr positive Entscheidung, die gefallen ist, daß ab 1. Oktober 1972 ein 30prozentiger Zollvorteil gewährt wird. Diese Übergangsperiode wird und muß von der österreichischen Wirtschaft genützt werden, davon bin ich überzeugt. Es wird dann noch ein geringfügiger Zollvorteil bleiben vom 1. April 1973 bis zum 1. Jänner 1974. Aber diese Übergangsperiode ist meinem Gefühl nach sehr günstig für die österreichische Wirtschaft.

Natürlich werden sich in diesem Zusammenhang Zollausfälle ergeben, die den österreichischen Staatshaushalt sehr belasten werden. Der Zollausfall in diesem Jahr wird auf rund 400 Millionen geschätzt; im Jahre 1973 wird mit 1,7 Milliarden Zollausfall gerechnet. Das trotz eines Budgets, das in einer wirtschaftlichen Umstrukturierung erfolgt, im Hinblick auf die Mehrwertsteuer und eine Reihe von anderen wirtschaftlichen Maßnahmen.

Nun möchte ich auf ein Problem aufmerksam machen, das in diesem Zusammenhang vielleicht von entscheidender Bedeutung ist. Es wird sehr oft davon gesprochen, daß die Landwirtschaft in den Vordergrund gerückt wird.

Sie wissen, daß im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwei Probleme die heißesten Eisen sind. Das eine ist die Landwirtschaft und das andere ist der Verkehr. Beide Probleme sind auch im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht restlos gelöst worden.

Daß man aber die Landwirtschaft nicht nur national, sondern auch international betrachten muß und daß diese Probleme sehr tief reingehen, frei über die Grenzen jeder Parteipolitik hinaus, möchte ich Ihnen an einigen internationalen Ziffern demonstrieren. Die Landwirtschaft hat bisher in Österreich rund 433.000 landwirtschaftliche Betriebe gehabt, wobei bereits 193.000 Betriebe ohne Erben

sind. Sie sehen, es ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft, sondern es ist auch ein Problem der Nachfolge.

Aber die gleiche Situation zeichnet sich in den bayrischen Gebieten oder im deutschen Raum ab. Von 600.000 bäuerlichen Betrieben sind 120.000 ohne männlichen Erben.

In Frankreich wurden in den letzten 17 Jahren mehr als 700.000 Bauernhöfe aufgelassen. Das hat bedeutet, daß 11 Millionen Hektar ungenutzt blieben.

In Schweden ist eine ähnliche Situation.

Ich will damit sagen, daß die Probleme nicht nur hinsichtlich der Subventionen behandelt werden sollen, um die Agrarprodukte zu stützen, weil wir daran interessiert sind, eine bäuerliche Bevölkerung zu haben, sondern auch im Hinblick auf die Nachfolge und einer Vorsorge für die künftigen landwirtschaftlichen Produkte, da wir doch ganz genau wissen, daß im Hinblick auf die Neutralität und im Hinblick auf Krisenerscheinungen eine Versorgung der österreichischen Wirtschaft durch die österreichische Landwirtschaft unerlässlich ist.

Aber in diesem Zusammenhang muß man ein Problem herausgreifen, das sehr in Rede stehende Problem des Zuckerpreises, wo mit der Landwirtschaft operiert wird und in Wirklichkeit auf der anderen Seite die Industrien davon zu profitieren beginnen. Darum sei doch hier sehr offen und deutlich festgestellt, daß der Zuckerpreis in Österreich mit 7,10 S derzeit der höchste von ganz Europa ist, während in allen übrigen Gebieten einschließlich der Schweiz der Zucker um 5,60 S verkauft wird. Das veranlaßt sehr viele Kollegen aus Vorarlberg und aus Tirol, den Zucker an den Einkaufstagen in den Nachbarländern zu besorgen.

Wenn man die Bilanzen der Zuckerindustrie ansieht, kann man feststellen, daß nach den Bilanzen der Zuckerindustrie jährlich 38 bis 40 Millionen Reingewinn erzielt werden. Man kann wahrlich nicht sagen, daß die Zuckerindustrie notleidend ist.

Als Nichtagrarfachmann muß ich sagen: Ich werde das unbestimmte Gefühl nicht los, daß man, wenn man den Zuckerpreis im Rahmen der EWG zur Diskussion stellt, nicht den Bauern helfen will, sondern der Industrie. Sie wissen, daß die Zuckerindustrie die am besten rationalisierte Industrie in Österreich ist. Es sind ganzjährig ungefähr nur 2000 Kollegen beschäftigt, während alles übrige nur Saisonarbeiter sind. Man möge also nicht einige Dinge herausgreifen, um die Bevölkerung zu beunruhigen, und möge nicht die Probleme sehr groß darstellen.

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

9019

Prechtl

Die Österreichische Volkspartei und gestern auch der Herr Professor Koren haben gesagt: Wir leben in einer inflationistischen Entwicklung! Am 28. Februar 1952 aber hat die ÖVP um 18 Uhr 50 Minuten eine Bauerndemonstration im Hinblick auf die Zuckerpreiserhöhung verlangt. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist aber schon lang her!*) Man muß also dazu auffordern, Farbe zu bekennen, wenn von inflationistischer Entwicklung gesprochen wird.

Ich möchte noch fortsetzen und untermauern, was noch weiter geschehen ist, als sich die Regierung mit den Fleischpreisen beschäftigt hat. Der Herr Abgeordnete Mitterer dürfte einmal Handelsminister gewesen sein. Er hat damals gegen das Vorgehen der Regierung protestiert, daß die Fleischpreise in die Preisregelung einbezogen werden.

Man darf also in diesen Fragen, die sicherlich von großer Bedeutung sind, auch dann, wenn man sich als Betriebsrat, wenn man sich als Gewerkschafter deklariert, keine Haltung einnehmen, die unter Umständen schizoid wird, sondern man muß sich dazu bekennen, die Interessen der Kollegen richtig zu vertreten. Wir sind deshalb dafür, wenn wir nun im Wege eines Arrangements in den europäischen Markt einsickern, daß eine Strukturverbesserung der österreichischen Industrie erfolgt.

Ich komme nun auf ein Zitat zurück. Ich bin sehr glücklich, daß man bei den Begleitmaßnahmen, die nun beschlossen worden sind, eine klare Definition im Hinblick auf die Auslandsinvestitionen gegeben hat. Man hat sich darauf beschränkt, für Servicestationen oder für Vertriebsstellen, die im Ausland geschaffen worden sind, die notwendigen Investitionen bereitzustellen.

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Wenn Sie den afrikanischen Raum nehmen, dann haben Sie im gesamten Afrika kein einziges Land, das eine Demokratie wäre, sondern in ganz Afrika sind praktisch entweder Militärdiktaturen oder Einparteienregierungen, unter denen niemand anderer etwas zu sagen hat. Stellen Sie dem gegenüber, wie hoch die Rüstungsausgaben einzelner Länder in Afrika sind! Sie bewegen sich im Durchschnitt zwischen 20 und 40 Prozent des Nationalprodukts dieser Staaten.

Wir versuchen nun aus Menschlichkeit, diesen Ländern unter Umständen wirtschaftliche Hilfe zuteil werden zu lassen, wissen aber, daß in diesen Ländern die Menschen effektiv hungern. Zu einer wirtschaftlichen Hilfe gehört nämlich auf der anderen Seite auch politische Freiheit und politische Willens-

bildung, um den arbeitenden Menschen letzten Endes ihr Recht zukommen zu lassen.

Deshalb bin ich sehr glücklich, daß man das in den Begleitmaßnahmen etwas genauer definiert hat, weil man ja nie weiß, wofür in diesen Staaten diese Gelder verwendet werden.

Besonders die Wirtschaftspartner haben eine sehr vernünftige Haltung oft über die Parteiinteressen hinaus eingenommen, als es zu den Interimsabkommen und dem Arrangement gekommen ist. Es sind im Hinblick auf das Preisbestimmungsgesetz und in einer Reihe von Begleitmaßnahmen vernünftige Maßstäbe in der Richtung gesetzt worden, daß man nun auf beiden Seiten sehr daran interessiert ist, eine wirklich konkurrenzfähige Wirtschaft zu schaffen, Industriebetriebe zu schaffen, die vielleicht spezialisiert sind, die auf dem europäischen Markt, aber nicht nur auf dem europäischen Markt, sondern auch auf dem gesamten Weltmarkt konkurrenzfähig sein sollen, um darüber hinaus nicht nur die Vollbeschäftigung zu erhalten. Wir wissen sehr genau, daß wir auch von der Vollbeschäftigung Steuereinnahmen zu erwarten haben, die der Wirtschaft und dem österreichischen Volk wieder zugute kommen. Sie kommen der österreichischen Wirtschaft in Form von Investitionen zugute, sie kommen dem österreichischen Volk in Form der Sozialausgaben zugute, die in unserem Staat beachtlich und sehr erfreulich und vielleicht die höchsten in ganz Europa und somit von ganz entscheidender Bedeutung sind.

Wenn ich aber sage, daß das Jahr 1973 trotzdem ein sehr angespanntes Jahr sein wird, dann sage ich das in vollem Bewußtsein als Gewerkschafter. Bedenken wir doch das Eintreten in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Einführung der Mehrwertsteuer, die Zollsenkungen um 1,7 Milliarden Schilling, die erfolgen, eine Reihe von Begleitmaßnahmen, die ich in ihren näheren Details nicht anführen will, die aber der österreichische Staat vom Budget her finanzieren muß! Es wird im Jahre 1973 nicht eine Krise geben, sondern ein europareifes Österreich. Wir werden im Jahre 1973 die erste Phase erleben.

Ich bin restlos davon überzeugt, daß es in Österreich keinen Unternehmer, aber auch keinen Arbeitnehmer gibt, der sich dieser Probleme nicht voll und ganz bewußt wäre. Es wird notwendig sein, diese Monate zu nützen. Es wird aber auch notwendig sein, daß alle Teile entsprechende Disziplin an den Tag legen, um die österreichische Wirtschaft wirklich konkurrenzfähig zu machen.

9020

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Prechtl

Wirtschaft und Politik sind kaum voneinander zu trennen. Ich glaube, daß unser ruhiges politisches Klima, das wir derzeit in Österreich haben, dazu angetan ist, diese Bestrebungen wirklich in die Tat umzusetzen.

Ich komme in diesem Zusammenhang nicht umhin, auch allen Beamten, die an den Verhandlungen, welche länger als 14 Jahre gedauert haben, beteiligt gewesen sind, den Dank auszusprechen, weil in diesen Verhandlungen sehr viel Kleinarbeit, sehr viel Geschick notwendig gewesen sind, um für Österreich ein Arrangement zustande zu bringen, das auch darin zum Ausdruck kommt, daß es für alle Parteien tragbar erscheint; es wird ihm die Zustimmung gegeben.

Ich möchte damit die Hoffnung verbinden: Möge die österreichische Wirtschaft, mögen die österreichischen Arbeitnehmer wirklich Europalöhne bekommen! Ich sage das aber mit der Einschränkung: Wenn wir Europa-löhne bekommen, werden wir auch europäische Probleme zu lösen bekommen.

Wir können von Seite der sozialistischen Fraktion diesen heute zur Diskussion stehenden Abkommen die Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Göschelbauer. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Göschelbauer (OVP): Hoher Bundesrat! Meine Herren Bundesminister! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte zu den Ausführungen meines Vorredners Prechtl ein paar Worte.

Der Herr Bundesrat Prechtl sprach von der „ehemaligen staatstragenden Partei“. Dazu möchte ich schon bemerken, daß wir auch als Oppositionspartei staatstragend und am gemeinsamen Wohl interessiert sind. (*Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Skottow übernimmt die Verhandlungsleitung.*)

Sie haben zweitens von Einparteienregierungen in Afrika gesprochen, in denen niemand was zu reden hat. Ich hoffe, daß diese Definition nicht auch auf Österreich gemünzt ist, denn bei uns ist das ja wesentlich anders.

Hoher Bundesrat! Nun zu dem Thema, das wir heute zu behandeln haben. Die Durchführung der Zollbestimmungen des Interimsabkommens zwischen der EWG und Österreich, also mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie auch den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ist sehr, sehr umfangreich und zweifelsohne von weitreichender Bedeutung, bringen diese doch für die gesamte Wirtschaftsentwicklung in Österreich neue Aspekte, neue

Ausgangssituationen und somit auch für jeden Produzenten und für jeden Erwerbstätigen und jeden Konsumenten neue Voraussetzungen.

Die Vorteile durch den etappenweisen Abbau der Zölle werden ihren Niederschlag zweifellos auch in den Preisen von importierten Waren finden. Allerdings müssen wir auf diesem Gebiet die Befürchtung hegen, daß diese durch die von der Regierung herbeigeführte Preissteigerungsrate kompensiert und daher wirkungslos werden. Ich brauche nur auf den gestrigen OECD-Bericht zu verweisen, der diesbezüglich deutliche Aussagen macht.

Ein zweites: Die Konkurrenz wird für die österreichischen Erzeugnisse auf den Auslandsmärkten sicherlich härter werden. Es liegen daher die Chancen und die Risiken sehr nahe beieinander. Es gilt, durch eine wohlüberlegte Wirtschaftspolitik die Chancen, die sich aus diesem Vertrag ergeben, zu nutzen.

Daß die Landwirtschaft im Vertragswerk nicht aufgenommen worden ist, ist zweifellos ein Hemmnis für diesen Wirtschaftszweig. Es wird Aufgabe unserer Vertretung und auch einer klugen Wirtschaftspolitik sein, daß in dem sogenannten Gemischten Ausschuß auch die landwirtschaftlichen Produkte auf autonome Ebene in den Handel gebracht werden, um eben auch hier etappenweise einen Einklang zu finden.

Der Herr Bundesrat Prechtl hat auch von der Situation der Landwirtschaft schlechthin gesprochen und hat eine Statistik gebracht, daß es in Österreich fast 50 Prozent der Bauernhöfe sind, die keinen männlichen Erben haben. Nun kann man daraus aber nicht auf die Erbfolge, auf die Hofübernahme schließen, die zweifelsohne auch von der Tochter getätigten werden kann.

Aber ich glaube, daß es in diesem Zusammenhang auch notwendig ist, auf einige Gründe hinzuweisen, die vielleicht zu diesem Abwandern aus der Landwirtschaft geführt haben.

Zweifelsohne ist die Strukturlage der österreichischen Landwirtschaft nicht in allen Fällen die geeignete. Aber es möge doch nicht übersehen werden: Auch in der Landwirtschaft, die ja im Gesamtwirtschaftsgefüge ein wesentlicher Faktor ist, ist die Einkommenssituation sehr bedenklich.

Inwieweit die Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft tätig und erfolgreich ist, mögen einige Vergleiche zeigen, nämlich Zahlen der landwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zu anderen Produktionen. Das ergibt ein sehr interessantes Vergleichsbild.

Göschelbauer

Der Produktionswert von Getreide entspricht in seiner Höhe zum Beispiel dem Produktionswert des gesamten Bergbaues in Österreich.

Der Produktionswert an Milch entspricht jenem der gesamten Erdölproduktion in Österreich.

Der Produktionswert von Vieh und Fleisch entspricht jenem der Papierindustrie.

Der Produktionswert von tierischen Produkten mit Geflügel und Eiern entspricht dem Produktionswert der Stahl- und Eisenindustrie.

In diesem Zusammenhang mögen wir doch auch den eminent wichtigen Faktor der Landwirtschaft im Gesamtwirtschaftsgefüge sehen.

Wenn auch in der Landwirtschaft nach den letzten Statistiken nur mehr 12,6 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt sind, so ist das immerhin noch ein sehr hoher Prozentsatz. Das ist fast die gleiche Zahl wie die jener Beschäftigten, die in der landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie tätig sind. Also auch hier ein sehr beachtlicher Bevölkerungsanteil, der von den Maßnahmen, die nun mit dem Arrangement getätigten werden, betroffen wird.

Nun noch ein paar Worte zu der Einkommenssituation, die letztlich ja auch eine Ursache für die Landflucht und für die Entwicklung in der Landwirtschaft ist. Wir haben in Österreich eine sehr bedenkliche Entwicklung.

Im Grünen Bericht aus dem Jahre 1971 wird die Einkommenssteigerung der Landwirtschaft mit fast 10 Prozent beziffert. Ein Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes besagt, daß sich die Einkommenslage der Bauern in Österreich um 5 Prozent vermindert hat. Es wird noch bemerkt, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft diese Feststellung nach der Untersuchung von 2000 Betrieben getroffen hat.

Die Einkommensanalyse aus diesem Bericht gibt uns folgende Übersicht: Der Rohertrag je Hektar reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche hat sich im Jahre 1971 gegenüber dem Jahre 1970 um 7 Prozent gesteigert. In diesem Bericht wurde allerdings nicht erklärt, daß im Jahre 1971 der getätigte Aufwand für dieselbe Fläche um 9 Prozent gestiegen ist, also erheblich stärker als in den beiden Vorjahren.

In absoluten Ziffern ausgedrückt sieht das noch ganz anders aus: Der Rohertrag je Hektar reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche betrug im Jahre 1971 15.998 S. Der Aufwand für die gleiche Fläche betrug 15.424 S. Die Rohertragswirksamkeit des zum

Einsatz gelangten Aufwandes hat sich im Jahre 1971 gegenüber den Vorjahren erheblich verschlechtert. Im Mittel konnte für 100 S Aufwand ein Rohertrag von lediglich 103,70 S erwirtschaftet werden.

Bei der Aussage, daß das Einkommen aus der Landwirtschaft um 10 Prozent höher war, hat man auch nicht berücksichtigt, daß von dem Gesamteinkommen der Landwirtschaft nur 71 Prozent auf das echte landwirtschaftliche Einkommen entfielen und nahezu 17 Prozent auf das Nebenerwerbseinkommen. Im Vergleich zum Jahre 1970 ist demnach der Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens gegenüber jenem des Nebenerwerbseinkommens wesentlich geringer geworden.

Meine Damen und Herren! Nun zu dem Ergebnis der Verhandlungen über das sogenannte EWG-Begleitprogramm, das die Österreichische Volkspartei in acht Punkte zusammengefaßt hat.

In Verhandlungen mit der Regierungspartei konnten siebeneinhalb Punkte erfüllt und durchgesetzt werden. Wenn diese Punkte auch in der letzten Sitzung des Bundesrates von einem Redner der Regierungspartei als Polemik hingestellt wurden, so wurde doch deren Notwendigkeit von der Regierungspartei auch erkannt und dann eben in Vereinbarungen zwischen den beiden Parteien festgelegt.

Bezeichnend — und das möchte ich hier auch sagen — war, daß die Initiative zu all diesen Punkten allein von der ÖVP ausgegangen ist. Daß in der Frage der unter Punkt 4 verlangten Herstellung der Wettbewerbsgleichheit für die landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte, also in der Erstattungsregelung, keine Einigung erzielt wurde, ist für die Landwirtschaft nicht leicht verständlich, war doch diese Forderung an die Regierung nicht unbillig. Es wurde keinerlei neue Subventionierung von Warengruppen verlangt, sondern lediglich die Kosten für die Erstattung limitiert in der Höhe, die aus der Ausgleichsabgabe an Einnahmen erzielt werden. Das System der Abschöpfungs- und der Erstattungsregelung der EWG wäre doch auch für Österreich richtungweisend gewesen.

Wenn wir nun ein paar Blicke auf diese Regelung im EWG-Bereich werfen, dann können wir hier folgendes feststellen:

Die EWG wendet bei Importen von landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen eine Abschöpfungsregelung an. Diese Abschöpfung teilt sich in zwei Teile: in einen beweglichen und einen festen Teilbetrag. Der bewegliche Teilbetrag hat die Aufgabe, die Preisdifferenz des im Verarbeitungsprodukt

9022

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Göschelbauer

enthaltenden landwirtschaftlichen Rohstoffes zwischen EWG-Preis und Weltmarktpreis auszugleichen. Der feste Teilbetrag hingegen erfüllt eine Schutzfunktion (Verarbeitungsschutz).

Die Erstattungsregelung: Beim Export von landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten stützt die EWG die im Verarbeitungsprodukt enthaltenen landwirtschaftlichen Rohstoffe, wie Zucker, Stärke, Milchpulver und Getreide, auf das Weltmarktpreisniveau herunter.

Neben dieser Exporterstattung gibt es jedoch noch eine sogenannte Binnenerstattung. Die chemische Industrie, die beispielsweise Zucker zu Zitronensäure verarbeitet, bekommt diesen durch Erstattungen auf das Weltmarktpreisniveau verbilligt, ganz unabhängig davon, ob die Produkte auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden oder in den Export gelangen. Eine ähnliche Regelung gibt es für Stärke. Die Papierindustrie in der EWG kann durch Erstattungen stark verbilligte Stärkederivate einsetzen, was ein entscheidender Wettbewerbsvorteil ist.

Mit diesen Maßnahmen ist für die Verarbeitungsindustrie der EWG ein starker Anreiz gegeben, die von ihr benötigten landwirtschaftlichen Rohstoffe in erster Linie aus dem EWG-Raum zu beziehen. Ferner wird sie dadurch in die Lage versetzt, konkurrenzfähig am Inlands- und Auslandsmarkt anzubieten. Die EWG betreibt somit aktive Agrarpolitik mit Hilfe der Industriepolitik.

Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte unterliegen dem Abkommen mit der EWG. Bereits vor einem Jahr hat sich sehr deutlich abgezeichnet, in welcher Form die landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnisse in das Abkommen einbezogen werden. Die EWG-Kommission hat damals dem Ministerrat empfohlen, nur den festen Teilbetrag der Abschöpfung (Verarbeitungsschutz) analog den Zöllen der industriell-gewerblichen Produkte abzubauen. Der bewegliche Teilbetrag müßte auch weiterhin in voller Höhe eingehoben werden.

Auch die Erstattung bleibt nach diesem System völlig unangetastet, das heißt, trotz Einbeziehung der landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnisse in das Abkommen mit der EWG wird bei Exporten nach Österreich auch in Zukunft die Erstattung in voller Höhe wie bisher gewährt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Sorge, die die Landwirtschaft in dieser Frage hegt, nicht unberechtigt war. Ich möchte noch einmal betonen, daß man in Verhandlungen zwischen den beiden Parteien wohl

sehr viel erreicht hat. Es wurde lediglich dieser eine oder dieser halbe Punkt betreffend die Erstattungsregelung nicht erreicht.

Es wurde nun von Seite der Regierung die Zusage gemacht, daß bis zum Globalabkommen auch die Frage der Erstattungsregelung geprüft wird. Wir hoffen, daß die Regierungspartei auch in dieser Frage dem wichtigen Wirtschaftszweig Landwirtschaft die gebührende Aufmerksamkeit zuwendet.

Es wäre darüber hinaus, glaube ich, höchst an der Zeit, daß auch in Österreich ein Gesamtkonzept der Ernährungswirtschaft geschaffen wird, damit es auch hier in dem wichtigen Wirtschaftszweig Landwirtschaft in Zukunft keine Staatsbürger zweiten Ranges gibt, sondern Gleichheit für alle geschaffen wird.

In diesem Sinne darf ich hier die Erklärung abgeben, daß meine Fraktion den Beschlüssen des Nationalrates die Zustimmung geben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Skotton: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Trenovatz. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Trenovatz (SPO): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Minister! Hoher Bundesrat! Das Arrangement mit der EWG steht nun in diesem Haus zum zweiten Mal zur Debatte. Im Parlament, im österreichischen Nationalrat wurde es bereits einstimmig beschlossen.

Wenn man sich nun zurückinnert, als im Juli zum ersten Mal dieses Abkommen zur Debatte stand, so muß man feststellen, welche Kehrtwendung die Oppositionsparteien zu diesen Verträgen seither gemacht haben. Wenn man als Zuhörer im Parlament diese Debatte oft mithörte und heute die Wendung beobachtet, so muß man staunen, daß es möglich ist, um 180 Grad kehrtzumachen.

Wenn man als Kommunalpolitiker, als Bürgermeister 22 Jahre, zuerst in der Gemeindestube einer kleinen Gemeinde und nun im Rathaus einer größeren Gemeinde mit 23 Gemeinderäten den Vorsitz und als Bürgermeister zu fungieren hat, so ist es dort nicht so leicht möglich, daß eine Fraktion, die zu einem Geschehen in der Gemeinde so kategorisch negativ eingestellt ist, dann bei der Abstimmung positiv dafür stimmt. Wir freuen uns, daß die große Oppositionspartei diese Wende gemacht hat.

Die Sorge um die österreichische Landwirtschaft hat nicht nur die Österreichische Volkspartei. Auch die Sozialisten wissen, daß wir den Bauernstand und die Agrarwirtschaft brauchen.

Trenovatz

Gerade in den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die Regierung Kreisky sehr viel Verständnis für die österreichische Landwirtschaft hat, wenn man nur bedenkt, daß der Grüne Plan die Milliardengrenze überschritten hat und daß zum ersten Mal in Österreich unter einer sozialistischen Regierung eine Bergbauernförderung von 300 Millionen, die den Bergbauern zugute kommen, ins Budget eingebaut wurde.

Wenn man aber von 400.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Österreich spricht, dann stimmt das nicht. In der Sozialversicherung, in der Bauernkrankenkasse und in der Bauerpension zeigt sich, daß ja nicht einmal 50 Prozent dieser 400.000 Betriebe Vollerwerbsbetriebe sind, sondern daß viele Kleinbetriebe bis zu 5 Hektar Nebenerwerbs- oder Zuerwerbsbetriebe sind. Unsere jungen Bauernsöhne und -töchter sind heute glücklich, daß sie neben der kleinen Wirtschaft infolge der Vollbeschäftigung durch die Wirtschaftspolitik der Sozialisten heute die Möglichkeit haben, in allen Landesteilen Österreichs, auch im Burgenland, einen Zuerwerb, einen Nebenerwerb zu haben, und sie gönnen heute schon den Arbeitnehmern die guten Löhne und sind bereit, auch als Lohnarbeiter tätig zu sein.

Wenn gestern im Fernsehen Herr Professor Koren sein Herz für den öffentlichen Dienst am Bildschirm gezeigt hat und die Beamten und den öffentlichen Dienst dort irgendwie als benachteiligt herausstellte, so möchte ich sagen, daß das typisch ist.

Die ÖVP besteht doch aus drei Bünden. Wenn man unter den Bauern spricht und Propaganda macht, so hetzt man gegen die Beamten, gegen den öffentlichen Dienst. Beim öffentlichen Dienst hat man das Herz für ihn.

Und der „Burgenländische Bauernbündler“ hat einst, als der öffentliche Dienst den 14. Monatsbezug forderte, geschrieben: Mit Befremdung stellen wir fest, daß eine gewisse Berufsgruppe in Österreich, deren wirtschaftliche und soziale Lage gesichert erscheint, einen 14. Monatsbezug fordert, obwohl es im Kalenderjahr keine 13, geschweige 14 Monate gibt.

Also da hat man bei den Bauern gegen den öffentlichen Dienst gehetzt. Jetzt aber hat man sein Herz für den öffentlichen Dienst entdeckt. So ist es leicht, Politik zu machen.

Aber wir wissen: Die Begleitmaßnahmen für die Landwirtschaft in Österreich sind nicht nur jetzt durch das Arrangement mit der EWG, sondern auch vorher schon wichtig gewesen.

Die Wirtschaftsgesetze, das Landwirtschaftsgesetz, die Förderung der Landwirtschaft be-

ginnt schon in der Gemeinde, wenn man nur die Vatertierhaltung nimmt — dort schon werden aus öffentlichen Mitteln Beiträge geleistet —; sie wird von Ländern und Bund fortgesetzt. Wir Sozialisten wissen schon lange, daß die Landwirtschaft gefördert gehört, und sie wird und wurde am stärksten in den letzten zwei Jahren gefördert.

Um die Sorge bei dem Arrangement mit der EWG um die Landwirtschaft wissen wir alle. Aber die österreichischen Bauern sind intelligent genug: sie werden marktkonform produzieren und die Absatzmöglichkeiten in die EWG prüfen. Dies gilt besonders für uns, für das Burgenland, woher ich komme, das im Norden auf Qualitätswein und im Süden auf Rinderzucht spezialisiert ist. Gerade auf diesem Gebiet merken wir in der letzten Zeit einen wirklich gerechten Preisansteig für unsere landwirtschaftlichen Produzenten.

Die Viehpreise auf dem Versteigerungsmarkt in Oberwart haben eine Höhe erreicht, daß unsere Züchter und Bauern voll zufrieden sind. Im Durchschnitt bekam im letzten Jahr ein Bauer pro Stück verkauftes Vieh dort um 3000 S mehr als noch vor zwei Jahren.

Der Absatz des Qualitätsweines hat sich so gut entwickelt, daß unsere Bauern auch auf diesem Gebiet zufrieden sind.

Wenn jetzt der Vertrag mit der EWG zum Tragen kommt, wenn jetzt die Importe für landwirtschaftliche Maschinen eine Zollsenkung erfahren, wird es unseren Bauern, die heute sehr stark auf die Investition, auf die Mechanisierung angewiesen sind, erleichtert werden, Landmaschinen billiger zu bekommen. Deshalb, glaube ich, braucht es für uns nicht so drastisch hingestellt zu werden.

Ich muß auch feststellen, daß die Österreichische Volkspartei weit eingelenkt hat; sie bejaht nun ebenfalls das Interimsabkommen, das Arrangement mit der EWG. Es hat sich im Nationalrat erwiesen, daß es einstimmig beschlossen wurde. Es hat sich auch heute schon herauskristallisiert, daß auch der Bundesrat die Verträge einhellig gutheißen und keinen Einspruch erheben wird.

Ich glaube aus diesem Grunde, daß wir allen Beamten, die diesen Vertrag in zähen Verhandlungen für Österreich erarbeitet haben, auch von meiner Fraktion aus Dank und Anerkennung aussprechen sollen. Wir danken auch der Regierung, den Ministern, die dabei mitgewirkt haben, daß es zu diesem vereinten Europa auch für Österreich gekommen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

9024

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Vorsitzender (der wieder die Leitung der Verhandlungen übernommen hat): Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat DDr. Pitschmann. Ich erteile es ihm.

Bundesrat DDr. Pitschmann (CVP): Meine sehr geehrten Herren Minister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Strapazen des langen Marsches, des dutzendfachen Hindernislaufes nach Brüssel sind noch lange nicht zu Ende und werden vor allem konditionschwachen Unternehmen sehr zu schaffen machen. Konditionsstarken bringt er schon Chancen, am Ziel als Sieger miteinlaufen zu können.

Da aber die Wirtschaft letztlich unser aller Schicksal und Zukunft ist, müssen wir wohl alle etwas umdenken. In der Wirtschaft wird das Bestehenkönnen gegenüber weltweiter Konkurrenz noch mehr als bisher in erster Linie in der eigenen Kraft und Leistung, natürlich auch in der Bereitschaft der Wirtschaftspolitik liegen, die Wirtschaft durch entsprechende Maßnahmen zu stärken.

Auch für die Sozialpartner ergeben sich neue Anforderungen. Die Zusammenarbeit der Sozial- und Wirtschaftspartner bleibt auch in Zukunft sicherlich unentbehrlich.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt nicht nur von der Qualität unserer Unternehmerschaft, sondern nicht minder auch von der Qualifikation, der Leistungsgesinnung, der Bereitschaft jedes einzelnen zum Lernen und zur Weiterbildung ab.

Für die Regierung scheint — diesen Eindruck hat man des öfteren — bei diesem EWG-Vertrag eine Art von Konsumentenschutz durch Preisverbilligung über forcierte Einfuhren vordergründig zu sein. Man darf aber den EWG-Vertrag nicht zu einer Preisfeuerwehr umfunktionieren und darf nicht Erwartungen erwecken, die sich nicht erfüllen können.

Der Schwarze Peter der derzeitigen Inflation bleibt bei Kreisky, der vor seiner Regierungszeit stabile Preise versprach und Auswirkungen der Preisentwicklung des Auslandes auf Österreich in Abrede stellte. „Was geht uns das Ausland an?“, sagte er damals, als man darauf hinwies, daß eben ein Teil der Preiserhöhungen vom Ausland importiert wird.

Österreichs Exportquote ist sicherlich ungenügend. Die starke Kostensteigerung, die Österreichs Industrie in den beiden letzten Jahren über sich ergehen lassen mußte, hat die Entwicklung des Exportes ungünstig beeinflußt. War im dritten Quartal 1969 eine Rekordsteigerung des Exportes von 25 Prozent

gegenüber der Vergleichsperiode des vorangegangenen Jahres erreicht worden, so lag in den ersten drei Quartalen 1971 die Jahreszuwachsrate des Exportes nur mehr bei 5 Prozent. Diese Entwicklung ist bedauerlich und sicherlich auch bedenklich.

Der Anteil des Exportes am österreichischen Bruttonationalprodukt gegenüber vergleichbaren Staaten ist noch immer zu gering. Wenn die internationale Konkurrenzposition Österreichs so beschaffen sein soll, daß beim Export wieder ein überproportionales Wachstum möglich wird und dadurch die Chancen aus dem EWG-Vertrag voll genutzt werden können, muß die Kostenentwicklung in Österreich unbedingt gebremst werden.

Der Anteil der Exporte am österreichischen Bruttonationalprodukt hat 1970 erst 19,9 Prozent betragen. Dagegen machte er bei den übrigen hochindustrialisierten Kleinstaaten Westeuropas einen zum Teil empfindlich höheren Prozentsatz aus.

Dänemark exportierte 21,1 Prozent des Bruttonationalproduktes, Norwegen 21,6 Prozent, Schweden 21,9 Prozent, Finnland 22,5 Prozent, die Schweiz 25,3 Prozent, die Niederlande nicht weniger als 37,6 Prozent und Belgien-Luxemburg sogar 44,8 Prozent.

Womit Österreichs Wirtschaft in den wenigen nächsten Monaten fertig werden muß, ist wirklich ungeheuerlich: Umstellungen von der EFTA auf die EWG, Umstellung von der Allphasenbruttoumsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer.

Österreichs Wirtschaft muß ferner mit der angekündigten Lohn- und Einkommensteuerreform sowie mit den Belastungen der 29. ASVG-Novelle fertig werden.

Was sich die SPÖ leistet, kann sich unsere Wirtschaft wirklich nicht leisten; sonst würde sie zugrunde gehen.

Unser verehrter Finanzminister sagte noch vor wenigen Monaten, daß die Mehrwertsteuer keine nennenswerte Preisverteuerung mit sich bringe. Er erklärte, daß sich am Ende dieses Jahres die Preissteigerungsrate wieder auf etwa 5 Prozent einpendeln werde.

Nun haben wir, obwohl eine 3- bis 5prozentige Verbilligung der Importwaren aus dem EWG-Raum zu erwarten ist, die Ankündigung unseres Finanzministers gehört, daß zu Beginn des Jahres 1973 mit einer Teuerung von rund 7 Prozent zu rechnen sei. Also ein neuer Preishochsprungrekord olympischen Ausmaßes. Die SPÖ würde wirklich eine kombinierte Olympiagoldmedaille im Hochsprung verdienen: beim Hochsprung in der

DDr. Pitschmann

Preishöhe, in der Preisteuerung, und beim Weitsprung in der Entfernung von den Versprechungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Preissituation kann auch in Österreich nicht mit Staatscomputern, sondern nur mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik gemeistert werden. Staatliche Preisregelung und EWG-Liberalismus vertragen sich bekanntlich nicht miteinander.

Herr Finanzminister! Was wären Sie als Finanzminister für ein larmer Wicht, wenn Ihre Parteikollegen damals die Kraft aufgebracht hätten, dafür zu sorgen, daß die Olympischen Spiele statt nach München nach Wien kommen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb am 22. Jänner des heurigen Jahres:

„München — ein Faß ohne Boden.“

Als ein Faß ohne Boden erweisen sich die Olympischen Spiele in München. Als sich München 1966 um die Spiele bewarb, rechnete man mit 500 Millionen D-Mark Kosten.“ (*Bundesrat Hella Hanzl: Jetzt steht die Olympiade nicht auf der Tagesordnung! Seien Sie mir nicht böse, wenn ich Ihnen das sage!*)

Ich glaube, Sie hätten einige Minuten früher zehnmal die Möglichkeit gehabt, zu sagen, dies und jenes stehe nicht auf der Tagesordnung. (*Bundesrat Hella Hanzl: Hätten Sie auch einen Einspruch erhoben!*) Ich habe von der Olympiapreismedaille, damit von den Sorgen des Finanzministers und darüber gesprochen, wie Österreich künftig mit der Kostenentwicklung fertig werden könnte.

In der „Arbeiter-Zeitung“ wird erklärt, daß in München etwa das Vierfache der angekündigten Kosten wirklich aufgelaufen ist.

Was würde Österreichs Finanzminister machen, wenn er nun bei Olympischen Spielen mit zusätzlichen 10 bis 15 Milliarden Schilling fertig werden müßte? Man kann sich gar nicht vorstellen, welche Kürzungen in allen Bundesländern jahrzehntelang hätten durchgeführt werden müssen, damit dieser Betrag irgendwie hereingebracht worden wäre.

Aber auch Wien wird noch seine Sorgen bekommen; das müssen wir befürchten. Es wird einen Preisüberschreitungsrekord wohl auch beim UNIDO-Projekt geben, worauf leider Gottes alle Anzeichen hinweisen.

Nun zurück zum Integrationsthema, verehrte Dame! Das Interims- und Globalabkommen Österreichs mit der EWG ist, gesamthaft gesehen, ebenso diffizil und schwergewichtig wie die Problematik der sensiblen Produkte.

Mit zwei Sätzen sei folgendes gesagt: Durch die EWG- und EGKS-Verträge wird im Prinzip und in Etappen eine Freihandelszone auf dem

Sektor des nichtlandwirtschaftlichen Außenhandels erreicht. Das Interimsabkommen, das die EWG allein mit Österreich abschloß, ist eine Treueprämie für ein elfjähriges geduldiges Warten Österreichs vor den EWG-Türen. Diese Wartezeit ist bis in die jüngste Vergangenheit ein alleiniges Verdienst der ÖVP, weil die SPÖ als damalige Regierungsopposition oder als Koalitionspartei beim EWG-Bemühen entweder abseits stand, abseits lief oder faul und unfair gegen die EWG-Regeln verstieß. (*Bundesrat Wall: Es darf gelacht werden!*)

Unser Interimsabkommen und das Globalabkommen enthalten höchst nachteilige Schönheitsfehler. Die Verhandlungen Österreichs mit der EWG über den Abschluß eines Assoziierungsabkommens konzentrierten sich auf die Frage des Zollabbau zwischen den beiden Wirtschaftsräumen und auf die mittelbar damit verbundenen Probleme, wie Ursprungsregelung, sensible Produkte, Wettbewerbsverzerrungen und so weiter. Die Frage der Beziehungen der Entwicklungsländer zur EWG und Österreichs Verhältnis zu den Entwicklungsländern der verschiedenen Gruppierungen, die durch verschiedene Abkommen ein besonderes Naheverhältnis zur EWG haben, wurden außer acht gelassen. Begründet wird das von offizieller Seite damit, daß man mit diesem Fragenkomplex die an und für sich schon schwierigen Verhandlungen Österreichs mit der EWG nicht zusätzlich belasten wollte.

Man wird aber nicht umhin können, möglichst rasch den ganzen Fragenkomplex in Angriff zu nehmen, wenn viele Märkte in Übersee nicht endgültig als verloren angesehen werden müssen.

Schon in den vergangenen Jahren war die Entwicklung des österreichischen Warenaustausches mit den Entwicklungsländern keineswegs befriedigend. 1960 ging noch ein Anteil von 14 Prozent des österreichischen Gesamtexportes in die Entwicklungsländer. 1970 ist dieser Anteil auf rund 11 Prozent gesunken. Vergleichsweise exportierte die Schweiz im Jahre 1970 17,1 Prozent des gesamten Volumens in die Entwicklungsländer.

Die EWG hat durch den Abschluß verschiedener Abkommen zu zahlreichen Entwicklungsländern ein besonderes Naheverhältnis hergestellt. Es sind dies:

Das Jaunde-Abkommen, durch das 18 afrikanische Staaten und Madagaskar seit 1963 mit der EWG assoziiert sind.

Die drei englischsprachigen Staaten Ostafrikas, Kenia, Uganda, Tansania, sind der Europäischen Gemeinschaft seit dem 1. Jänner

9026

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

DDr. Pitschmann

1971 durch das Abkommen von Arusha assoziiert, das ihnen annähernd die gleichen Vergünstigungen bringt wie das Jaunde-Abkommen.

Im Mittelmeerraum hat die Gemeinschaft seit 1961 ein ganzes Netz von Assoziiierungen und Handelsvereinbarungen geknüpft, das auch Ägypten, die VAR und Zypern wie auch Algerien umfaßt.

Den 17 noch assoziierungsfähigen Ländern des Commonwealth hat die EG die Wahl gelassen, ob sie eine Assozierung nach dem Muster von Jaunde, eine eigene Form der Assozierung wie die von Arusha oder einfache Handelsvereinbarungen vorziehen.

Schließlich sind noch die beiden Länder Griechenland und Türkei zu erwähnen, die ebenfalls ein Assoziierungsabkommen mit der EWG abgeschlossen haben, dessen Zweck es ist, diese Länder in einem späteren Stadium zu Mitgliedsländern der EWG zu machen. Gerade die beiden letztgenannten Länder stehen andererseits hinsichtlich ihrer Bedeutung für den österreichischen Export unter allen Entwicklungsländern an erster Stelle.

Es ist also absolut unverständlich, warum dieser gesamte Fragenkomplex bisher an keiner Stelle eingehend untersucht und geprüft wurde, warum keine langfristigen Lösungsmöglichkeiten in Aussicht genommen wurden und warum man nicht in den Verhandlungen mit der EWG zumindest festgehalten hat, daß diese Frage in einer zweiten Verhandlungsrunde einer Lösung zugeführt werden soll.

Ebenso wie die bisherige Haltung der Regierung gegenüber der Entwicklungshilfeproblematik zeigt sich auch bei der Frage der mit der EWG assoziierten Entwicklungsländer, daß man die längerfristigen handelspolitischen Probleme überhaupt nicht erkennt und kein Konzept vorhanden ist, um der österreichischen Wirtschaft die Märkte von morgen zu sichern.

In Anbetracht dessen, was schon gesagt wurde und sicherlich noch gesagt wird, kann ich mir ersparen, näher auf den meritatorischen Inhalt des Interimsabkommens einzugehen.

Es muß aber parlamentsprotokollarisch festgehalten werden — gerade in Anbetracht der Äußerungen meines Vorredners, der wirklich die Fronten vollkommen verkehrt hat —, wie sich die SPÖ fast ein Jahrzehnt lang gegen ein Übereinkommen mit der EWG wehrte, kein Saatgut beisteuerte, nicht gejätet hat, sondern im Gegenteil nur versucht hat, in die Saat immer noch Unkraut hineinzustreuen.

Das Jahr 1973 wird in seinen tiefgreifenden Auswirkungen in mancher Hinsicht mit dem Staatsvertrag 1955 verglichen. Damals begann für Österreich durch die Wiedergewinnung von Freiheit und Unabhängigkeit eine neue staatspolitische Ära. Jetzt beginnt infolge des Hineinwachsens Österreichs in den Markt der 300 Millionen eine neue wirtschaftliche Ära. Mit der Umstellung auf die Mehrwertsteuer bekommen wir eine neue steuerpolitische Ära.

Wenn nun Vergleiche angestellt werden zwischen der Tragweite des Staatsvertrages aus dem Jahr 1955 und jetzt mit der EWG, dann muß wohl dazu gesagt werden, daß das Abkommen mit der EWG nicht einen Abschluß, sondern nur den Beginn einer neuen Entwicklung darstellt.

Den Weg zum Staatsvertrag mit den Westmächten und mit Rußland hat die damalige SPÖ-Führung den ÖVP-Verantwortlichen wirklich nicht leicht gemacht. Die SPÖ-Begleitmusik „Raab nix choroscho“ war des Koalitionspartners Schützenhilfe für die erfolgreichen Verhandlungen Raabs mit Moskau. Auch damals hat die SPÖ mitgeerntet, ohne nennenswertes Saatgut beigesteuert zu haben.

In unserer berechtigten Freude, daß ein halbwegs vertretbarer Weg in die EWG gefunden werden konnte, dürfen wir nicht vergessen, daß noch nicht ganz sicher ist, ob beispielsweise Norwegen und Dänemark den EWG-Beitritt auch schaffen werden. Wie stark sich im Falle eines Sieges der Anti-EWG-Kräfte in den beiden genannten Staaten dann in England die Antieuropäer in der Labour Party machen werden, ist nicht schwer zu erkennen, wenn Österreichs „Arbeiter-Zeitung“ als SPÖ-Stimme recht haben sollte. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 30. 10. 1971 schrieb nach den Abstimmungen im englischen Parlament unter anderem folgendes:

„Ausbruch der Leidenschaften im Unterhaus bei der Abstimmung über EWG-Beitritt. Bevölkerung hinter Wilson.“

Oppositionsführer Wilson, der entschieden gegen den Beitritt zur EWG Stellung nahm, versprach, diesen Schritt wieder rückgängig zu machen.

Wilson fühlt sich in dieser Haltung völlig im Einklang mit der Bevölkerungsmehrheit. Und tatsächlich: Wenn die lange Schlange derjenigen, die vergebens auf eine Zulassung zu den überfüllten Tribünen des Unterhauses warteten, ein Bevölkerungsquerschnitt war, hat Wilson recht. Dann sagen 51 Prozent der Briten weiter nein zur EWG und zu ‚Ted (Heath), dem Betrüger‘, der nicht das Volk, sondern das Parlament als Spiegelbild der Nation abstimmen ließ.“

DDr. Pitschmann

Also stärker, undiplomatischer, grotesker kann man einem Staat, mit dem man gemeinsam in die EWG wollte, wohl nicht begegnen, als es die „Arbeiter-Zeitung“ damals getan hat. (*Zwischenruf bei der SPÖ*.)

Das war hoffentlich — es ist mit Sicherheit anzunehmen — die letzte Anti-EWG-Eskapade der SPÖ. Früher waren es ganze Legionen, die die EWG schlecht machten, angriffen, beleidigten und kritisierten. Nur einige authentische Kostproben davon:

Felix Butschek, Mitarbeiter des Wirtschaftsforschungsinstituts und einer der 1400 „Weißen“, die das Zukunftsprogramm der SPÖ erarbeitet haben, schrieb im „Forum“, Dezemberausgabe 1962, folgendes (*Ruf bei der SPÖ: Pause!*) — ich glaube, Sie können eine Pause brauchen, um das zu verarbeiten, was ich Ihnen zu sagen habe (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP*) —:

Auf dem Vorarlberger Parteitag 1959 erklärte Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann: „Um seine europäische Position zu sichern, ist der Kartellkapitalismus zur Bildung der EWG geschritten. Der in der EWG geschaffene nationale Bürgerblock leitet eine Entwicklung ein, der man rechtzeitig entgegentreten muß.“

„Eine andere solche Fleißaufgabe war die Pflege der Neutralitätslegende, wobei man in plumper Weise darauf spekulierte, die Leute würden schon vergessen haben, daß es gerade die SPÖ war, die sich gegenüber der Neutralität lange Zeit reserviert verhalten und diesbezügliche außenpolitische Benühungen des Bundeskanzlers Raab mit mancher Unfreundlichkeit bedacht hatte.“

Deswegen „Raab nix choroscho!“ — Ihr Felix Butschek!

Auf der nächsten Seite steht — das hängt noch damit zusammen —:

„Schlimmer noch war, daß es im Gefolge dieser Kampagne zu den übelsten Auslassungen über die Geschichte unsres Landes kam. Man schien von der Theorie auszugehen, daß die Behauptung, Rudolf von Habsburg sei ein Raubritter gewesen, die Wähler veranlassen würde, für die SPÖ zu stimmen.“

Und zwischenzeitlich haben wir aus Kreiskys Buch erfahren, daß dieser große Staatsmann sogar die Absicht hatte, diesen Raubritter als Botschafter einzusetzen. Also was in Österreich alles möglich ist, ist wirklich europäische Spitze.

In der Märzausgabe der „Zukunft“ vom Jahre 1968, also der Katechismus und die Bibel der SPÖ, sagte ein beredter SPÖ-Sprecher, indem er sich mit dem SPÖ-Wirtschaftsprogramm befaßte, folgendes:

„Im Kapitel des Vorentwurfs, das sich mit Fragen des Außenhandels beschäftigt, fehlt meiner Meinung nach ein Hinweis auf den monopolistischen und protektionistischen Charakter der EWG. Ist doch die Herrschaft der Brüsseler EWG-Technokratie ein Musterbeispiel für jene autoritäre Planung, die der demokratische Sozialismus ablehnt: Geplant wird von den Technokraten ohne Mitbestimmung der großen Arbeitnehmerorganisationen der EWG-Länder.“

Ein „Nahverhältnis“ Österreichs zur EWG ist daher, abgesehen von den neutralitätspolitischen Momenten, für eine fortschrittliche Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft kein Vorteil. Im Gegenteil: Je näher das Verhältnis Österreichs zur EWG ist, desto größer der negative Einfluß ausländischer, insbesondere westdeutscher Monopole auf das wirtschaftliche Geschehen in unserem Land. Letztendes kann ein solches „Nahverhältnis“ auch zur Aushöhlung der Neutralität führen.

Zusammenfassend sei nochmals betont, daß dieses ökonomische Programm, das für eine bestimmte Etappe gelten soll, nicht das Parteiprogramm ersetzen oder verdrängen darf. Mit anderen Worten: *Unser Ziel* — das SPÖ-Ziel — „ist nicht ein relativ gut funktionierender, sozial gezähmter Kapitalismus, sondern die klassenlose Gesellschaft.“

Im Februar 1960 behauptete die „Arbeiter-Zeitung“, hinter der EWG-Kampagne stünden die Großkapitalisten, die sich durch ihre Geschäftsbeziehungen größere Profite versprechen. Auch Kreisky persönlich habe Österreich auf dem Weg in die EWG einige Hindernisse bereitet.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. November 1959 schrieb folgendes:

„Kreisky betonte dabei neuerlich, daß Österreichs Neutralität und die mit ihr übernommenen Verpflichtungen es Österreich verbieten, der EWG beizutreten. Wohl ist die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit den EWG-Ländern stärker als mit den Mitgliedstaaten der EFTA, nicht aber um soviel stärker, wie es meistens behauptet wird.“

Otto von Habsburg hat damals — scheinbar einer der Intimfreunde Kreiskys zwischenzeitlich — geschrieben:

„Rußland hat Österreich nie den Beitritt zur EWG verboten. Die Russen sind erst gegen die EWG aufgetreten, nachdem von Wien aus in der Öffentlichkeit behauptet worden war, daß die Russen es nicht erlauben würden. Wenn man einen Gegner auffordert, einen zu fesseln, dann kann man nicht erstaunt sein, wenn er dieser Aufforderung nachkommt.“

9028

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

DDr. Pitschmann

(*Bundesrat Hella Hanzi k: Es würde mich nur interessieren, warum die Minister Bock und Mitterer das nicht erreicht haben, was jetzt erreicht wurde!*) Weil es alle anderen Staaten auch jahrelang versucht haben. (*Bundesrat Hella Hanzi k: Das wäre viel interessanter, als hier nur zu wühlen!*) Wenn Sie heute säen, können Sie auch erst morgen ernten. Nicht einmal Sie, und Sie scheinen sehr fruchtbar zu sein. (Weitere Zwischenrufe.)

Die „Salzburger Nachrichten“ vom 16. März 1962 brachten auf der ersten Seite groß aufgemacht: „Gorbach distanziert sich von Kreiskys Reden.“ — Also der damalige Kanzler mußte sich vom Koalitionspartner in Richtung EWG-Sabotage distanzieren. — „Österreichs Außenminister sagte laut APA in Stockholm: ‚Die österreichische Regierung hofft, daß die EWG der Assoziation der vier neutralen EFTA-Länder zustimmen werde.‘ — Dr. Gorbach und Dr. Bock dazu: ‚Dazu war er nicht ermächtigt.‘“

Schon vor zwei Jahrzehnten lehnte der damalige Minister Waldbrunner die Teilnahme Österreichs an den Verhandlungen über die Gründung der Montanunion wahrscheinlich wohl deswegen ab, weil er dabei eine Gefährdung seines verstaatlichten Königreiches fürchtete.

Arbeiterkammerpräsident Ing. Hrdlitschka meinte noch 1966, daß man sich einen Beitritt zur EWG ernsthaft überlegen müsse.

Bundesrat Porges, unser früherer Kollege, vertrat 1967 die Auffassung, daß der Weg in die EWG gefährlich sei.

Chefideologe Czernetz verlangte eine umfassende Untersuchung der wirtschaftlichen Auswirkungen für den Fall einer EWG-Assoziation Österreichs.

Und unser heutiger Finanzminister warf der ÖVP vor, daß sie die diskriminatorischen Auswirkungen einer Nichtteilnahme Österreichs an der EWG stark überschätze.

Wie recht hat doch die „Süddeutsche Zeitung“ vom 20. Juli dieses Jahres, wenn sie schreibt:

„Österreichs langer Marsch nach Brüssel geht zu Ende. Nach elf Jahren erntet eine sozialistische Regierung, was sie einst bekämpft hatte.“

Bundeskanzler Dr. Kreisky hatte also persönlich wirklich allen Grund, mit der Behauptung vorsichtig zu sein, daß Österreichs EWG-Erfolg ihm zuzuschreiben sei. Umso besser besorgen das Österreichs Zeitungen durch bezahlte Inserate.

Daß die SPÖ-Alleinregierung aus dem Vertragswerk trotz heroischer, diplomatisch ge-

sichter Einsätze unserer Beamten nicht das Optimale herausholen konnte, liegt auf der Hand. Wenn jemand jahrelang, ein Jahrzehnt lang beschimpft, abgelehnt und kritisiert wird, dann kann man von diesem nicht erwarten, daß er mehr gibt, als er unbedingt muß. Es wäre also, so wie es Kreisky bei der Mehrwertsteuer zur ÖVP sagte, mehr drinnen gewesen, sicherlich auch im Vertrag mit der EWG, wenn die heutige Regierungspartei nicht zehn Jahre lang dauernd mit dem nackten Charme der EWG ins Gesicht gesprungen wäre. Die langjährige Anti-EWG-Haltung der SPÖ muß nun sicherlich ganz Österreich bezahlen.

Zum Schluß noch einige Worte zu Benyas Aussage im „Kurier“ vom 27. Juli dieses Jahres: EWG-Niveau auch für Löhne nötig, Arbeitskräfte künftig mobiler, nach elfjährigen sehr kläglichen Verhandlungen ist uns der Zugang zum großen Markt geöffnet.

Zu EWG-Löhne auch für Österreich nötig: Solange Österreich zum Teil weit mehr als alle anderen vergleichbaren Staaten der Unternehmerschaft und der Arbeiterschaft Soziallasten auferlegt und soziale Vorteile einräumt, solange wir in Österreich 16 Prozent Mehrwertsteuer haben — in Deutschland 11 Prozent, man könnte eine Stunde über die entsprechenden Relationen zwischen hüben und drüber reden —, so lange wird ein EWG-Nettolohn nicht möglich sein, solange bei uns brutto so viel mehr Belastungen drinliegen.

Zu Arbeitskräfte künftig mobiler: Ja, hoffentlich nicht dadurch, daß noch mehr österreichische Arbeitnehmer ins Ausland fliehen, um dem Steuerdruck und dem Abgabendruck zu entgehen (Zwischenrufe bei der SPÖ), oder sich als Grenzgänger betätigen.

Im übrigen vielleicht nur ein Wort in Parenthese zum Gastarbeiterproblem: Meiner Ansicht nach ist die ganze Gastarbeiteraktion Europas, ohne die Europa scheinbar nicht mehr leben kann, eine Sünde wider die Natur, die Sünde des Jahrhunderts. Daß Millionen Menschen von Familien, vom Heim ein Jahr lang oder noch länger weg von der Familie, nur um nicht ganz gesunde Strukturen aufrecht zu erhalten, losgeeist werden, ist eine Völkerwanderung mit Nachteilen, wie wir sie, glaube ich, früher kaum größer hatten. Das wäre eben europäische Integrationspolitik, wenn man dort Arbeitsplätze schafft, wo die Menschen mit ihren Familien wohnen, anstatt die Menschen Hunderte und Tausende Kilometer von einander entfernt familienpolitisch und auch national zu entfremden. (Bundesrat Böck: Wer denn? Das ist schon die Entwicklung der kommenden Jahre!) Ja glauben Sie, daß es

DDr. Pitschmann

gesund ist ... (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

In der Schweiz ist die Zeit schon so weit, daß ein beträchtlicher Teil der Schweizer sagt: So kann es nicht weitergehen, daß man Hunderttausende Türken und Angehörige anderer Nationen in die Schweiz bringt, dort seßhaft macht und sie dann, wenn einmal eine wirtschaftliche Depression entsteht, wieder nach Hause zurückschickt, wo sie erst recht nicht arbeiten können und keinen Arbeitsplatz finden. Das ist doch keine gesunde europäische Integration. Das ist eine Sünde ganz Europas, nicht nur Österreichs. (Bundesrat B ö c k: *In Österreich sind die Verhältnisse für Österreicher gelöst!*)

Benya sagte weiter: Nach elfjährigem vergeblichem Verhandeln ist uns der Zugang zum großen Markt geöffnet worden. Elf Jahre waren die Verhandlungen nicht vergebens. Die elf Jahre Verhandlungen waren Voraussetzung dafür, um in die EWG zu kommen. Die elfjährigen Verhandlungen sind heute im Preis des Interimsabkommens enthalten, das uns als einzigm neuen EWG-Staat zugestellt wurde.

Ein Wort noch zu Herrn Kollegen Prechtl, der sich über die Zuckerprixe ausließ, über enorme ungerechtfertigte Gewinne der Zuckerindustrie.

Ich frage ihn: Warum haben seine Kollegen in der Paritätischen ja zur jeweiligen Zuckerpriiserhöhung gesagt? Entweder haben sie versagt in der Paritätischen (Bundesrat B ö c k: *Wird ein Jahr zurückgelegt!*), oder sie haben die Konsumenteninteressen verraten. Wenn Ihre Kollegen in der Paritätischen alle einstimmig ja zum Zuckerpriis sagen, dann kann dieser Preis entweder nur gerechtfertigt sein, oder diese Herren haben die Konsumenteninteressen verraten. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat B ö c k: *Lesen Sie erst die Berichte über diese Sitzungen nach!*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Wally. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Wally (SPO): Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren! Meine Herren Bundesminister! Es ist jetzt für mich, glaube ich, nicht leicht, zu den Ausführungen meines Vorredners, auf die ich nicht im einzelnen eingehen möchte, weil sie ja für sich selbst gesprochen haben, doch in einigen wesentlichen Punkten Stellung zu nehmen, und zwar zunächst einmal dahin gehend, daß man es nicht hinnehmen kann, daß jetzt im Nachhinein über den Abschluß des Staatsvertrages in dieser Weise gerichtet wird, wie es geschehen ist. (Bundesrat Dr. Pitschmann:

Die Wahrheit muß immer an den Tag kommen!)

Herr Kollege Pitschmann! Wenn Sie sagen: Die Wahrheit muß an den Tag kommen!, und wenn Sie das vom Staatsvertrag heute tun wollen, dann zweifle ich daran, ob das, was Sie Wahrheit nennen, mit den Tatsachen zu decken ist.

Ich zitiere an und für sich nicht gerne lange, aber ich möchte doch in diesem Zusammenhang ein Zitat vortragen dürfen aus dem Buch über den Bundeskanzler, das jetzt aufliegt. Da heißt es unter anderem auf Seite 122:

„Fest steht, daß Kreisky sich auch rückblickend nicht als ‚Hauptarchitekten‘ des Staatsvertrages betrachtet. Dennoch, was er nachweisbar in dieser Phase getan hat, war bedeutsam genug. Es ist zum Teil seinem Drängen zu verdanken, daß Österreich in zwei für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Landes äußerst wichtigen Fragen der sowjetischen Seite bedeutende Konzessionen abringen konnte: die Möglichkeit, die Ablöselieferungen in der Höhe von 150 Millionen Dollar nicht“ — wir wissen es ja alle, aber ich betone es noch einmal — „in Devisen, sondern in Waren abzugelten, und um den Preis der Lieferung von zehn Millionen Tonnen Rohöl in zehn Jahren die volle Verfügungsgewalt über die bedeutendste heimische Rohstoffquelle, die Ölfelder, zurückzugewinnen.“

Es kommen dann noch weitere Feststellungen des Autors über die Verdienste des Bundeskanzlers, die ich aber nicht länger zitieren möchte, um Sie nicht in einer solchen Sache länger zu bemühen.

Aber ich denke, meine Damen und Herren, Kritik sollte dort ein Ende finden, wo es um so wichtige Dinge wie den Staatsvertrag geht, eine Kritik, die meiner Meinung nach in dieser Form nicht zulässig ist.

Sehr verehrte Damen und Herren! Darf ich vorbemerkend zu der Debatte zu den Interimsverträgen vielleicht sagen, daß wir als Parlamentarier, so glaube ich, insgesamt etwas überfordert sind, und zwar deshalb, weil bisher schon im Parlament — ich meine jetzt in den beiden Häusern — an die 50 Wortmeldungen erfolgt sind: der Herr Bundeskanzler zuerst; die Herren Bundesminister haben in ausführlicher Weise in Einleitungsreferaten die Situation dargeboten. Die Hauptsprecher der Parteien, viele Fachexperten und auch, sagen wir, von verschiedenen Seiten her sprechende Mandatare haben das Thema beinahe erschöpft. Ich möchte mir daher erlauben, heute etwas auch den geschichtlichen Zusammenhang in gestraffter Form zu bringen.

9030

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Wally

wie die europäische Integration überhaupt aussieht.

Verehrte Damen und Herren! Mit den am 22. Juli in Brüssel unterzeichneten Verträgen hat ein großer Abschnitt der Entwicklung zu einem wirtschaftlich integrierten Westeuropa seinen Abschluß gefunden. In der außerordentlichen Sitzung des Nationalrates vom 25. Juli und 19. September sowie in der Sitzung des Bundesrates vom 27. Juli erklärten die im Parlament vertretenen Parteien grundsätzlich ihre Übereinstimmung und stellten erneut fest, daß in den Verträgen die Neutralitätsbestimmungen voll respektiert worden sind.

Für die 294 Millionen Menschen, die in den 16 Teilnehmerstaaten leben, besteht nun die Aussicht auf einen noch höheren Wohlstand. Zugleich wächst die Verpflichtung gegenüber jenen Ländern und ihren Menschen, die weiterhin von den Errungenschaften der Wohlstandsgesellschaft ausgeschlossen sind.

Ich glaube, daß nun das Geplänkel um diese oder jene Teilverdienste, um historisch begründete Einstellungen und Äußerungen abgeschlossen werden sollte. In den langwierigen Verhandlungen hat Österreich ein ansehnliches Ergebnis errungen. Nun aber gilt es, sich in dieser großen dynamischen Gemeinschaft einzurichten, die nicht einfachen Anpassungsschwierigkeiten zu bewältigen, sich durchzusetzen.

Im besonderen haben wir jene Begleitmaßnahmen zu treffen — das ist schon des öfteren gesagt worden —, die eben in der Sache notwendig sind. Entsprechende Vorsorgen sind ja schon von den Ministerien zeitgerecht sicher gestellt worden.

Sicher ist es nicht unangebracht, nun einmal die Assozierung Österreichs in den großen Gemeinsamen Europäischen Markt zum Anlaß zu nehmen, wie ich schon sagte, diese Bemühungen um die Integration etwas zu beleuchten.

Sehr verehrte Damen und Herren! Die Bestrebungen, unseren Kontinent wirtschaftlich und politisch zu einigen, setzen ja schon in der Folgezeit des Ersten Weltkrieges ein, als kein Staat Europas mehr in der Lage gewesen ist, einen Führungsanspruch im Rahmen der Weltpolitik so wie früher oder innerhalb Europas durchzusetzen.

Ich habe in der letzten Sitzung dieses Hohen Hauses auf die verdienstvollen Bemühungen von Coudenhove-Kalergi hingewiesen. Ich darf hier nur erwähnen, daß dieser Pionier des Europagedankens ja am selben Tage verstorben ist.

Ich erwähne jene Impulse der Integration Europas, der Integrationsbestrebungen, die der französische Ministerpräsident Aristide Briand in seiner Rede am 5. September 1929 vor der Völkerbundversammlung in Genf und in Form seines Memorandums vom 1. Mai 1930 ausgelöst hat. Es war dem dramatischen Appell Briands nicht beschieden, die Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu bewirken. Sein persönliches Schicksal ist uns ja allen bekannt.

Der Versuch Hitlers, mit brachialer Kriegsgewalt unseren Kontinent neu zu ordnen, wie es damals geheißen hat, endete bekanntlich im Chaos von 1945 mit der furchtbarsten Zerstörung des Kontinents überhaupt. Europa, in dessen zentralen Landschaften sich damals Amerikaner und Russen als Sieger die Hände reichten, war nun auf außereuropäische Hilfeleistung dringend angewiesen.

Einer der großen militärischen Strategen des zweiten Krieges, der spätere amerikanische Außenminister George Marshall, hat in seiner historischen Rede am 5. Juni 1947 in der Harvarduniversität erklärt, daß sich die Staaten Europas untereinander über die Erfordernisse des Augenblicks einigen müßten, damit die Hilfe des amerikanischen Volkes wirkungsvoll einsetzen könne.

Und schon zuvor hat, wie bekannt und auch schon erwähnt, Winston Churchill, auch einer der großen militärischen und politischen Strategen des Zweiten Weltkrieges, vor dem ehrwürdigen Münster der Stadt Zürich am 19. September 1946 eine enge Zusammenarbeit der europäischen Länder programmatisch gefordert. Daß gerade dieser Europäer zur Versöhnung und friedlichen Einigung aufrief, löste damals ein gewaltiges Echo aus, obwohl die damals akute Bedrohung aus dem Osten als Begleitmotiv natürlich nicht zu übersehen ist.

Der Marshallplan, der für Europa als Europäisches Wiederaufbauprogramm — ERP — wirksam wurde, war im Vollzug ein genialer Akt menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Konzeptes. Jeder einzelne, jedes Kind hat am eigenen Leib damals die Wohltat der amerikanischen Hilfe erlebt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten hat sich eingestellt und angebahnt und hat zu einem großartigen und wirtschaftlichen Aufstieg geführt, wie wir alle erlebt haben. Als politische Komponente darf natürlich nicht übersehen werden, daß sich die damals bedrohte westliche Demokratie endgültig festigen konnte.

Im Jahre 1948 hat sich der Europäische Wirtschaftsrat OEEC mit dem Sitz in Paris konstituiert, die erste Organisationsform der

Wally

wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit damals 14 Mitgliedstaaten, nachdem sich die Länder Osteuropas, einige vielleicht schweren Herzens, selbst von der Mitarbeit ausgeschlossen haben. (*Vorsitzender-Stellvertreter Dr. h. c. Eckert übernimmt die Verhandlungsleitung.*)

In der Folgezeit haben sich dann eine Anzahl internationaler europäischer Vereinigungen gebildet und sich bemüht, auf verschiedenen Lebensbereichen die Integration vorzubereiten und voranzubringen. Ich nenne unter anderem — ohne es vollständig tun zu können —:

die vereinigte Europabewegung, die 1947 Churchill mit dem Sitz in London gegründet hat;

die Union der Europäischen Föderation UEF, in Paris bereits 1946 ins Leben gerufen;

die Equipe Internationale in Paris;

die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa;

die Europäische Jugendkampagne in Paris;

die liberale Bewegung für ein Vereintes Europa und viele andere.

Heute gibt es ja eine große Anzahl von Vereinigungen und Privatinstitutionen wie bekannt ja auch bei uns in Österreich. Wir gehören ja zum Teil selbst diesen Organisationen an.

Außerdem wird in den Jugendorganisationen und in den politischen Parteien der Europagedanke programmatisch gepflegt und gefördert.

Eine besondere Bedeutung hat der von Paul-Henri Spaak in Brüssel gegründete Parlamentarische Rat der europäischen Bewegung erlangt, eine Vereinigung parlamentarischer Gruppen. Sie fungierte alsbald als Dachorganisation der meisten anderen Vereinigungen und hat einen wesentlichen Anstoß zur Bildung des Europarates gegeben.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich darf mir jetzt ersparen, über den Europarat etwas zu sagen, da ja drei Herren unseres Hohen Hauses dieser Institution angehören und berufener sind als ich, darüber zu sprechen.

Im Rahmen der OEEC, der schon erwähnten Organisation für wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit im Unternehmen des Marshallplanes, ist die Europäische Zahlungsunion zur Erleichterung multilateraler wirtschaftlicher Zahlungen im Verrechnungswege zwischen den Vertragsstaaten am 19. 9. 1950 in Paris geschaffen worden. Dieser Vertrag sollte den Zahlungsverkehr von den liberalen

Fesseln befreien, die Verrechnung gegenseitiger Überschüsse und Defizite ermöglichen und dadurch insgesamt den Zahlungs- und Warenverkehr innerhalb des Vertragsbereiches fördern.

Am 14. Dezember 1960 ist in Paris als Nachfolgeorganisation der OEEC, die als Rechtspersonlichkeit ja weitergelebt hat, die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gegründet worden, der neben den europäischen Ländern Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Italien, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei und Großbritannien auch die außereuropäischen Staaten USA, Australien, Kanada und Japan angehören.

Ich führe das deshalb an, verehrte Damen und Herren, weil wir uns ja oft auf die Berichte der OECD berufen.

Weiters darf ich kurz einen Überblick über die Institutionen der europäischen Integration geben. Ich erwähne nur

die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS, gegründet durch den Pariser Vertrag vom 18. 4. 1951;

das Europäische Übereinkommen über die gemeinschaftliche Benützung der Güterwagen;

das Europäische Währungsabkommen von 1958 als Nachfolgeorganisation der schon erwähnten Zahlungsunion;

die Europäische Zivilluftfahrtkonferenz;

die Europäische Organisation zur Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten zur friedlichen Anwendung der Kernenergie, CERN;

die Europäische Verpackungsföderation;

die Europäische Produktionszentrale;

die Eurovision;

die Europäische Agrarunion;

das Euratom;

die Eurofina, eine Finanzierungsgesellschaft zur Beschaffung von Eisenbahnmaterial;

die Eurochemie;

die Europäische Investitionsbank;

die Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post- und Fernmeldewesen;

die Europäische Postunion;

den Europäischen Sozialfonds und

den Europäischen Entwicklungsfonds.

Diese angeführten Institutionen und andere mehr sind nach ihrer Wirkungsweise und

9032

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Wally

Wirksamkeit wohl differenziert, bedeuten aber insgesamt ein Bündel vielseitiger und erfolgreicher Tätigkeit auf dem weiten Gebiet der Integration. Es ist aber offensichtlich, daß erst die großen Gemeinschaften die wirtschaftliche Integration entscheidend voranbringen können.

Schon am Beginn des Jahres 1957 ist von einer großen europäischen Freihandelszone die Rede, auf die wir uns ja heute immer noch berufen. Am 20. 2. 1957 einigten sich die sechs Regierungschefs der Länder der Montanunion über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes. Im Rückblick erklärt sich die Abkehr von dieser Idee einer großen europäischen Freihandelszone vor allem durch den damals aufkommenden Gegensatz zwischen Großbritannien und Frankreich, der sich dieser Freihandelszone entgegengestellt hat. Mit dem Vertrag von Rom vom 25. März 1959 ist schließlich die EWG zur Realität geworden.

Verehrte Damen und Herren! Mit dem Vertrag von Stockholm vom 4. 1. 1960 hat sich in der Folge die EFTA konstituiert. Aber in der Präambel der EFTA heißt es ja bekanntlich, daß eine gesamteuropäische Regelung ins Auge gefaßt wird.

Ich darf mir ersparen, über die EFTA weitere Ausführungen zu machen, aber insgesamt sagen, daß die Zollsenkungen im Rahmen der EFTA einen erheblichen Anstieg unseres Handels innerhalb dieser Gemeinschaft zur Folge hatten. Der Versuch eines Brückenschlages EFTA — EWG, wie heute gesagt werden kann, mußte so lange scheitern, als der Gegensatz zwischen Frankreich und Großbritannien angehalten hat.

Es erscheint zwar heute müßig, darüber nachträglich befinden zu wollen, ob der Beitritt Österreichs zur EFTA gerechtfertigt war. Aber ohne Zweifel steht fest, daß ein Beitritt zur EWG ausgeschlossen und eine Assoziation zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich war.

Immerhin ist der EFTA-Anteil an der österreichischen Ausfuhr von 1959 — das ist das Jahr vor dem Beitritt — bis 1971 von 11,6 auf 28 Prozent angestiegen, während im gleichen Zeitraum der Ausfuhranteil in die EWG-Länder von 49,3 auf 38,7 Prozent gesunken ist. Der Import aus der EWG sank von 55,9 auf 47,2 Prozent. Der Importanteil an der EFTA stieg hingegen von 11,7 auf 19,6 Prozent. Mit dem Beitritt zur EFTA ist ohne Zweifel aus einer gegebenen Situation damals das Maximale, wie man im nachhinein sagen kann, erreicht worden.

In den Debattenreden zum Abschluß der Verträge ist immer wieder der mühselige Weg ausführlich dargestellt und sind redlich erworbene Verdienste anerkannt worden. Wenn wir heute die beiden Interimsabkommen im Bundesrat als der letzten parlamentarischen Instanz verabschieden, wird mit den zugestandenen Begünstigungen Österreich gegenüber den anderen Beitrittsländern ein deutlicher Vorzug zugestanden. Dabei waren von uns neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit besonderer Sorgfalt jene Verpflichtungen zu beachten, die sich aus dem Staatsvertrag und der immerwährenden Neutralität Österreichs ergeben haben.

Herr Bundesminister Dr. Kirchschläger hat diesbezüglich erklärt,

daß keine geheimen oder vertraulichen Abmachungen erfolgt sind;

das Recht, auch in Hinkunft gegenüber Drittstaaten eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu betreiben, nicht berührt wird;

die Freiheit von politischen Bindungen aller Art nicht eingeschränkt,

die gleichberechtigte Stellung in der durch die Verträge geschaffenen Institution gewährleistet und

die Handlungsfreiheit im Neutralitätsfall sowie das Kündigungsrecht ausdrücklich sichergestellt werden.

So gewährleisten die Verträge die angestrebten wirtschaftlichen Vorteile und entsprechend gleichzeitig glaubhaft unserer besonderen außenpolitischen Situation.

Sehr verehrte Damen und Herren! Und nun zu den parlamentarischen Auseinandersetzungen anlässlich der Verabschiedung der Interimsverträge.

Es ist bekannt, daß 75 Prozent der Österreicher — ein Ergebnis der Meinungsumfrage — mit dem Arrangement einverstanden sind, es begrüßen.

Der OECD-Bericht ist immer wieder zitiert worden. Die österreichische Wirtschaft bietet ein außergewöhnlich günstiges Bild, das uns auf der anderen Seite berechtigt, der Assoziation mit Zuversicht entgegenzusehen. Diese Situation der österreichischen Wirtschaft ist wohl die wirksamste Begleitmaßnahme, die überhaupt getroffen hätte werden können.

Unser Handelsminister Dr. Staribacher — er ist anwesend — hat dem Parlament in ausführlicher Weise berichtet, daß unter anderem ein Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialbeirates der Paritätischen Kommission die Situation und ihre Auswirkungen gründlichst

Wally

untersucht und Folgerungen vorschlagen wird. Es sind also auch von den Ministerien her die notwendigen Begleitmaßnahmen ins Auge gefaßt worden.

Die ÖVP-Fraktionen der beiden Häuser haben als Opposition ihrerseits ein Begleitmaßnahmenprogramm von acht Punkten vorgelegt, über das verhandelt und letzten Endes Einigung erzielt worden ist. Somit konnte die sachliche Basis für eine einhellige Annahme der beiden Verträge durch das Parlament sichergestellt werden, obgleich im Falle der Abschöpfungs- und Erstattungsregelung — wie wir auch heute wieder gehört haben — für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse dem Begehrten der Opposition nicht entsprochen werden konnte.

Die Gemeinsamkeit unserer Volksvertretung in dieser staatspolitisch so bedeutsamen Angelegenheit, deren politische Tragweite heute noch nicht abgeschätzt werden kann, wird allgemein begrüßt. Ich bedaure es an dieser Stelle noch einmal, daß in etwas kleinerlicher Weise immer wieder das Gesamtwerk dieser Verträge in einer Art von erfolgszersetzender Manier, die nur zu bedauern ist, in Frage gestellt werden sollte.

Sehr verehrte Damen und Herren! Da mit den unmittelbaren Auswirkungen der beiden Interimsverträge, die mit 1. Oktober in Kraft treten, Zollsenkungen verbunden sind, sind wir sehr bemüht, diese an die Letztverbraucher weiterzuleiten. Es ist bekannt, daß der Staat oder — wie immer wieder gesagt wird — der Finanzminister um 500 Millionen Schilling weniger Einnahmen haben werden, als zunächst vorgesehen war.

Wenn verschiedene Seiten argumentieren, daß erst nach dem Abverkauf der vorhandenen Lager Zollsenkungen für die ab 1. 10. eingeführten Waren anfallen und weitergegeben werden können, ist anderseits die Tatsache zu vermerken, daß ganze Branchen schon jetzt Preissenkungen in der Höhe der errechneten Zollsenkungen vornehmen, natürlich nicht prozentuell — das ist ganz klar —, sondern dem Betrage nach.

Der mehrfache und eindringliche Appell an die Konsumenten, gerade in der nächsten Zeit und im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer preisbewußt einzukaufen, kann nur wiederholt und verstärkt werden. Ich verstehe nicht, warum in diesem Appell — wie es geschehen ist — etwa ein Mißtrauen gegen die Wirtschaft erblickt werden könnte. Auch der Wirtschaftstreibende muß als Einkäufer und Wiederverkäufer kritisch, sachkundig und preisbewußt einkaufen, um konkurrenzfähig sein zu können. Ja der preis-

bewußte Einkauf ist in der Wirtschaft geradezu ein Kriterium rationeller Wirtschaftsführung im Sinne der freien Marktwirtschaft.

Es ist anläßlich der letzten Sitzung des Bundesrates davon geredet worden, daß „Preisreduktionen vorgespiegelt werden, die das Ausmaß des Tatsächlichen unglaublich vorgaukeln und in die Reihe der irreführenden Demagogien gehören“. Diese Äußerung ist zwar im Brustton der Überzeugung, aber ohne jeden konkreten Hinweis oder Beispieldurchführung auf das, was wirklich gemeint sein sollte, gemacht worden.

Verehrte Damen und Herren! Dann sind jene Firmen und Betriebe, die vorausberechnete Preisnachlässe im Zusammenhang mit den ab 1. 10. fälligen Zollsenkungen getätigten haben, eben nach diesen Worten und nach diesem Gedankengang Demagogen, wenn sie die Zollsenkungen tatsächlich an den Letztverbraucher weitergeben.

Der Letztverbraucher soll ebenso kritisch, sachkundig, preisbewußt und unter Ausschöpfung der Möglichkeiten von Angebot, Nachfrage und Konkurrenz seinen Einkauf tätigen wie der Produzent, der Großhändler, der Zwischenhändler und der Kleinhändler und so ein der freien Marktwirtschaft adäquates Konsumverhalten praktizieren.

Die Wünsche der Landwirtschaft insbesondere im Bereich der Abschöpfungs- und Erstattungsregelung sind vertraglich ebenso wenig unterzubringen gewesen wie seinerzeit im Bereich der EFTA.

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte nun ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß gemäß dem Artikel 15 des Interimsabkommens mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Zusammenhalt mit den Bestimmungen des Artikels 20 sowie gemäß Artikel 19 im Zusammenhang mit Artikel 23 des Abkommens mit der Wirtschaftsgemeinschaft ab dem 1. Oktober Österreich jederzeit berechtigt ist, Verhandlungen in der Gemischten Kommission aufzunehmen für den Fall, daß festgestellt wird, daß das Abkommen in unlauterer Weise gehandhabt wird. Diese Verhandlungen müssen seitens der Gemischten Kommission erfolgen und ermöglichen im Extremfall sogar die Zurücknahme von Zollzugeständnissen durch Österreich. Im Falle von Praktiken einer Vertragspartei, die zu unserem Nachteil mit den Bestimmungen über das vereinbarte reibungslose Funktionieren des Abkommens unvereinbar erscheinen, liegt es an uns, die Gemischte Kommission in solchen Fällen einzuschalten und Benachteiligungen hintanzuhalten.

9034

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Wally

Nun kurz zum nunmehrigen Stand der Integration. Sie ist durch eine weitgehende Harmonisierung der westeuropäischen Wirtschaft gekennzeichnet, während — so, glaube ich, feststellen zu dürfen — die entsprechende Parallelisierung in der Währungspolitik zurzeit noch aussteht.

In den zweitägigen Beratungen der Außen- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft am 11. und 12. September dieses Jahres in Rom ging es vordergründig zwar um die Tagesordnung der demnächst stattfindenden Gipfelkonferenz der zehn Partnerländer in Paris, materiell aber standen die Bemühungen um eine gemeinsame Stabilitätspolitik im Vordergrund, und um die Ausgestaltung und Kompetenzen der vorgesehenen Währungsfonds wurde debattiert. Bei der Gipfelkonferenz in Paris wird die Entscheidung über die Bildung dieses Währungsfonds für Währungspolitische Zusammenarbeit fallen. In der für 21. 9., als für morgen, angekündigten Pressekonferenz in Paris werden vielleicht schon entsprechende Mitteilungen erfolgen. Fortschritte in der außenpolitischen Zusammenarbeit dürften nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge und nach den Vorkommnissen in Frankreich — so wird allgemein nach Pressemeldungen gesagt — nicht mehr zu erwarten sein.

Nicht der politische Weg, wie die Pioniere des Europagedankens erstrebt haben, sondern der Weg der wirtschaftlichen Integration ist schließlich erfolgreich beschritten worden. Auf diesem Weg der weiteren wirtschaftlichen Integration kann Europa schon in nächster Zeit zum sozial fortschrittlichsten Gebiet der Erde werden.

Auf diesem Weg sind im Bereich der Währungspolitik allerdings noch wichtige Vorkehrungen zu treffen. Ich verweise wie schon in meiner letzten Rede auf die letzte Abwertung des britischen Pfunds und die damit verbunden gewesenen Gefahren und auf die spekulativ gesteuerten Kapitalzuflüsse — insbesondere Dollar — etwa in die Bundesrepublik Deutschland.

Zu den besagten Vorkehrungen, die zu treffen wären, zähle ich auch die Einführung bestimmter Interventionsprozeduren zur Aufrechterhaltung unterschiedlicher Schwankungsbereiche der Währungen im Vertragsbereich und vor allem gegenüber dem Dollar sowie Richtlinien zur Abwehr unerwünschter Kapitalzuflüsse, wie ich sie schon erwähnt habe.

Ebenso müssen zur Förderung von Stabilität, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung für den Bereich der Gemeinschaft entsprechende Richtlinien erarbeitet werden.

Wenn auch die wirtschaftliche Integration sozusagen dem Weg nach Europa — wobei wir zurzeit nur von Westeuropa und einem Teil Mitteleuropas sprechen können — die Bahn gebrochen hat, dürfen wir nicht die vielfältigen anderen Bemühungen und Aktivitäten außer acht lassen, die für die Integration wirksam sind. Ich habe bei der Aufzählung der entsprechenden Institutionen darauf kurz verwiesen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß unsere Republik in der Gemeinschaft der europäischen Wirtschaft mit unangemessener Bescheidenheit Platz nehmen soll. Neben einer wohlgeordneten Wirtschaft verfügen wir über eine festgefügte soziale Ordnung, die sich durch den sozialen Frieden unseres Landes dokumentiert, um den uns viele andere beneiden. Österreich ist auch ein Land — das kann man sagen — politischer Gesittung und klarer Rechtlichkeit. Unsere außenpolitischen Beziehungen sind nach allen Seiten hin durch Vertrauen und Stabilität ausgezeichnet.

Zwar bringen wir nicht den Reichtum großer Bodenschätze, überdimensionaler Produktionen und eines maximalen Verbrauches in die westeuropäische Gemeinschaft mit, dafür aber die zuverlässige und solide wirtschaftliche und politische Solidität, begründet letzten Endes in der Arbeitsleistung unserer Bevölkerung. Daß der Begriff Arbeitslosigkeit hierzulande beinahe zu einem Fremdwort geworden ist, spricht für sich.

Daß wir als ein neutrales Land in einer mehrfach exponierten Lage auf die Erfüllung unserer Verpflichtungen empfindlich bedacht sind, wird auch dort anerkannt, von wo man uns manchmal an diese vertraglichen Verpflichtungen erinnern zu müssen glaubt.

Nicht nur daß Österreich in Zukunft am Markt der 295 Millionen teilnimmt — wie wir, unter welchen eigenen Bedingungen wir eintreten, kann Österreich mit Genugtuung erfüllen. Ein großes Ziel ist erreicht; wir können der Zukunft entgegensehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. h. c. Eckert: Zum Wort hat sich weiter Herr Bundesrat Knoll gemeldet. Ich erteile ihm dieses.

Bundesrat Knoll (OVP): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich in meinen Diskussionsbeitrag eingehe, darf ich doch zu einigen Äußerungen, die anlässlich des Vortrages unseres Kollegen Dr. Pitschmann gefallen sind, einige Aussagen machen.

Knoll

Es wurde von dieser Seite hier erwähnt, daß es Sache der SPÖ-Regierung war, zu diesem Arrangement zu kommen, und daß angeblich die Regierungen vorher nichts gemacht hätten. Dazu einige Feststellungen, sehr geehrte Damen und Herren!

Gerade der seinerzeitige Außenminister Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in seinen Ausführungen im Nationalrat den österreichischen ÖVP-Politikern und -Ministern für ihre Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen, die sie im Rahmen dieses EWG-Arrangements durch Jahre hindurch geleistet haben. Es ist unverständlich und befremdend, warum gerade hier diese Leistungen diskriminiert werden. (*Der Vorsitzende übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.*)

Noch zwei Fakten und Tatsachen, die ich anführen möchte. Sie wissen, Italien hat immer ein Veto gegen den Beitritt Österreichs erhoben. Erst nach dem Abschluß des Südtiroler Vertrages hat Italien sein Veto zurückgezogen, und gegen diesen Vertrag waren Sie.

Noch etwas zur Richtigstellung und Klarstellung: Sie wissen ganz genau, daß der Beitritt Österreichs und der anderen beitreitwillingen Staaten vom Beitritt Englands abhängig gemacht wurde. Das wurde unseren zuständigen Ministern und Herren, die in Brüssel verhandelt haben, seinerzeit wiederholt auch von Frankreich erklärt. Wann ist England zur EWG gestoßen? Erst als die konservative Partei ans Ruder kam und den Durchbruch erzielte, daß England EWG-reif gemacht wurde.

Das waren die Tatsachen. Sie haben dazu geführt, daß nun die Stunde gekommen ist, in der Österreich an die EWG angeschlossen wurde. Es war eine Glücksstunde. Das wurde wiederholt betont, und wir können hier nicht die Verdienste der Vorgänger und aller, die mitgearbeitet haben, schmälen. Ich glaube, das gehört zur Richtigstellung doch hier gesagt.

Ich möchte auch auf eine Ausführung meines Vorredners, des Herrn Bundesrates Wally, eingehen, in der er über die seinerzeitigen Ausführungen des Bundesrates Dr. Heger gesprochen hat. Dr. Heger hat hier gesagt — ich lese aus dem Protokoll der Bundesratssitzung vom 27. Juli 1972 vor —:

„Ich lehne also in diesem Zusammenhang alles ab, was unseren aufgeschlossenen Bürgern, sei es wie immer und von wem immer, Preisreduktionen vorspiegelt, die das Ausmaß des Tatsächlichen unglaublich vorgaukeln und in die Reihe der irreführenden Demagogien gehören. Hier ist es die Verantwortung des Politikers, sachlich zu bleiben!“

Ich glaube, gerade die letzte Zeit und die Zukunft wird diesen Ausführungen recht geben und wird die Ausführungen des Doktor Heger bestätigen. Das nur zur Klarstellung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einer langjährigen Wartezeit und nach langjährigen Bemühungen aller — ich sage: aller — Regierungen und aller Spitzenpolitiker und auch der damit betrauten Beamten erfolgt nunmehr der erste Schritt in den großen Raum der 300 Millionen, in ein größeres Europa durch Beschiebung der Interims- und Globalabkommen mit der EWG.

Dieser größere Markt — das wurde auch bereits wiederholt im Nationalrat und auch hier in diesem Hause betont und ausgeführt — wird keine Einbahnstraße sein. Alle, die sich mit diesem Thema des EWG-Arrangements befaßt haben, haben dies richtig erkannt. Die Wirtschaft, von der wir alle leben, auch die Arbeitnehmer, erhält durch dieses Arrangement größere Chancen. Die Absatzmärkte werden größer, die Zollschränke werden abgebaut und dadurch die Preise herabgesetzt.

Aber dieser österreichischen Wirtschaft stehen eine größere Konkurrenz, mächtigere Wirtschaftsbetriebe, Giganten gegenüber, die mit größerem Preisdruck und mit viel, viel Kapital nach Österreich kommen werden. Das sind die Tatsachen, die Fakten, die uns, beginnend mit 1. Oktober 1972 und in der weiteren Folge, gegenüberstehen.

Darf ich vielleicht ganz kurz zur Optik, zur Darstellung dieses gesamten Arrangements in der Öffentlichkeit und zur Berichterstattung auch einige Worte sagen.

Sie wissen alle, im Volke herrscht durch die Berichterstattung über die EWG die Meinung, daß es sich hier eigentlich nur um Wirtschaftsprobleme, also im landläufigen Sinne um Probleme der Wirtschaft, der Industrie und der Landwirtschaft handelt, und daß eigentlich das Arrangement mit der EWG an und für sich für das österreichische Volk, für den Konsumenten eigentlich nur Vorteile bringt. Es wird hier darauf hingewiesen, daß durch die Zollsenkungen, beginnend mit 1. Oktober 1972, Preisreduzierungen vorgenommen werden, und die Wirtschaft hat sich auch bereit erklärt, diese Zollsenkungen weiterzugeben.

Man muß aber die Bevölkerung auch darauf aufmerksam machen und aufklären, daß diese Belastungen alle treffen. Wir sind ja alle in der Wirtschaft tätig und leben von der Wirtschaft. Auch die Chancen werden allen zugute kommen, wenn sie genutzt werden, aber auch die harten Gangarten in der Wirtschaft werden alle zu spüren bekommen.

9036

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Knoll

Zum Preis selbst möchte ich einiges sagen. Sie wissen — es wurde vom Herrn Finanzminister angekündigt —, daß wir ab 1973 mit einer Preisbewegung von etwa 7 Prozent zu rechnen haben.

Wir wissen aber auch ganz genau, daß die Mehrwertsteuer, die mit 1. Jänner 1973 eingeführt wird, ebenfalls eine Preisbewegung nach sich ziehen wird.

Und wir wissen ganz genau, daß die Betriebe, die zwar die Zollsenkungen weitergeben werden, nicht gebunden sein werden, wenn im Ausland Preiserhöhungen vorgenommen werden.

Wir wissen, daß auch in Deutschland im Jahre 1973 — dort regiert ja Ihre Bruderpartei, die ebenfalls das Preisgefüge nicht in der Hand hat — Preisbewegungen verursacht werden, die wiederum auf die Waren umgelegt werden können und müssen, was dann praktisch die Zollsenkungen, die voraussichtlich mit 1. Oktober 1972 und in der weiteren Folge zustande kommen werden, aufsaugen wird.

Ich darf kurz ein Beispiel bringen. Als ich vor kurzem von Wien nach Hause gefahren bin, hatte ich ein Gespräch mit einem Herrn. Es hat sich herausgestellt, daß es ein Baumaterialienhändler war. Ich habe mich mit ihm über die EWG-Geschichte unterhalten und habe ihn gefragt: „Wie wirkt sich die Preissenkung ab 1. Oktober 1972 in Ihrer Sparte aus?“

Er hat mir ein Beispiel gesagt: „Sehen Sie, mein Herr, der effektive Preisnachlaß wird so sein, daß zum Beispiel bei Fliesen, die heute in einer Preislage von 200 S bis 250 S und von 400 S pro Quadratmeter liegen — bei einem Durchschnittswert von 200 S bis 250 S bei der Normalfliese —, die Reduzierung des Preises mit 1. Oktober 1972 pro Quadratmeter 1,70 S ausmachen wird.“

Das ist also ein ganz minimaler Betrag, der effektiv für den Konsumenten zum Tragen kommen wird.

Wenn man aber berechnet, daß mit 1. Jänner 1973 die Mehrwertsteuer kommt und daß eventuell gerade Fliesen, die importiert werden müssen, im Ausland wiederum eine Teuerung erfahren, dann werden wahrscheinlich diese Zollsenkungen auch durch diese kommenden Teuerungen, die gewiß sind, genauso wie wir in Österreich mit 7 Prozent rechnen werden müssen, aufgewogen werden.

So glücklich und schön wird es also wahrscheinlich nicht werden mit diesen Preismäßigungen, von denen man gegenüber dem

Volk immer spricht. Das muß der Österreicher auch zur Kenntnis nehmen.

Es wurde bereits von einem der Vorredner gesagt, daß 1973 ein Jahr der Bewährung werden wird — es wird ein hartes Jahr werden —, ein Jahr der Bewährung für die Wirtschaft und ein Jahr der Bewährung für uns alle, auch für die Arbeitnehmer, die sich auch auf die härtere Gangart in der Arbeitsmethode umstellen müssen.

Das ganze österreichische Volk — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — wird sich umstellen müssen; wir werden uns einpendeln müssen. Es werden für die Wirtschaft bestimmt neue Arbeitsmethoden erforderlich sein. Es wird von den Arbeitnehmern im europäischen Wettbewerb mehr als bisher gefordert werden. Das müssen wir immer wieder betonen.

Wir Arbeitnehmervertreter sind aber daran interessiert, daß dieser erste Schritt nicht zum Schaden der Arbeitnehmer erfolgt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Es ist daher ein Gebot der Stunde, daß zur Sicherung der Arbeitsplätze für die Umstellungsphase Begleitmaßnahmen getroffen werden. Die Österreichische Volkspartei war darin wieder beispielgebend und hat nunmehr mit der Regierung ein Achtpunkteprogramm paktiert, verhandelt und erreicht, daß zur Sicherung der Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze Begleitmaßnahmen für die Übergangsphase getroffen werden. Die SPÖ hat in diesem Fall bisher nichts unternommen; wir konnten auf diesem Gebiete keine Initiativen feststellen. (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Ich darf aus diesem gesamten Pakt das Kapitel Arbeitsmarktförderung herausnehmen, das uns Arbeitnehmervertreter interessiert. Wir wissen ganz genau, daß gerade durch die Umstellung auf den EWG-Markt, auf den großen Markt der 300 Millionen, Schwierigkeiten auftreten werden, die sich vor allem auf den älteren Arbeitnehmer auswirken werden. Es bedarf einer gewichtigen und gezielten Umschulung der Arbeitnehmer. Es sind bereits paktiert für die Arbeitsmarktförderung im Budget 1973 bedeutend höhere Mittel vorgesehen. Ich glaube, es handelt sich in der ersten Phase um einen Betrag von 500 Millionen Schilling. Wir begrüßen diesen Schritt, der gemeinsam gemacht wurde; wir begrüßen die Zusage der Regierung, für die Arbeitsmarktförderung, für die Umstellung gerade im Hinblick auf die Arbeitnehmer Mittel einzusetzen, sodaß dieser Schritt in die EWG auch in dieser Hinsicht leichter verkraftet werden kann.

Österreich wird also, beginnend mit Oktober 1972, mehr als bisher dem großen europäischen Wirtschaftsraum angeschlossen werden.

Knoll

In Österreich wird ab diesem Zeitpunkt bestimmt mehr über Europapreise, über Europa-reife — wir haben dieses Wort heute schon gehört —, über europäische Wirtschaft und über europäische Absatzmärkte gesprochen werden. Das wird natürlich auch in die Tat umgesetzt werden müssen.

Als Arbeitnehmer frage ich mich aber: Wo bleiben in Österreich bei all den Europa-gedanken die Europalöhne? Ich glaube, auch darüber müssen wir gemeinsam in allen Parteien und unter allen Sozialpartnern wirklich reden. (*Bundesrat Schipani: Das hat Doktor Pitschmann schon gesagt!*)

Bevor ich einiges zum Thema Europalöhne sage, möchte ich aber vorwegnehmen, daß gerade in Österreich die Wirtschaft auf dem Sozial- und Lohnsektor viel getan hat. In 20jährigen Verhandlungen der Sozialpartner wurde für die Arbeitnehmer viel erreicht.

Es werden zum Beispiel die kollektivvertraglichen Löhne zum Teil bis zu 10 Prozent überbezahlt. Ich möchte diese Leistungen der Wirtschaft ins rechte Licht stellen und nicht schmälern.

Der österreichische Arbeitnehmer aber liegt im Vergleich zu Arbeitern anderer europäischer Industriestaaten auf dem Lohnsektor weit unter dem Durchschnitt. Es ist bei uns in Österreich Brauch und Sitte geworden, bei allen möglichen Gelegenheiten und Anlässen europäische Vergleiche heranzuziehen und anzustellen — zur Untermauerung der eigenen Ansichten und zur Begründung der eigenen politischen Handlungen und Taten. Es geschieht dies beim Wirtschaftswachstum, beim Steigen des Sozialproduktes, beim Steigen der Preise etwa.

Man dokumentiert zum Beispiel derzeit, daß eine Preissteigerung von 6 bis 7 Prozent, die vor Jahren in der Zeit der Alleinregierung der ÖVP unhaltbar gewesen wäre, denn da hat man schon bei 3 Prozent ein Veto erhoben und von einem Preisstopp gesprochen (*Bundesrat Schipani: Spitzenreiter!*), ganz normal ist, daß das importierte Preiserhöhungen sind, daß das eine importierte Inflation ist, daß wir mit dieser Preisbewegung im europäischen Mittelfeld liegen und daß kein Grund zur Besorgnis besteht: dem Österreicher geht es ja sehr gut.

Wir steht es nun bei den Löhnen? Ich darf einige Zahlen aus einer Statistik nennen. Von zehn Industriestaaten Europas steht Österreich bei den Grundstundenlöhnen mit einem Grundstundenlohn von 22,53 S an letzter Stelle! Das ist Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich darf einige andere Länder zitieren: Frankreich 26,57 S, Italien 25,33 S, die Schweiz 37,95 S, die deutsche Bundesrepublik 42,67 S, Norwegen 47,91 S und Schweden 61,65 S.

Wie steht es bei den Lohnnebenkosten? Hier liegt Österreich im Mittelfeld. Italien liegt mit 20,77 S an der Spitze, und Österreich liegt mit 17,12 S, wie gesagt, im Mittelfeld.

Wenn wir Grundstundenlöhne und Lohnnebenkosten zusammenziehen, so liegen wir noch immer im europäischen Mittelfeld. Das ist die Situation auf dem Lohnsektor.

Auch das Lohngefälle zwischen Mann und Frau ist in Österreich immer noch sehr beträchtlich, gerade beim höheren Einkommen und obwohl immer mehr Frauen in die Berufstätigkeit gehen und eine Berufstätigkeit aufnehmen. Hier kann man von einem Europa-lohn der Frau wahrlich nicht sprechen.

Was ist die Folge dieses niedrigen Lohn-niveaus? Wir spüren das bereits in Österreich. Ich komme aus Oberösterreich, und wir haben mit diesem Problem zu kämpfen. Es wandern immer mehr, und zwar qualifizierte Arbeitskräfte in das Ausland, in diesem Fall zum Beispiel nach Deutschland ab. Wir haben eine Sogwirkung. Es sind derzeit bereits 40.000 Österreicher im bayrischen Raum in Deutschland beschäftigt. Gerade die grenznahen Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Salzburg und so weiter sind am ärgsten von dieser Situation betroffen.

Da nützen natürlich in Österreich auch alle Fremdarbeiter nichts. Es sind zirka 200.000, wie ich vorhin erfahren habe. Das sind meistens nichtqualifizierte Arbeitskräfte. Die können unseren Markt nicht auffüllen.

Es müßte also etwas getan werden, um ein Stillhalten dieser Sogwirkung in das Ausland zu erreichen und sie einzudämmen. Bisher ist es leider — gerade in Oberösterreich müssen wir das feststellen — zu keinem wesentlichen Schritt in dieser Hinsicht gekommen. Es ist zu befürchten, daß durch das EWG-Arrangement diese Sogwirkung weiterhin anhält, wenn die Regierung keine entscheidenden Schritte setzt.

Ich habe bereits erwähnt: Die ÖVP hat bereits für die Übergangsphase entscheidende Forderungen erhoben und Leitlinien gegeben, die, nunmehr paktiert, anerkannt wurden. Es wird nunmehr eine Angelegenheit aller Beteiligten, aller Parteien und aller an Österreich interessierten Sozialverbände, aller Arbeitnehmervertreter, aller Arbeitgebervertreter sein, gemeinsam das Beste für Österreich herauszuholen, sodaß es letzten Endes und schließlich auch zu Europalöhnen kommt.

9038

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Knoll

Wenn dies nicht geschieht, wenn wir nicht zusammenarbeiten, werden unsere Arbeitnehmer wahrscheinlich als Fremdarbeiter in das übrige Europa abwandern, und wir werden auf den Status der unterentwickelten Länder Europas herabgedrückt werden. Es kommt nun auf die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Taten der SPÖ-Regierung an. Hier möchte ich das Wort „Taten“ unter Anführungszeichen setzen, denn wir haben bisher von wirtschaftspolitischen Taten in Österreich außer einigen optischen Einlagen nichts zu hören, sehen oder zu spüren bekommen.

Ich darf ganz kurz darauf eingehen: Wir wissen, es wurde seinerzeit gerade zur Preisbekämpfung, die jeden Österreicher am meisten trifft, ein Preisstopp angeregt, und zwar durch den Herrn Bundeskanzler, wobei er genau wußte — er hat das dann in der Debatte im Nationalrat zugegeben —, daß das nur eine optische Angelegenheit sein soll, daß ein Preisstopp allein ohne Lohnstopp zu keinem Ziel führen kann. Das beste Beispiel hierfür hat Schweden geliefert, wo auf Grund eines Preisstopps die höchsten Lohnsteigerungen in Europa erfolgt sind.

Man hat dann als nächste Phase eines wirtschaftspolitischen Programmes die Konsumenten aufgefordert, die Preistreiber anzuseigen. Auch das hat zu nichts geführt. Es hat schon einmal eine solche Zeit gegeben, in der Denunziationen und so weiter im Lande geherrscht haben. Es gibt auch Länder, wo das heute noch üblich ist. Aber ich glaube, daß das der Österreicher nicht will.

Erst vor kurzem hat Bundeskanzler Doktor Kreisky erwähnt, nun komme ein Baustopp, um die Preise besser in den Griff zu bekommen.

Wie wird hier, frage ich mich, die SPÖ mit ihren Versprechungen und Programmen zu Rande kommen? Sie hat ja in der Wahlwerbung mehr Wohnungen, mehr Straßen, mehr Schulen und so weiter versprochen. Auf der einen Seite sollen die Mittel durch einen Baustopp gekürzt werden, auf der anderen Seite müssen aber durch Preissteigerungen gerade auf dem Bausektor höhere Löhne und höhere Materialkosten bezahlt werden. Wir wissen also nicht, wie für den Österreicher mehr gebaut werden soll.

Angeblich sollen Kürzungen auf dem Sektor des Ämterbaues vorgenommen werden. Wir haben aber gerade vor kurzem erst gelesen, daß 3000 Beamte mehr eingestellt wurden. Wo wird Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky diese Beamten unterbringen? Das ist die nächste Frage. Also auch hier Schwierigkeiten mit einem Baustopp.

Der letzte Schrei einer Preisüberwachung oder eines Preisstopps ist ja die Einsetzung eines Computers. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben das sicher in der Zeitung gelesen: Es wird ein Computer aufgestellt und wird Tausende von Preisen registrieren und dem österreichischen Volk dann bekanntgeben, wie sich die Preise bewegen. Ich glaube, daß das der Computer nach einiger Zeit sicher machen wird. Es wird aber auch bei diesem Computer so wie bei jedem Anfangsschwierigkeiten geben. Nur ob dieser Computer dann eine Preisbildung verhindern oder eine Preisreduzierung herbeiführen kann, das ist die Frage.

Eines müßte man der Regierung sagen: Sie müßten in diesem Computer auch die Preisbewegungen, die von der Regierung verursacht werden, speichern. Wir wissen ja, wer der größte Preistreiber in Österreich ist! Auch das müßte vom Computer erfaßt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn in Zukunft keine Taten gesetzt werden und wenn wir nicht zusammenarbeiten, dann wird es so weit kommen, daß Österreich — ich habe es bereits erwähnt — zu einem unterentwickelten Land in Europa degradiert wird. Dieser Zeitpunkt wird wahrscheinlich nicht mehr ferne sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender: Es hat sich weiter zum Wort gemeldet Herr Bundesrat Tirnthal. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Tirnthal (SPÖ): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Herren Bundesminister! Verehrte Damen und Herren! Mein geschätzter Herr Vorredner hat eingangs wiederum den ÖVP-Komplex herausgestrichen, den ich ja in der letzten Sondersitzung des Bundesrates angezogen habe und in dem wiederum die tiefe Gekränktheit der ÖVP hervorgekehrt wird, daß es einer sozialistischen Bundesregierung vorbehalten geblieben ist, die EWG-Verträge zu unterzeichnen.

In seinen weiteren Ausführungen war Herr Bundesrat Knoll sehr sachlich. Er ist dann aber leider im Schlußteil seiner Ausführungen wieder in die alte Preishysterie der ÖVP verfallen, ohne eine Alternative und ohne einen Weg zu zeigen, wie man daraus echt herauskommen könnte. Schade, Herr Bundesrat Knoll, denn Sie haben dadurch den guten Eindruck eines Großteils Ihrer Rede wieder verwischt. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in meinem Debattenbeitrag in der Sondersitzung des Bundesrates die Problematik des Arrangements zwischen der EWG und

Tirnthal

Osterreich vor allem von der Stahlseite her betrachtet. Als Betriebsratsobmann eines Edelstahlunternehmens, das Jahr für Jahr rund 85 Prozent seiner Erzeugnisse exportieren muß, wovon die Hälfte in den EWG-Raum geht, wurden von mir am 27. Juli 1972 im besonderen die sensiblen Stahlprodukte beleuchtet.

Herr Bundesrat Gassner, auch ein Arbeitnehmervertreter, allerdings der dunklen Couleur angehörend, hat damals, soweit ich mich erinnere (*Zwischenruf des Bundesrates Ing. Gassner*), schwarzgemalt. Er sah auf Grund der vorhandenen Unterlagen am 27. Juli 1972 mehr als 100.000 Arbeitsplätze gefährdet, wenn wir mit den vom Nationalrat beschlossenen Vertragsformulierungen mit der EWG kooperieren. Kollege Gassner hat dann die Familienangehörigen jener Menschen, deren Arbeitsplätze seiner Meinung nach in Gefahr sind, hinzugezählt und dabei von etwa (*Bundesrat Ing. Gassner: 400.000!*) 400.000 gesprochen.

Heute beraten wir nun die Interimsabkommen mit den Gemeinschaften. Alle diese Vorellagen wurden vom Nationalrat einstimmig beschlossen. Darüber, glaube ich, können wir uns gemeinsam freuen. Besonders weil uns diese einstimmigen Beschlüsse über andere Länder, die der EWG beitreten oder sich mit der EWG arrangieren, weit hinausheben. In mehreren anderen Ländern wurden und werden diese Verträge heftigst umkämpft, ja in manchen sogar zum Gegenstand von Volksabstimmungen gemacht.

Diese Tatsache der Einstimmigkeit ist überaus erfreulich, aber für mich erhebt sich dabei nun folgende Frage: Wozu das ganze Gejammer, das ganze Geraunze vorher? Wozu wurden in einer Reihe von Aussendungen und Stellungnahmen die Verträge von der ÖVP so weit herabgezerrt? Wozu haben Sie, Herr Kollege Gassner, so vehement auf die Gefährdung von mehr als 100.000 Arbeitsplätzen hingewiesen, wenn Sie von Haus aus auf Zustimmung eingestellt waren? (*Bundesrat Ing. Gassner: Wir haben sie nicht herabgesetzt, sondern wir haben auf die Gefahren hingewiesen!*) Herr Kollege Gassner! (*Bundesrat Ing. Gassner: Wir haben erklärt: Es gibt positive Reaktionen, aber wir sahen Gefahren!*) Lesen Sie Ihre Worte im Protokoll nach. Da werden Sie sehen, was Sie gesagt haben! Ich glaube, das wissen Sie jetzt gar nicht. (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Ing. Gassner.*)

Wenn ich, Herr Kollege Gassner, die Existenz von 400.000 Menschen bedroht sähe, dann könnte ich einem solchen Vertrag nicht

zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Also haben Sie, Herr Kollege Gassner, das letzte Mal eine kabarettreife Vorstellung geboten, nicht aber unser Freund Trenovatz, dem Sie das am 27. Juli 1972 auf den Kopf zusagten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Glauben Sie denn, daß Sie sich und Ihrer Partei damit einen guten Dienst erwiesen haben? (*Bundesrat Ing. Gassner: Mit meinen Ausführungen, ja!*) Ich glaube es nicht, denn die Bevölkerung unseres Landes hat diese Methode Ihrer Partei längst satt!

Ich glaube, meine Damen und Herren, dies beweist wohl am besten die letzte Meinungsbefragung, die im Auftrag der „Wochenpresse“ vom Gallup-Institut im Juni 1972 durchgeführt wurde. (*Zwischenruf des Bundesrates Göschelbauer.*) Bei dieser Umfrage, meine Damen und Herren, kommt klar heraus, daß die ÖVP nach wie vor weit abgeschlagen ist, ja daß Bundeskanzler Dr. Kreisky und Finanzminister Dr. Androsch noch mehr als im Vorjahr die Sympathien der Bevölkerung besitzen.

Hingegen ist die Beliebtheit der ÖVP-Spitzenpolitiker noch weiter gesunken. (*Bundesrat Göschelbauer: Haben Sie die neue Umfrage vom Fessel-Institut nicht gelesen?*) Diese Fakten, meine Damen und Herren von der Rechten, mögen Ihnen doch zu denken geben und Sie dazu veranlassen, Ihre Politik nicht auf die Vertretung Ihrer Bünde zu beschränken, sondern auf die Belange und Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung unseres Landes abzustimmen. (*Bundesrat Krempl: Das haben wir seit dem Jahre 1945 gemacht!*) Jedermann in unserem Land weiß, daß mit dem Inkrafttreten dieser Verträge auch Österreich an der großen Europäischen Freihandelszone teilhaben kann, wobei für uns folgende Punkte maßgebend sind:

Erstens: Die Neutralität Österreichs bleibt unangetastet. Unsere Souveränität wird durch die erforderliche Einstimmigkeit bei den Beschlüssen des Gemischten Ausschusses weniger beschränkt als beim EFTA-Abkommen.

Zweitens: Dieses Abkommen steht der Beibehaltung oder Schaffung von Freihandelszonen oder Zollunionen nicht entgegen, soweit diese keine Änderung der in diesem Abkommen vorgesehenen Regelung des Warenverkehrs bewirken.

Drittens: Mit 1. Oktober 1972 werden die Ausgangszölle mit Ausnahme der sensiblen Produkte um 30 Prozent gesenkt.

Viertens: Dieses Abkommen steht Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sitt-

9040

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Tirnthal

lichkeit und Ordnung, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen gerechtfertigt sind.

Fünftens: Dieser Vertrag hindert uns in keiner Weise, alle Maßnahmen zu treffen, welche unsere Sicherheitsinteressen garantieren.

Sechstens: Bei ernstlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann die betroffene Vertragspartei die erforderlichen Schutzmaßnahmen sofort treffen.

Und siebentens: Schließlich kann dieses Abkommen auch gekündigt werden, wobei es sechs Monate nach Kündigung außer Kraft tritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Vertragswerk enthält alle Bestimmungen, die Österreich eine größtmögliche Handlungsfreiheit lassen. Diese Handlungsfreiheit bietet der österreichischen Industrie große Entwicklungschancen.

Die derzeitige Situation in Österreich ist durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Die Konjunkturbelebung in Westeuropa garantiert uns einen guten Start. Die Exporte konnten in den letzten Wochen kräftig erhöht werden. Sie profitieren von der steigenden Nachfrage unserer Handelspartner. Die Ausfuhr war im Juni des Jahres 1972 um 11 Prozent höher als im Vorjahr. Diese Beschleunigung ist vor allem auf den Export von Investitionsgütern zurückzuführen.

Aber auch im Inland wird nach wie vor kräftig investiert. Hier geht vor allem die staatliche Eisen- und Stahlindustrie voran. In fast all ihren Betrieben wird rationalisiert und modernisiert. Aber auch eine Reihe von kapazitätserhöhenden Investitionen sind in Durchführung begriffen.

Darüber hinaus liegen bei der OIAG bereits die mittelfristigen Investitionsprogramme dieser Unternehmungen auf, die in den nächsten fünf Jahren realisiert werden. Diese mittelfristigen Investitionen, meine Damen und Herren, bereits koordiniert und abgestimmt durch den neuen Konzernvorstand, werden unsere Eisen- und Stahlindustrie am europäischen und am Weltmarkt stark machen.

Noch ein Wort zur Beschäftigung in Österreich: Im Juli 1972 erreichte die Zahl der Beschäftigten 2,531.400 und übertraf damit den bisherigen Nachkriegsrekord vom September 1971. Die Zahl der Gastarbeiter — das hat schon Herr Bundesrat Prechtl gesagt — hat 200.000 überschritten. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung beträgt bereits $7\frac{3}{4}$ Prozent.

Dieses Bild der Wirtschaft Österreichs bietet sich uns im Sommer 1972. Ein zusätzlicher Kommentar hiezu ist wohl überflüssig.

Natürlich gibt es auch eine Reihe von Schwächenpunkten. Sie systematisch zu beseitigen muß unser gemeinsames Anliegen sein. Dabei wird den von Finanzminister Doktor Androsch vorgeschlagenen und von allen Parteien gebilligten Begleitmaßnahmen große Bedeutung zukommen.

Obwohl die EWG-Verträge noch nicht in Kraft getreten sind, reagiert bereits kräftig die gesamte österreichische Wirtschaft. Sie spürt den Aufwind, sie wittert diese große Chance und beginnt, sich darauf einzustellen.

Zum Schluß ein Satz unseres Außenministers Dr. Kirchschläger von einem Europa-gespräch am vergangenen Wochenende in Fürstenfeld:

„Durch ein enges Wirtschaftsverhältnis mit der EWG bleiben wir im Zug nach Europa und stehen nun nicht mehr auf einem Nebengeleise.“

Dieser Satz, meine sehr geehrten Damen und Herren, charakterisiert wohl am besten die eminente Bedeutung der Annahme der heute zur Beratung stehenden Verträge. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPO.*)

Vorsitzender: Als nächster hat sich Herr Bundesrat Pabst zum Wort gemeldet. Ich ertheile es ihm.

Bundesrat Pabst (OVP): Werter Herr Vorsitzender! Werte Herren Minister! Werte Damen und Herren! Grundsätzlich ist es erfreulich, daß es nach mehr als zehnjährigem Bemühen gelungen ist, auch die österreichische Wirtschaft mittels dieses vorliegenden Interimsabkommens in die große Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einzubauen und damit in einen Markt von rund 300 Millionen Menschen einzugliedern.

Umso schmerzlicher aber ist für uns bäuerliche Vertreter in diesem Haus die Tatsache, daß die Landwirtschaft von diesem Vertrag ausgeschlossen ist und somit bei verschiedenen Exporten, aber auch gegen landwirtschaftliche Importe eine oft sehr wesentlich schwierigere und schlechtere Situation hinnehmen muß.

Die österreichische Landwirtschaft, die 1945 genauso wie die übrige Wirtschaft leistungsunfähig auf dem Boden lag, hat bewiesen, daß sie Großes zu leisten imstande ist. Es war und ist eine große Leistung der österreichischen Bauern, der österreichischen Bevölkerung bis zu 87 Prozent der notwendigen

Pabst

Lebensmittel aus dem eigenen Grund und Boden zur Verfügung stellen zu können. Und dies mit immer weniger landwirtschaftlichen Nutzflächen, weil jährlich tausende Hektar wertvollste landwirtschaftliche Flächen den Straßen, der Industrie und dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müssen. Und vor allem auch mit immer weniger Menschen, die bereit sind, diese Lebensmittel zu erzeugen, ist doch der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil seit dem Jahre 1950 um mehr als die Hälfte auf 12,6 Prozent laut der vorjährigen Volkszählung zurückgegangen.

Natürlich erfordert diese starke Abwanderung von den in der Landwirtschaft verbleibenden Menschen trotz Einsatz der verschiedensten modernsten Maschinen und Geräte einen umso stärkeren persönlichen Einsatz, sowohl geistig als auch manuell. So ist bei den landwirtschaftlichen Familienbetrieben besonders mit Vieh- und Kuhhaltung nicht die 42-Stunden-Woche, sondern noch immer die 60- bis 80-Stunden-Woche ganz selbstverständlich, weil anders die notwendige Arbeit einfach nicht bewältigt werden kann.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch kein freies Wochenende, denn das Vieh, besonders die Kuh, muß ja auch am Samstag, Sonntag, ja auch am höchsten Feiertag versorgt werden.

Wie viele voll arbeitsfähige Menschen gibt es denn in der Regel in einem Familienbetrieb? Eine Person, zwei, höchstens drei Personen. Auf diesen lastet die ganze Arbeit. Man kann diese Menschen ruhig als Idealisten bezeichnen, insbesondere deshalb, weil sie außer der langen Arbeitszeit auch noch im Durchschnitt um ein Drittel weniger verdienen als Arbeiter in anderen Berufen, obwohl heute von jedem in der Landwirtschaft Tätigen wirkliche Facharbeit, die viel Wissen und Können erfordert, abverlangt wird.

Man wird diese meine Ausführungen, besonders die Damen und Herren zu meiner Linken, als übliche Jammerei der Landwirtschaft, die immer zuwenig hat, betrachten. (*Bundesrat Wallay: Tun wir aber nicht!*) Doch die harte Wirklichkeit bestätigt etwas ganz anderes.

Nicht umsonst gibt es die vorhin angeführte Abwanderung von der Landwirtschaft, und nicht umsonst und nicht zufällig haben zum Beispiel in der Steiermark, wo ich diese Situation wirklich kenne, 13 Prozent von den 56 Prozent Vollerwerbsbauern keinen Hofübernehmer mehr. Das liegt zu einem großen Prozentsatz an einer gewissen Aussichtslosigkeit in der Landwirtschaft und in der starken Arbeitsbelastung der landwirtschaftlichen

Familienmitglieder. Dies sollte doch zu denken geben.

Umso unverständlicher finde ich die Ausführungen des sozialistischen Nationalrates Pfeifer vom 14. dieses Monats im Nationalrat. Er hat zwar bedauert, daß in diesem Interimsabkommen die Landwirtschaft nicht enthalten ist, sieht aber im jährlichen Abwandern von tausenden Landwirten in andere Berufe „eine natürliche Entwicklung“, ja er sieht in dieser Entwicklung ein „vernünftiges“ — hören Sie! — „Gesundwachsen landwirtschaftlicher Betriebe“, die man weitestgehend fördern soll.

Glaubt Pfeifer wirklich, daß es in Österreich mit unserem großen Bergbauernanteil so einfach ist, die landwirtschaftlichen Betriebe „gesundwachsen“ lassen zu können wie eventuell in Amerika, Frankreich oder in anderen Ländern, wo geographisch kaum Schwierigkeiten gegeben sind?

Weiters führte Pfeifer aus, daß es in der EWG den „größten Agrarprotektionismus“ gebe, und schließlich meinte er, „wir sollten in der Landwirtschaft nicht Produktionssparten fördern, die zusätzliche staatliche Mittel benötigen, und unsere Landwirtschaft nicht protektionistischer gestalten als unbedingt notwendig“.

Meint Herr Nationalrat Pfeifer damit vielleicht die Milchwirtschaft, die auch schon in der Vergangenheit gewisse öffentliche Mittel erfordert hat? Meint er die Milchwirtschaft, von deren Einnahmen der allergrößte Teil der österreichischen Bergbauern seine Haupteinnahmen hat und wo wir den sehr mühsam durch Verhandlungen erreichten Butterexport von 2000 Tonnen und 12.500 Tonnen Vollmilchpulver und den Export von 600 Tonnen Käse jährlich ersatzlos verlieren werden, weil wir eben für die österreichische Landwirtschaft keinen Vertrag haben?

Der Wegfall dieses Exportes betrifft den Milchabsatz bei zirka 100.000 Kühen. Das bedeutet aber in weiterer Folge auch 100.000 Kälber beziehungsweise Rinder pro Jahr weniger für die österreichischen Bergbauern!

Ich muß hier ganz zwangsläufig natürlich auch auf die Ausführungen des Kollegen Trenovatz zu sprechen kommen, der die Situation für die österreichische Landwirtschaft jetzt immer so rosig sieht. Er hat von der großen Wende für die Landwirtschaft gesprochen.

Ich muß nur fragen: Wann hat denn die Bundesförderung der österreichischen Landwirtschaft eingesetzt? In den fünfziger Jahren wurde unter Landwirtschaftsminister Hartmann das Landwirtschaftsgesetz mit den Mit-

9042

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Pabst

teln des Grünen Planes beschlossen, und zwar nach langwierigen Kämpfen und Verhandlungen. Seit dieser Zeit sind diese Mittel des Grünen Planes laufend entsprechend aufgestockt worden. Das geschah nicht erst in der Regierung Kreisky. (*Ruf bei der SPÖ: Aber am meisten!*) Das muß sehr wohl vermerkt werden! (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Landwirtschaftsförderung in den einzelnen Bundesländern ist vielfach noch wesentlich stärker als vom Bund her.

Ich kann gar nicht verstehen, daß Herr Kollege Trenovatz heute hier davon sprach, daß auch die Gemeinden zum Beispiel zur Zuchttierhaltung ihren Beitrag leisten. Geschieht dies auch erst seit der Regierungszeit Kreiskys?

Diese Landwirtschaftsförderung geht viel weiter zurück, und es ist durch Kreisky durchaus keine Wendung zum Besseren, sondern zum Schlechteren gekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie nun behaupten, die Rinderpreise seien entsprechend angestiegen, dann muß ich sagen: Stimmt, jawohl! Aber warum haben Sie geflissentlich die heurige Schweinemisere zu erwähnen vermieden? Warum?

Mein verehrter Herr Kollege Trenovatz! Ist Ihnen nicht bekannt, daß seit dem vergangenen Jahr die Preise für landwirtschaftliche Maschinen im Schnitt um 14 Prozent, für Handelsdünger bis zu 26 Prozent, für Dieselöl tatsächlich um 28 Prozent, für Strom um 14 Prozent, die Bahnfracht bis zu 40 Prozent gestiegen sind? Ist Ihnen all das nicht bekannt?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß damit die Preise der Produktionsmittel der Landwirtschaft sehr wesentlich gestiegen sind und daß das für den Erfolg der Landwirtschaft sehr ausschlaggebend ist? Die Preise für Rinder, von denen ein Großteil der österreichischen Landwirte im Jahr nur sehr wenige Stück verkaufen kann, sind da wirklich kein Ausgleich für diese Preissteigerungen!

Oder glaubt man wirklich, daß das Landwirtschaftsministerium mit dem Almosen von 300 S im Jahr 1971 oder von 2000 S im heurigen Jahr für 20.000 Bergbauern eine Lösung gebracht hat? Was wir wollen, sind einigermaßen kostendeckende Preise und nicht Almosen! (*Bundesrat Trenovatz: Vier Jahre habt ihr Zeit gehabt!*) Kostendeckende Preise mit entsprechenden Exportmöglichkeiten, die auch für alle anderen Wirtschaftsgruppen selbstverständlich sind.

Wir sind der Meinung, daß die Verhandlungen bei diesem Vertrag, besonders hinsichtlich des milchwirtschaftlichen EWG-Marktes

nicht mit dem Ernst und mit der Ausdauer geführt worden sind, wie es notwendig gewesen wäre. Ansonsten hätte man doch wenigstens den englischen Milchmarkt mit diesem kleinen prozentuellen Anteil von Importen, die England tätigt, sichern und erhalten müssen.

Wenn nun auch die Landwirtschaft mit ihrem rund 12prozentigen Bevölkerungsanteil schon eine verhältnismäßig kleine Berufsgruppe geworden ist, so soll der Wert ihrer Leistung — sie wurde heute schon mehrmals betont — nicht unterschätzt und bagatellisiert werden! Denn wir alle haben es ja nach 1945 erlebt: Zuerst muß der Mensch zu essen haben, und erst dann kann er arbeiten und etwas leisten.

Ferner: Die gesamte österreichische Wirtschaft braucht auch sehr notwendig einen gesunden Konsumenten: die österreichische Landwirtschaft!

Wenn also im Interimsabkommen für die Landwirtschaft nichts oder nicht viel erreicht wurde, so erwarten die österreichischen Bauern zumindest, daß die in Aussicht gestellten Begleitmaßnahmen bald realisiert werden. Die beschlossenen Begleitmaßnahmen, die uns heute vorgelegt wurden, die nicht nur für die Landwirtschaft wichtig sind, und von denen wir ja schon öfter hören, haben ja auch den Ausschlag dafür gegeben, daß auch die ÖVP diesem Interimsabkommen zustimmen kann. Das ist ein sehr wesentlicher Bestandteil des jetzt zu beschließenden Vertrages. Wir erwarten also, daß hier entsprechende Begleitmaßnahmen Wirklichkeit werden.

Bisher haben wir als sicher nur die zweijährige Verlängerung der Geltungsdauer der Wirtschaftsgesetze und die zugesagte Qualitätskontrolle, wozu aber gesagt werden muß, daß beide — sowohl die Wirtschaftsgesetze als auch das Qualitätsklassengesetz — bei weitem nicht nur der Landwirtschaft dienen, sondern für die Konsumenten genauso wertvoll sind.

Meine verehrten Damen und Herren! Denken Sie immer daran: Man kann und darf mit Bauern nicht spielen, auch nicht in dieser Zeit bei diesem Abkommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Staribacher. Ich ertheile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Hoher Bundesrat! Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pabst folgendes feststellen: Die Bundesregierung bagatellisiert nicht die Probleme der Landwirtschaft, sondern sie ver-

Bundesminister Dr. Staribacher

sucht, sie mit den Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, auch zu lösen. Niemand denkt daran, mit den Bauern zu spielen.

Ich möchte aber doch festhalten, daß es in den Vereinbarungen nicht nur um die zweijährige Verlängerung der Geltungsdauer der Wirtschaftsgesetze und um die Qualitätskontrolle gegangen ist, sondern um das so wichtige Problem der Abschöpfungsregelung. Es ist jetzt geeglückt, die Abschöpfungsregelung, die bekanntlich durch 25 Jahre umstritten war, zu einer einvernehmlichen Regelung zwischen allen Interessenvertretungen zu bringen, und damit wurde ein wesentlicher Forderungspunkt der Landwirtschaft erfüllt. Durch diese Abschöpfungsregelung wurde bekanntlich die Sicherung des inländischen Marktes für die Landwirtschaft weitestgehend gewährleistet und damit eine wesentliche Forderung, die die Landwirtschaft seit 25 Jahren gestellt hat, jetzt endgültig erfüllt. (Ruf bei der ÖVP: Praktisch war sie schon in Wirksamkeit!)

Nein! Praktisch war das deshalb nicht in Wirksamkeit, weil wir ja bei uns kein Abschöpfungssystem gehabt haben, sondern auf den landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten Zölle hatten, die bekanntlich jetzt abgebaut werden müssen und auch abgebaut werden. Dadurch hat die Landwirtschaft den Schutz, den Sie ja jetzt von den Abschöpfungen mit Recht erwarten, nicht gehabt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit überhaupt festhalten — weil auch Herr Ing. Mader gemeint hat, in diesem „Schachspiel“ wurden die Bauern geopfert —: Es wurde bei diesen Verhandlungen überhaupt niemand geopfert, sondern es war von allem Anfang an für alle Beteiligten vollkommen klar — auch für die Interessenvertretung der Landwirtschaftskammer, die an den Verhandlungen teilgenommen hat —, daß es keine wie immer geartete Chance gibt, daß die Landwirtschaft in das Vertragswerk einbezogen wird wie zum Beispiel eben die gewerblich-industrielle Produktion. Das war eine Gegebenheit, mit der man rechnen mußte.

Die Bestrebungen, die daher unsere Verhandlungsdelegation und die Bundesregierung gezeigt haben, waren, eben für die Landwirtschaft neben diesem Vertrag autonome Regelungen zu erreichen. Das ist bekanntlich für die Rinder in einem großen Umfang geeglückt, das ist also ... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Herr Abgeordneter! Sagen Sie nicht: Das ist nichts! Sie wissen — gerade wenn Sie von den Bergbauern geredet haben —, welche Bedeutung dieses Abkommen hat, das für die Rinder geeglückt ist.

Nicht geeglückt ist bis jetzt, das Problem des Absatzes von Milchprodukten, der Butter und des Vollmilchpulvers zu lösen. Hier werden aber unverzüglich — der Herr Landwirtschaftsminister hat das bereits im Nationalrat angekündigt — Verhandlungen begonnen werden. Wir werden im Rahmen der Gemischten Kommission und insbesondere in Verhandlungen, die der Bundeskanzler mit Heath führen möchte, bei einer sich jetzt bietenden Gelegenheit versuchen, gerade den englischen Markt auf Grund des Protokolls 16 nicht nur für die Übergangszeit — aber wir wären froh, wenn wir das schon erreicht hätten —, sondern vielleicht dann in Brüssel auch für längere Zeit einigermaßen zu sichern.

Ich glaube nämlich, daß die Hauptschwierigkeit, die ja alle kennen, auch Ihre Herren aus der Landwirtschaft, Ihre Vertreter, und natürlich auch der Bauernbund, nach wie vor die ist, daß eine Einheitsfront aller Agrarvertreter der westeuropäischen Staaten — seien sie jetzt schon Mitglieder oder seien es kommende Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — darin besteht, keine wie immer geartete Regelung zuzulassen, die dieses Agrarkonzept des westeuropäischen — wenn Sie so wollen — „Agrarprotektionismus“ stört. Das ist die Hauptschwierigkeit, und diese kann niemand überwinden. Sie hat weder die vorhergehende Regierung noch die Koalitionsregierung überwinden können. Ich glaube, mit diesen Gegebenheiten müssen wir uns abfinden.

Ich möchte dann noch auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Prechtl hinweisen. Die Bundesregierung ist sehr wohl bestrebt, im Rahmen des Osthandels und der Verhandlungen mit den Oststaaten — aber nicht nur mit den Oststaaten, sondern auch mit allen anderen Staaten, weltweit — die Handelsvertragsbeziehungen zu verbessern. Mit dem Osten — davon sind wir überzeugt — wird es jetzt ganz besonders durch den Zehnjahresvertrag mit der Sowjetunion, dem wahrscheinlich dann andere Oststaaten folgen werden, möglich sein, die Beziehungen zwischen diesen Staaten auf ein höheres Niveau zu heben und dadurch eine Art von weltweiter offener Handelspolitik zu dokumentieren, die sich nicht allein nur jetzt hinsichtlich des Westens im Rahmen des EG-Vertrages berücksichtigt findet.

Herr Abgeordneter Göschelbauer! Sie meinen, daß es dringend notwendig wäre, bezüglich der Erstattung eine Lösung zu finden.

Jawohl! Die Bundesregierung hat mich beauftragt. Ich verhandle jetzt bereits mit den

9044

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Bundesminister Dr. Staribacher

Interessenvertretungen, um eine Lösung für dieses äußerst schwierige Problem zu finden, wobei es vollkommen klar ist, daß wir etappenweise vorgehen wollen. Ich habe diesen Vorschlag bereits bei den Parteienverhandlungen gemacht und möchte ihn daher auch hier ganz kurz wiederholen. Ich glaube, daß es notwendig ist, etappenweise vorzugehen, weil sich dieses Prinzip auch bei der Abschöpfungsfrage als richtig erwiesen hat.

Als erste Etappe, glaube ich, wäre es zielführend und müßte es möglich sein, für das Zuckerproblem eine Lösung zu finden. Ich habe mit der Zuckerindustrie und der zuckerverarbeitenden Industrie Verhandlungen geführt. Ich glaube, daß beide Teile eingesehen haben, daß das von uns jetzt in Aussicht gestellte System eine Lösungsmöglichkeit bietet insofern, daß die Fixkosten für den Überschuß nicht auf den allgemeinen Zuckerpriis überwälzt werden, sondern nur auf den normalen, inlandsverbrauchbedingten Zucker aufgerechnet werden und damit die Plus- und Plusplusrübe und der Zucker daraus an die weiterverarbeitende Industrie verbilligt abgegeben werden können.

Zweitens glaube ich, daß es notwendig und zielführend ist, wenn wir als weitere Etappe in der zweiten Phase das Problem vom Getreide her in Angriff nehmen und hier besonders das Problem des Vormerkverkehrs einer Lösung zuführen, weil hier entsprechende Bestimmungen aus dem System der Abschöpfung auf der einen Seite und andererseits das Problem der Erstattungsregelung dringend notwendig behandelt werden müssen, um der Süßwarenindustrie und der sonstigen Verarbeitungsindustrie den Ursprungskriterien entsprechende Exportmöglichkeiten zu sichern.

In der dritten Phase ist dann das Problem der Stärke und Stärkederivate zu untersuchen. Hier, glaube ich, wird es am allerschwierigsten sein, eine Lösung zu finden. Aber ich stehe nicht an, zu sagen, auch hier wird es Möglichkeiten geben.

Als letzter Punkt bleibt noch die Forderung der Landwirtschaftskammer und der Handelskammer: wenn diese Systeme nicht funktionieren, eine Erstattungsregelung sehr konkret zu prüfen und gegebenenfalls auch auszuarbeiten.

Ich stehe nicht an, zu wiederholen, daß die Bundesregierung schon seinerzeit bei den Besprechungen, die sie mit den Oppositionsparteien geführt hat, darauf hingewiesen hat, daß, wenn es zu keiner befriedigenden Lösung kommt und eine Gefahr für die österreichische Landwirtschaft und für die Verarbeitungsindustrie besteht, eine limitierte Erstattung

in Erwägung zu ziehen ist. Diese Möglichkeit ist nach wie vor in unseren Verhandlungen gegeben, und wir werden in den nächsten Wochen versuchen, sie positiv abzuschließen.

Die Frage, die der Herr Abgeordnete Knoll erwähnt hat, nämlich daß die Arbeitsmarktpolitik besonders für die Arbeitnehmer von größter Bedeutung ist, hat die Bundesregierung insofern schon vorweg, also bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, gelöst, als bekanntlich der Sozialminister eine eigene Novelle vorbereitet hatte und darüber hinaus jetzt schon feststeht und damals schon beabsichtigt war, daß für die Arbeitsmarktförderung der von Ihnen genannte Betrag von 500 Millionen Schilling tatsächlich für Umschulung und Weiterbildung bereitsteht. Damit ist absolut die Gewähr gegeben, daß alle anfallenden Probleme und Fragen für den Arbeitnehmer gelöst werden können. Sollte diese Summe wider Erwarten nicht ausreichen, so steht aus der Reserve ein mindestens gleich hoher Betrag zur Verfügung.

Was die Preisreduktionen betrifft, die Sie als „minim“ bezeichnen zu müssen glaubten, weil natürlich eine 30prozentige Zollreduktion nicht bedeutet, daß auch die Preise um 30 Prozent sinken, sondern daß nur der Zollanteil um 30 Prozent gesenkt wird, so darf man nicht übersehen, daß hier ein gewisser Effekt ausgelöst wurde, den wir an und für sich sehr begrüßen.

Schon allein die Ankündigung, daß mit 1. Oktober eine solche Zollreduktion vorgenommen wird, hat zum Beispiel die Autobranche veranlaßt, diese Zollreduzierung bereits vorweg zu gewähren, also nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, nachdem zuerst das ganze Lager abverkauft ist, sondern man sagte von vornherein: Wenn der Konsument entsprechend zurückhaltend auf eine solche Ankündigung reagiert, bin ich bereit, ihm unverzüglich die Preissenkung schon jetzt zu geben.

Weiters besteht weder die Absicht — das möchte ich ausdrücklich betonen —, einen Preisstopp zu erlassen noch einen Baustopp, von dem Sie gesprochen haben. Das war eine ausgesprochene Falschmeldung der Zeitung. Gestern wurde in den Verhandlungen mit der Bauarbeitergewerkschaft, den Unternehmungsleitungen und der Regierung festgehalten, daß es sich hier nur darum handelt, eine Abstimmung und Koordinierung mit vielen anderen Punkten auf dem Bausektor zu erreichen.

Was den Preisstopp betrifft, der auch nicht, in keiner Phase, von dieser Regierung beabsichtigt war, so handelt es sich auch nicht darum, daß die Preise in den Computer ein-

Bundesminister Dr. Staribacher

gespeichert werden, der Computer die Preisreduzierung ausrechnet und dann in einem Verfahren die Preise gesetzlich festgelegt werden, sondern es geht darum, daß das Handelsministerium im Preisbestimmungsgesetz beauftragt wurde, zu errechnen, wie sich auf Grund der Zollsenkungen und der Umsatzsteuerentlastungen die Preise entwickeln sollten, und dann natürlich zu prüfen, ob das auch tatsächlich eingehalten wird. Da es sich hier um eine wesentliche zusätzliche Arbeit handelt, die von Beamten gar nicht anders als mit einem Computer erledigt werden konnte, mußte diese ganze Frage in die EDV eingespeist werden. Das gibt uns aber die Möglichkeit, jetzt wirklich gewissenhaftest und genau festzustellen, ob die im Gesetz vorgesehenen Verpflichtungen auch tatsächlich eingehalten werden.

Wir werden daher keinesfalls einen Preisstopp machen, wohl aber sehr genau kontrollieren, ob die Zollsenkungen und die Umsatzsteuerentlastungen tatsächlich durchgeführt werden. In diesem Sinn hat die Bundesregierung Vorkehrungen getroffen, damit die sich aus dem Abkommen ergebenden Vorteile auch tatsächlich dem Konsumenten zugute kommen.

Was die Argumentation, die auch Herr Abgeordneter Dr. Pitschmann gebraucht hat, betrifft, daß diese Bundesregierung dieses Arrangement ausschließlich oder — bitte, ich korrigiere mich — vorwiegend vom Standpunkt des Importes, des Konsumentenschutzes sähe, von diesem Standpunkt aus sähe, so stimmt das auch nur sehr bedingt.

Die Bundesregierung war sich vollkommen klar darüber und hat nicht zuletzt den Interessen der Wirtschaft Rechnung getragen, daß dieses Abkommen der Exportindustrie zumindest dieselbe Chance gibt, die diese dringend braucht, als der Importeur durch die Verbilligung der Waren hat, und daß ganz besonders durch diese Maßnahmen, die im Zuge des Europareifeprogramms ergriffen werden, wie der Herr Finanzminister und ich schon das letzte Mal im Nationalrat dargelegt haben, der Industrie eine Starthilfe gegeben wird, um die Schwierigkeiten, die sich zweifelsohne aus dem Vertrag ergeben werden, meistern zu können.

Wir glauben daher, daß dieser Vertrag ein sehr abgewogener Vertrag ist, und vor allem, daß durch die Maßnahmen, die teils durch die Begleitmaßnahmen verhandelt und paktiert wurden, teils durch die im Europareifeprogramm vorgesehenen zusätzlichen Maßnahmen, die die Bundesregierung in Aussicht genommen oder schon durchgeführt hat, die

besten Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß aus diesem Vertrag für die gesamte österreichische Wirtschaft ein positives Ergebnis zu erwarten ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Alberer. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Alberer (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit ungefähr 15 Jahren bemühen sich österreichische Politiker, den Weg nach Brüssel zu finden. Seit 15 Jahren war uns dieser Weg verwehrt, doch haben die Politiker immer wieder mit Brüssel beziehungsweise mit der EWG Kontakt gehalten.

Es war, wie ich glaube, sagen zu dürfen, klar, daß für die Mächtigen in Europa diejenigen, die 1945 bis 1950 auf Almosen angestanden sind, die damals für die UNRRA-Hilfe, für russische Erbsen und so weiter dankbar sein mußten, nicht die richtigen Partner für diese Gemeinschaft gewesen sind.

Ich glaube aber, wir Österreicher haben bewiesen, daß wir in der Lage waren, etwas zu leisten. Auch unsere Landwirtschaft hat bewiesen, daß sie wirklich leistungsfähig ist.

Bundeskanzler Raab hat bereits am 9. 6. 1958 über das Scheitern der Verhandlungen mit der EWG berichtet und hat damals empfohlen, Kontakt mit der EFTA aufzunehmen. Bundesrat Wally hat bereits auf die Exportsteigerungen in die EFTA-Länder hingewiesen, aber trotzdem haben wir in die EWG-Länder wesentlich mehr exportieren können als in die EFTA-Länder.

Was die weiteren Bemühungen betrifft, so wollen wir Sozialisten absolut nicht in Abrede stellen, daß den heutigen Vertrag praktisch auch Leute der Österreichischen Volkspartei — ich möchte hier den Handelsminister Doktor Fritz Bock, Außenminister Waldheim und andere erwähnen — angestrebt haben. Wir sind absolut nicht dafür, daß diesen Leuten das Verdienst abgesprochen oder geschmälert werden sollte, nur verstehen wir es manchmal nicht, wenn diese Leistungen so herausgestrichen werden wie von Bundesrat Dr. Pitschmann. So etwas müssen wir selbstverständlich ablehnen, denn schließlich und endlich ist der Vertrag erst 1972 geschaffen worden.

Dr. Fritz Bock hat bereits am 22. April 1963 darauf hingewiesen, es sei mit aller Deutlichkeit festzuhalten, daß es eine Illusion wäre anzunehmen, daß unsere Verhandlungspartner zu anderen als zu für Österreich wirklich lebenswichtigen Konzessionen bereit wären. Die Grundsätze der EWG-Agrarpolitik wer-

9046

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Alberer

den von Österreich übernommen werden müssen. Das wird ohne Zweifel für die österreichische Landwirtschaft auch Schwierigkeiten bringen.

Ich glaube, wir haben hier nicht erwartet, daß unsere Landwirtschaft besonders gut heraussteigen kann, wenn wir die einzelnen Konkurrenzverhältnisse in Betracht ziehen, die Landwirtschaft in den EWG-Ländern, die Landwirtschaft hier bei uns, die Größenordnungen beziehungsweise die Größe und Qualität der Böden: All das macht eine Konkurrenz mit diesen Ländern besonders schwer.

1966 war das Ende der Koalition. Die Österreichische Volkspartei — wir sind davon überzeugt — hat sich weiterhin bemüht, mit der EWG ein Arrangement zu treffen. Es war ihr einfach nicht möglich; sie hat es nicht zustande gebracht.

1970 wird dieser Vertrag mit der EWG praktisch ein Programmpunkt der SPÖ.

1972 nun ist es endlich so weit. Ich glaube, alle Österreicher, gleichgültig, in welches politische Lager sie gehören, sind froh, daß es nun zu diesem Vertrag gekommen ist.

Es tut allen Österreichern bestimmt leid, daß eine gewisse Warenguppe, die sogenannten sensiblen Waren, beziehungsweise die Landwirtschaft Schwierigkeiten machen. Doch gelang es für ein bedeutendes österreichisches Exportprodukt, für Rinder, Export erleichterungen zu erreichen. Darüber hinaus wurde die fast vollständige Einbeziehung der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte unter Berücksichtigung unserer Schutzinteressen beschlossen. Bereits im Interimsabkommen wurde die harmonische Entwicklung im Austausch landwirtschaftlicher Produkte beschlossen. Beide Teile werden sich um Lösungsmöglichkeiten bemühen.

Zum Beispiel ist die EWG bereit, Nutz- und Schlachtvieh im Werte von 1 Milliarde Schilling auf der Basis von 1971 zu übernehmen. Daß nun dafür selbstverständlich auch Österreich importieren muß, glaube ich, ist ganz klar, weil ja so ein Vertrag nicht einseitig sein kann. Wir werden dafür Obst und zum Teil Gemüse übernehmen müssen. Wir werden auch zum Teil Wein einführen müssen. Nach den letzten Erklärungen von Lenz Moser — ich glaube, das hier sagen zu können — ist darauf hinzuweisen, daß Österreich selbst nicht so viel Wein produziert und daß wir auch versuchen werden und müssen, von unseren wirklichen Qualitätsweinen auch gewisse Teile im Ausland abzusetzen.

Im Hinblick darauf, daß Österreich auch in der Rest-EFTA verbleibt, kann der Außen-

handel in Zukunft nun mit 15 Staaten im Freihandel abgewickelt werden.

Ich glaube, es muß und es wird auch das Bestreben der Bundesregierung sein, dafür zu sorgen, daß uns der englische Markt für Milchprodukte, die wir in England bisher abgesetzt haben, so weit als möglich erhalten bleibt.

Bedauerlich ist, daß neben gewissen sensiblen Produkten — worauf ich schon hingewiesen habe — die Landwirtschaft übrigbleibt; aber das ist bestimmt keinesfalls ein Versäumnis der Verhandler.

Bundesminister Staribacher hat bereits darauf hingewiesen: Kontaktgespräche mit Herren der EWG haben schon im Laufe des vorigen und vorvorigen Jahres gezeigt, daß man speziell, was die Landwirtschaft anbelangt, wirklich eine harte Nuß zu knacken haben wird. Aber trotzdem, glaube ich, wird es keinen Landwirt geben, der, wenn die Landwirtschaft nicht einbezogen werden kann, verlangen würde, daß der ganze Vertrag zurückgestellt werden muß.

Die Landwirte erwarten von der Regierung — und die Regierung wird bestimmt bereit sein, ihr Wort zu halten —, daß sie sie nicht vergißt und daß sie in Zukunft versucht, für die Landwirtschaft so viel als möglich zu tun, beziehungsweise daß sie versucht, sie im Laufe der Zeit in diesen EWG-Vertrag hineinzubringen.

Auf dem Gebiete der Agrarpolitik müssen eben entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Zum Beispiel hat die SPÖ-Regierung bereits — Kollege Trenovatz hat darauf hingewiesen — das Bergbauernsonderprogramm geschaffen. Von Sozialisten wurde es geschaffen. Es ist als eine Maßnahme zur Überwindung der wirtschaftspolitisch fühlbaren Schwächen ergriffen worden.

Weitere Maßnahmen zur Gesundung des ländlichen Raumes, da dieser in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen muß, weniger in der Nahrungsmittelproduktion als in der Erholungswirtschaft, sind:

Im Jahre 1971 wurden für 141.000 Bergbauernbetriebe 300 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt; zur Verbesserung der Infrastruktur 100 Millionen Schilling, für Regionalförderung 90 Millionen Schilling, als Reserve für Großbauten 60 Millionen Schilling und für die Erhaltung der Kulturlandschaft 50 Millionen Schilling.

Zirka 20.000 Extrembetriebe bekamen im Jahre 1971 einmalige Aushilfen von allerdings nur 200 S; 1972 sind es schon 2000 bis 2500 S gewesen.

Alberer

Wir wissen, meine Herren, daß das selbstverständlich keine Lösung sein kann, aber jedenfalls nehmen die Bergbauern zur Kenntnis, daß das für sie eine Hilfe ist. Es mag ohneweiters möglich sein, daß dies für einen Großagrarier überhaupt kein Betrag ist. Für den kleinen Bauern am Berg oben sind eben schon 2000 bis 2500 S eine große Hilfe. Wir hoffen, daß diese Aktion weiterhin bestehen bleibt beziehungsweise noch ausgebaut werden kann.

Mit diesen Mitteln, die, wie gesagt, auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden, hoffen wir, unser natürliches Erholungsgebiet nicht nur erhalten zu können, sondern wir wollen es noch ausbauen und verbessern, wie zum Beispiel durch die Verbesserung des Straßennetzes in Erholungsgebieten und in unseren Bergen, die Pflege der Natur und die Reinhal tung der Seen, damit der Fremde auch weiterhin zu uns ins Land hereinkommen kann.

Wir stellen uns auch vor — das stellen sich auch unsere Bauern vor, die den Fremdenverkehr als einen Nebenerwerb betrachten —, daß der Fremdenverkehr nicht nur in den Ballungszentren gefördert werden sollte, sondern daß versucht werden sollte, diese Zentren zu entflechten, und daß versucht werden sollte, den Menschen aus der Stadt auch hinaus auf den Bauernhof zu den Bergbauern zu bringen. Es wird natürlich notwendig sein, die entsprechenden Zufahrtswände, Zufahrtsstraßen und so weiter zu schaffen.

Wir glauben, daß unser ländlicher Fremdenverkehr gerade im EWG-Raum noch ganz große Chancen hätte. Wir haben jetzt schon sehr viele Gäste aus England, wir haben sehr viele Gäste aus den Niederlanden, aber es fehlen uns vielleicht noch Gäste aus Frankreich, Belgien und so weiter.

Über Strukturpolitik soll man nicht nur reden, sondern auch wirklich handeln. Man soll — hier zitiere ich Nationalrat Pfeifer — die Strukturpolitik auf dem Lande draußen in erster Linie mit den Bauern gemeinsam machen. Dann wird diese Politik wirklich richtig sein.

Es ist kein Zweifel daran — auch Pfeifer weist darauf hin —, daß gewisse landwirtschaftliche Betriebe im Laufe der nächsten Jahre vielleicht zugesperrt werden müssen; das wäre wahrscheinlich mit oder ohne EWG der Fall gewesen.

Wir sind der Meinung: das kann selbstverständlich nur freiwillig sein; wenn irgend jemand seinen Hof aus irgendwelchen Gründen aufgeben muß, so soll ihm kein Riegel vorgeschoben werden. Wenn der Betreffende

irgendwo in der Industrie eine Beschäftigung finden will, ist das selbstverständlich für den Bauern, für seine Angehörigen und seine Kinder nur zu unterstützen. Wir müssen natürlich dafür sorgen, daß genug Arbeitsplätze in Österreich vorhanden sind.

Es wäre hier nur die Frage, inwieweit man Arbeitsplätze auch in entlegene Täler bringen könnte, irgendwelche Finalbetriebe und so weiter, damit der Bergbauer nicht allzu weite Zufahrtswände zur Arbeitsstätte in Kauf nehmen muß, weil ja vielfach die kleinen Bauern die Landwirtschaft als Nebenerwerb betreiben und vielfach nach Feierabend — wie hier ein Kollege schon gesagt hat: es gibt für den Landwirt keine 42 Stunden-Woche — mit ihren Familien in ihren Landwirtschaften arbeiten müssen. Darum muß es für uns wichtig sein, daß Straßen, Wege und so weiter noch besser ausgebaut werden.

Das Budget der Sozialisten hat 1971 110 Millionen Schilling für den Fremdenverkehr vorgesehen gehabt. Dieser Betrag wurde bereits im Jahre 1972 auf 155 Millionen Schilling erhöht. Wir hoffen, ja wir glauben bestimmt, daß der zuständige Ressortminister im Jahre 1973 wieder einen namhaften Betrag für das Fremdenverkehrsförderungsgesetz, das nun eine Laufzeit von zehn Jahren hat, zur Verfügung stellen wird.

Die Bauern, speziell die Bergbauern, sind seßhaft; wenn auch der eine oder andere seine Landwirtschaft aufgeben muß — seinen Heimatort, sein Vaterhaus will er in den wenigsten Fällen verlassen.

Dr. Pitschmann hat auf die „Völkerwanderung“ hingewiesen. Sicherlich, es ist bedauerlich, daß so viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen, um Verdienstmöglichkeiten nachzugehen. Ich sage immer: Wir Österreicher können froh sein, daß diejenigen von uns, die nach Deutschland arbeiten gehen, wirklich freiwillig gehen. Für diese Menschen gäbe es in Österreich selbstverständlich genug Arbeitsplätze.

Diese moderne Völkerwanderung hat nicht erst 1970 begonnen, sondern ich erinnere mich noch gut daran: Als ich ein junger Mensch war, gab es in den Jahren 1932 bis 1938 in Österreich genug Fremdarbeiter, die froh sein mußten, irgendeine Beschäftigung als Landarbeiter in der Schweiz zu bekommen, die Frauen als Haushaltshilfen und so weiter. Viele sind damals nach England gegangen. Damals waren wir praktisch in der Situation, in der heute manche Südländer sind.

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, daß es auch

9048

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Alberer

möglich sein wird, in den europäischen Markt insofern einzudringen, als Österreich auch Qualitätszeugnisse anzubieten hat; ich habe bereits auf Zuchtrinder, Qualitätsweine und so weiter hingewiesen. Wir Verbraucher können uns glücklich schätzen, daß Österreich nicht gezwungen sein wird, die Agrarmarktordnung der EWG-Länder anzuerkennen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun das Für und Wider abwiegen, so glauben wir, daß wir den EWG-Abschluß doch als großen politischen und wirtschaftlichen Erfolg bezeichnen müssen, dies umso mehr, als der Vertrag uns kaum Bindungen auferlegt, also Freiheit von politischen Bindungen aller Art. Es sind hier fünf Punkte, die der Herr Außenminister ausgehandelt hat, sodaß wir auch mit unserem Neutralitätsstatus kaum irgendwie in Schwierigkeiten kommen werden.

Wir hoffen, daß nicht nur die Nachteile wie das Schreckgespenst der Mehrwertsteuer, sondern auch die Vorteile des Abkommens, wie Zollsenkungen und so weiter, echt an die Konsumenten weitergegeben werden. Wir hoffen, daß auch die Agrarier, daß auch unsere Bauern an dem wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben werden, denn auch der Bauer in Österreich wird in Zukunft, wenn er einen Handwerker braucht, unter Umständen wahrscheinlich höhere Löhne bezahlen müssen als bisher.

Ich habe selbst manchmal Handwerker, weil ich ein Häuschen habe. Es ist mir wirklich unverständlich, daß ich für einen Maurer, der bei mir um 25 S in der Stunde arbeiten muß, 70 bis 80 S an den Baumeister abliefern muß, der kaum einmal herkommt.

Ich glaube, hier müßten Wege geschaffen werden, denn gerade der Landwirt braucht immer wieder Handwerker und rechnet dabei immer wieder: Was nehme ich für mein Schwein, mein Kalb oder meine Kuh ein im Verhältnis zu dem, was ich eventuell für die Handwerkerstunde ausgeben muß?

Hohes Haus! Ich glaube, daß wir diesen Verträgen ohne weiteres unsere Zustimmung geben können. Wir Sozialisten werden das selbstverständlich gerne tun. Es mag für die Österreichische Volkspartei schmerzlich sein, daß es ihr nicht möglich war, diese Verträge in den Jahren von 1966 bis 1970 unter Dach und Fach zu bringen.

Nationalrat Minkowitsch hat darauf hingewiesen, daß von acht Punkten in siebenhalb Punkten — es sind dies Punkte bezüglich der Begleitmaßnahmen — mit der SPÖ-Regierung ein Weg gefunden werden konnte. — Dies wurde auch von Bundesrat Göschelbauer

bestätigt. — Nationalrat Minkowitsch hat darauf hingewiesen, daß das der ÖVP ermögliche, die Mitverantwortung zu übernehmen. Er hat auch gesagt: dieses Verhandlungsergebnis war die Frucht einer beiderseitigen konstruktiven Verhandlungsweise. Zum Schluß hat er gesagt, dieser Vertrag sei kein Anlaß für eine Jubelstimmung, aber absolut auch kein Anlaß für Pessimismus. Als bürgerlicher Sprecher meinte er selbstverständlich die Landwirtschaft.

Minkowitsch hat aber auch bewiesen, meine Herren von der rechten Seite, daß man in der Frage der Landwirtschaft und der Landwirtschaftspolitik mit den Sozialisten reden kann. Er hat damit auch praktisch bewiesen und gesagt, daß das Märchen, die Sozialisten wollen dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stall holen, endgültig zerstört ist und daß kein Landwirt, weder ein großer noch ein kleiner, in Zukunft an dieses Märchen glauben wird.

In sportlicher Fairneß nennen wir gerne auch diejenigen — ich habe es bereits getan —, die den Torschuß mitvorbereitet haben: Doktor Bock, Dr. Waldheim, Minister Mitterer. Bei den Zusehern und bei der Bevölkerung zählen aber nur die, welche die Tore geschossen haben, und das sind in diesem Falle Politiker meiner Partei. (*Beifall bei der SPÖ*) Wenn so ein goldenes Tor noch in der ersten Halbzeit geschossen wird, dann zählt das doppelt.

Wir Sozialisten stimmen diesen Verträgen gerne zu. (*Beifall bei der SPÖ*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Hofmann-Wellenhof. Ich ertheile es ihm.

Bundesrat **Hofmann-Wellenhof** (OVP): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! In der gerafften Darstellung der „Parlamentskorrespondenz“ der siebeneinhalbstündigen EWG-Debatte findet sich unter anderem ein Satz — ich glaube, es sprach ihn ein Abgeordneter der FPÖ —: „Am wichtigsten ist die begleitende europäische Gesinnung.“

Ich möchte auch hier bei meinen kurzen Ausführungen den Ton auf das „E“ von EWG legen, so wie das Herr Kollege Wally zur Einbegleitung seiner Ausführungen in dankenswerter Weise tat.

Wenn ich von europäischer Gesinnung spreche, so drängt sich mir ein Wort auf, das geradezu ein Modewort geworden ist: „europareif“.

Und wenn ich an „europareif“ denke, dann kann ich viel weiter zurückblicken in die Geschichte, über 100 Jahre zurück, und da

Hofmann-Wellenhof

drängt sich mir ein Wort auf, das damals auch geradezu ein Modewort in der geistigen Welt Europas wurde — es wurde geprägt von Heinrich Heine —: „europamüd“. Es scheint mir also doch ein Fortschritt zu bestehen von der Europamüdigkeit einer damals übersättigten Gesellschaft in das ernste Verantwortungsbewußtsein nunmehr europareif sein wollender Staaten.

Aber nehmen wir diese Europareife einmal nicht wirtschaftlich. Was macht Europareife von uns aus betrachtet aus? Die unbedingte Anerkennung der persönlichen Freiheit, die Freiheit von Gesinnungzwang und Terror, die nicht nur deklarierten Menschenrechte, sondern ihre praktische Respektierung, kurz die Menschenwürde.

Persönliche Freiheit stellt sich ja nicht darin dar, daß man sie für sich persönlich in Anspruch nimmt, sondern daß man auch gewillt ist, sie dem anderen einzuräumen. Es wird also bei dieser Art von Europareife auch schließlich zur Aufgabe gewisser — ich will sagen — Souveränitätsgewohnheiten kommen müssen.

Auch die ganz allgemeine Mobilität in Europa, insbesondere die der Arbeitskräfte, wird eine Erscheinung sein, die sich mit einem immer mehr zusammenwachsenden Europa ganz zwangsläufig ergeben wird.

Diese Darstellung der Europareife führt wieder zu einem Wort, das auch schon wieder droht, zu einem Schlagwort zu werden: die „Qualität des Lebens“.

Meine Damen und Herren! Die Qualität des Lebens hängt durchaus nicht allein von materiellen Gütern ab. Man könnte manchmal meinen, daß schon ein hochmechanisierter Haushalt diese Qualität des Lebens gewährleistet. Denken Sie etwa an die Großstädte in den Vereinigten Staaten. Was nützt ein ganz hoch mechanisierter Haussstand, wenn man ihn jeweils durch mehrfache Sicherheitsketten, durch Selbstschußvorrichtungen und andere Verteidigungsmaßnahmen absichern muß?

Ich will damit nicht sagen — verstehen Sie mich nicht falsch —, daß schon der Betrieb eines altmodischen Holz- und Kohlenherdes seelisches Glück garantieren müsse. Davon kann keine Rede sein.

Aber ich will darauf hinweisen, daß auch ein anderer geläufiger Werbespruch meiner Meinung nach des wirklichen Gehaltes entbehrt. Ich bitte, falls sich Angehörige dieser Branche hier befinden, das nicht als unlauteren Wettbewerb aufzufassen. Sei es denn, daß, wer photographiert, mehr vom Leben hat. Ich wage zu behaupten, man hat, wenn man nicht

photographiert, deshalb nicht weniger vom Leben, sondern eben irgendwelche andere Lebenswerte.

Nun sehe ich hier in Österreich in den Straßen der Stadt ein großes Plakat, dessen oberste Zeile besagt: „Der Weg nach Europa ist frei“.

Ich will damit keine Polemik gegen eine Propaganda der Sozialistischen Partei einleiten. Es wäre kindisch, verlangen zu wollen, daß die Propaganda einer Firma der Konkurrenzfirma gefallen müsse, aber gerade dieser Wortlaut regt doch zum Nachdenken an.

Für Österreich, meine ich, ist diese Formulierung deshalb nicht ganz glücklich getroffen, weil wir ja keinen Weg nach Europa brauchen. Wir fühlen uns doch immer inmitten dieses Erdteils und als fester Bestandteil unseres alten Europa.

Wenn ich hier noch eine persönliche Empfindung anfügen darf, so möchte ich sagen: Ich halte es für müßig, in der Frage der EWG wie in jener des Staatsvertrages einen sogenannten Prioritätenstreit auszutragen. Herr Kollege Alberer hat das in sehr fairer Weise gerade vorhin gesagt, und wir alle wissen es ja, daß selbstverständlich zu dem nun erzielten Resultat eben alle beitrugen so wie seinerzeit zum Staatsvertrag.

Wir müssen uns auch von der Illusion freimachen, daß die alten Verdienste gewürdigt würden und die neuen nicht und daß das in der Bevölkerung sehr gerecht abgewogen würde. Davon kann keine Rede sein.

Unter wessen Ägide sich schließlich ein günstiges Ergebnis einstellt, dem wird das Verdienst zugeschrieben. Das ist jetzt die sozialistische Regierung, das waren damals Raab und Figl.

Haben die auch damals mitgearbeitet? Zweifellos, aber Figl war der Mann, der vom Balkon des Belvedere der Bevölkerung den Staatsvertrag zur Ansicht entgegenhielt — und in diesem Bewußtsein lebt er weiter —, und Raab war damals Bundeskanzler.

Seien wir froh, meine Damen und Herren, wenn die Bevölkerung in ihrer Masse überhaupt ihren politischen Vertretern ein Gefühl von Dankbarkeit entgegenbringt, und überfordern wir nicht diese Dankbarkeit durch das Verlangen nach besonders feinen Differenzierungen! (Allgemeiner Beifall.)

Aber nun darf ich doch einen zweifachen Dank sagen, und zwar zunächst einen Dank in der Erinnerung an das alte Österreich. Ich weiß schon, das läßt sich nicht ganz vergleichen. Aber im Empfinden läßt es sich doch ver-

9050

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Hofmann-Wellenhof

gleichen, was so ein Kleineuropa versuchsweise durch viele Jahrhunderte der Welt vorführte. Das alte Österreich war nicht — um gegen Karl Kraus einmal zu polemisieren — nur eine Versuchsanstalt für den Weltuntergang; es hat wohl auch versucht, durch lange Zeit die Mitte dieses Erdteiles zusammenzuhalten.

Lassen Sie uns aber nicht nur dem alten Österreich danken, sondern auch dem neuen Österreich. Gerade Wien und Niederösterreich mußten durch die Besetzungszeit ganz besonders leiden. In einem solchen Fall, meine ich, zeigt die Wiener Bevölkerung stets ihr wahres Antlitz und ihren wahren Charakter, der sich nicht restlos mit den sehr liebenswürdigen Heurigenweisen darstellen läßt. Da ist eine ungemein starke innere Festigkeit vorhanden. Dieser Festigkeit der Wiener und der Niederösterreicher — immer noch das historische Kernland Österreichs — ist es zu verdanken, daß diese schweren Jahre zwischen 1945 und 1955 so vorübergegangen sind, daß wir immer unbestreitbar ein Teil Europas geblieben sind.

Und nun nochmals: Für die anderen ist da wirklich „der Weg nach Europa frei“. Ich weiß schon, an die ist mit diesem Plakat nicht gedacht. Aber ich denke denn doch daran, daß gerade in diesen Wochen, wie wir hören, ein besonders hoher und besonders solider Drahtzaun, wie mir scheint, von der Ostsee bis in den bayrischen Wald errichtet wird mit einem Betongraben daneben. Für mein historisches Empfinden ist Böhmen ein Herzland dieses Kontinents, und auch Ungarn, mit aller Romantik behaftet, wird doch immer von uns als ein Stück Europa empfunden.

Wenn ich an diesen Zaun denke, so fällt mir ein Wort ein, das Bundeskanzler Raab, ich glaube, im Jahre 1958, als in Wien der Sudetendeutsche Tag abgehalten wurde, in seiner bekannt nüchternen und schmucklosen Art den vielen, vielen tausenden Vertriebenen sagte: „Wir brauchen keinen Stacheldraht, wir brauchen keine Wachtürme; uns geht schon keiner durch!“ Damit hat Raab die historische Situation in unübertrefflicher Kürze und Prägnanz dargestellt.

Wir fühlen nicht nur Weimar, Dresden und Leipzig zu Europa gehörig, sondern auch das, was man etwas romantisch die russische Seele nennt, die wir bei Gott innerhalb der europäischen Völkerfamilie nicht vermissen wollen. Denken Sie etwa an die russische Musik, an die russische Weltliteratur oder eben an das, was mit russischer Seele, ich glaube, sehr gut dargestellt wird.

Ich möchte meine ganz kurzen Betrachtungen damit schließen, daß ich sage, wir sollten gewissermaßen einen hoffnungsreichen Gruß nach Europa hinaussenden, getragen von einer immer vollkommener werdenden Europareife, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innerlich-geistig, und von immer geringerer Europamüdigkeit.

Ich weiß: damit komme ich leicht ins Pathetische. Ich bitte dafür in zweifacher Beziehung um Ihre Entschuldigung.

In der ersten: Wer sollte denn pathetisch sein wenn nicht ein Mensch in meinen Jahren? In der zweiten Hinsicht beziehe ich mich auf die heute schon öfter zitierten Olympischen Spiele. Dort haben wir, von aller Tragik abgesehen, doch sehr oft Beispiele eines ganz soliden, ich möchte sagen, modernen Pathos gesehen.

Wir sind nicht die Schlechtesten, meine Damen und Herren! Im Gegenteil: Vor den Olympischen Wettkämpfern haben die parlamentarischen Wettkämpfer den unzweifelhaften Vorteil, daß es bei uns keinerlei unaufrechten Scheinamateurismus gibt. Ich danke schön. (*Heiterkeit und allgemeiner Beifall*.)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Prechtl. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Prechtl (SPO): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich zähle zu jenen, die die Vergangenheit sehr schätzen, weil ich die Auffassung vertrete, daß man aus der Vergangenheit für die Zukunft und besonders für die Gegenwart lernen kann.

Ich halte es auch für vollkommen richtig, sowohl den Staatsvertrag als auch die Interimsverträge und das Globalabkommen in einem mit den Begleitmaßnahmen zu betrachten.

Die Ursache, daß es möglich geworden ist, das Globalabkommen seitens der Bundesregierung zu unterzeichnen und wir heute über die Interimsverträge abstimmen können, ist, daß wir im Jahre 1955 die politische Freiheit erlangt haben.

Mein sehr geehrter Herr Vorredner ist in sehr toleranter Weise darüber hinweggegangen und hat gesagt, es wären Raab und Figl gewesen. Es liegt mir völlig fern zu berichtigen; aber eines muß schon richtiggestellt werden, nämlich daß damals, in dieser sehr schwierigen Zeit die einzige mögliche und richtige Regierungsform gewählt worden ist: die Koalitionsregierung.

Von dem Verhandlungsteam lebt heute nur mehr einer. Es waren damals wohl Raab und

Prechtl

Figl; es waren aber auch Schärf und Kreisky, der als Staatssekretär beigegeben worden war.

Wir wissen sehr genau, wie schwer die Verhandlungen geführt werden mußten und daß damals in der letzten Phase die sehr gute Idee des jetzigen Bundeskanzlers gekommen ist, nach dem Beispiel der Schweizer Neutralität die österreichische Neutralität anzubieten, womit ein sehr wesentlicher Beitrag zur politischen Freiheit und zum Abzug der fremden Truppen aus Österreich geleistet worden ist.

Wir wissen aber auch, daß damals in diesem Zusammenhang sehr kritische Momente zu überwinden gewesen sind. Es war damals die Forderung der Russen, als es um das Ulgebiet gegangen ist, in Österreich eine Besatzungsmacht oder Schutztruppe zu belassen. Wir sind uns heute, glaube ich, voll und ganz bewußt, daß damals richtig gehandelt worden ist, als man länger und gründlicher verhandelte, um keine fremden Truppen im eigenen Land zu haben. Heute sehen Sie in der gesamten Welt: Überall dort, wo Öl ist und wo fremde Truppen stehen, kommt es zu gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen.

Ich will aber eine Feststellung nicht unwidersprochen lassen, wenn wir die Probleme heute schon weltweit betrachten. Eines dieser Probleme, das bald zum Überdruß genannt wird, ist das der Gastarbeiter. Auch dieses Problem sei nun in das richtige Licht gerückt. Wenn Herr Bundesrat Pitschmann der Regierung Kreisky die Schuld gibt, daß wir in Österreich Gastarbeiter haben (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Nein! Das ist keineswegs der Fall gewesen! Das war eine Feststellung, keine Frage nach der Schuld!*), dann muß man doch die Probleme wirklich objektiv sehen.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß aus der Türkei, aus Italien, aus Spanien und Jugoslawien Fremdarbeiter im europäischen Raum beschäftigt sind. Wir dürfen uns aber als politische Funktionäre nicht mit der Gegebenheit abfinden, daß diese Fremdarbeiter hier sind, sondern wir müssen nach den Ursachen suchen, warum diese Menschen kommen. Sie kommen erstens, weil wir Arbeitskräfte benötigen, zweitens kommen sie aus Agrarländern, und drittens kommen sie aus Ländern, die über keine Industrie verfügen. Ich zitiere als Beispiel besonders die Türkei, weil sehr viele Türken in Österreich sind.

Wenn ein Staat wie die Türkei, der ein sehr armes Land ist und über keine Industrie verfügt, 35 Prozent seines gesamten Staatsbudgets für Rüstungen und für Militäraus-

gaben ausgibt, dann bleibt für die Industrialisierung dieses Landes nicht viel übrig.

Dazu kommt noch, daß das Bildungsniveau und das Schulwesen dort äußerst zurückgeblieben sind, obwohl die Türkei zu Europa gehört. Seit Atatürk ist der Weg bestimmt worden, daß die Türkei zu Europa gehört. Und dieses Land ist vielleicht am nächstliegenden, man sieht die Problematik in diesem Land. Im Rahmen eines Europa wollen wir momentan — und das ist sehr richtig — die politischen Grenzen nicht sehen. Europa geht bis zum Ural. Es ist erfreulich, daß nun Gespräche mit dem Osten geführt werden, daß eine Entspannung in der Welt Platz gegriffen hat.

Ich möchte aber, wenn man von Europa und von Lohnvergleichen spricht, nicht in den Fehler des Herrn Bundesrates Knoll verfallen, der Dinge in einer Art dargestellt hat, die man meinem Gefühl nach nicht so darstellen kann: wenn man Lohnvergleiche mit allen anderen Staaten bringt und die Preise außer acht läßt; wenn gesagt wird, daß unsere Kollegen nach Deutschland und in die Schweiz arbeiten gehen, und man dabei außer acht läßt, daß diese Kollegen am Wochenende oder sogar täglich zurückfahren, daher einerseits die höheren Löhne haben, auf der anderen Seite aber auch aus den billigen Lebenshaltungskosten in Österreich Vorteile ziehen, weil sie abends zum Großteil wieder zurückströmen.

Daß die Ziffer, die genannt worden ist, nicht ganz richtig ist, ist auch verständlich; die Olympiabauten in München haben sehr viele Kräfte angezogen.

Nun noch zu einer Ziffer, die in den nächsten Tagen immer wieder genannt werden wird, die aber richtiggestellt werden muß: 3000 Posten mehr schafft die Bundesregierung für Beamte.

Das ist der Slogan, um gegen jene Leute, die auf Grund der parlamentarischen Gesetzgebung verpflichtet sind, eben diese Gesetze durchzuführen, zu argumentieren.

Es wird dabei wissenschaftlich unterlassen zu sagen, daß allein 1600 Lehrer für die Bundeslehranstalten notwendig sind, weil nun mehr Kinder in die Mittelschulen gehen, und daß andererseits die Strafrechtsreform mehr Justizwachebeamte verlangen wird. Eine geringfügige Anzahl neuer Dienstposten betrifft die Post. Es ist aber keine Vermehrung im gesamten Verwaltungsdienst.

Der Richtigkeit halber muß aber noch gesagt werden, daß die Polizei allein im Wiener Raum mehr als 1000 Beamte zuwenig hat und daß eine gleich hohe Unterbesetzung bei der

9052

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Prechtl

Gendarmerie aufscheint. Bei Bahn und Post, wo eine enorme Zahl von Überstunden geleistet werden müssen, fehlt eine ähnliche Zahl.

Ich sage das deshalb, um der österreichischen Bevölkerung vor Augen zu führen, daß hier nicht eine Hierarchie aufgebläht wird, sondern in Vollziehung der Gesetze und in Durchführung der Maßnahmen diese Beamten nötig sind. Die überwiegende Anzahl Lehrerposten mußte in den Bundeslehranstalten geschaffen werden, nicht in den Volks- und Hauptschulen, wo die Lehrereinstellung letzten Endes Länder- und Gemeindesache ist. Das ist in diesem Zusammenhang, glaube ich, sehr notwendig. (Ruf bei der ÖVP: EWG!)

Wenn Sie EWG sagen, so ist es sehr richtig. Ich habe diese Ziffer nicht zitiert, das hat Herr Bundesrat Knoll getan. Sie werden mir gestatten, darauf eine Antwort zu geben. Ich weiß, daß Ihnen das sehr peinlich ist, weil das künftig nicht in Ihr politisches Konzept paßt. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Zu einem weiteren Problem: zu den Preisen und der Weitergabe der Preise. Es gibt eine Liste; ich möchte einiges daraus hier zitieren. Wenn auf der einen Seite etwas teurer wird, wird sofort darauf hingewiesen; wenn auf der anderen Seite etwas billiger wird, dann wird das aber geflissentlich unterlassen.

Von den importierten Preisen möchte ich Ihnen nur einige sagen, die immer wieder auch in der Diskussion genannt worden sind. Es haben sich vom Jahre 1969 an — ich sage das nur in der Summe — die Preise für Mineralöle, Brennstoffe und Energie — nur die Importe — um 57,2 Prozent erhöht; die Preise für tierische und pflanzliche Öle und Fette um 46,6 Prozent; Halb- und Fertigwaren sind um 9,3 Prozent und Maschinen um 16,5 Prozent im Preis gestiegen. Die Entwicklung muß man auch von dieser Warte aus betrachten.

Es gibt heute in der weltweiten Wirtschaft keine autarke Wirtschaft, die von sich selbst leben kann. Ich bringe daher nicht nur in diesem Haus, sondern auch vor unseren Funktionären, vor unseren Mitgliedern, in den Versammlungen der Arbeitnehmer diese Gegenüberstellung. Wir müssen das tun, denn wir wissen, daß unsere Kollegen zu Oberflächlichkeiten neigen. Aber woher sollen sie es denn nehmen, wenn wir nicht den Mut haben, diese Ziffern in das richtige Licht zu rücken?

Ich komme nun zum Schluß und möchte noch folgendes zum Abschluß sagen, weil heute in der Diskussion auch zum Ausdruck gekommen ist, daß die Regierung beziehungsweise Bundeskanzler Kreisky damals sehr

vehement gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gewesen ist.

Ich zitiere zum zweiten Mal — ich habe es, glaube ich, bereits letztes Mal getan; ich weiß es nicht genau —, daß im Jahre 1962 mit Zustimmung der damaligen Koalitionsregierung der jetzige Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky vor dem EWG-Ministerrat im Einverständnis mit allen politischen Parteien eine Erklärung abgegeben hat, in der es wörtlich heißt:

„Österreich bekennt sich daher grundsätzlich zu den in den Römer Verträgen niedergelegten Prinzipien, soweit sie mit seinen staatsvertraglichen Verpflichtungen und seinem Status als immerwährend neutrales Land im Einklang stehen.“

Der nunmehr vorliegende Vertragsentwurf berücksichtigt die seinerzeit vom Herrn Außenminister aufgestellten Forderungen vollständig. Das vorliegende Vertragswerk sichert:

- die Handlungsfreiheit im Neutralitätsfall;
- eine gleichberechtigte Stellung in der Gemischten Kommission;
- die Freiheit von politischen Bindungen jeder Art;
- das Recht, auch künftig gegenüber Drittstaaten eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Das wurde im Jahre 1962 im Einverständnis mit allen Parteien erklärt. Es ist richtig, wenn jetzt der Abschluß getätigkt wird, daß diejenigen im Vordergrund stehen, die diesen Abschluß tätigen.

Wir verbinden als sozialistische Fraktion eine Hoffnung mit dem Abschluß der Verträge: Sie sind nicht nur eine politische, sondern unseres Erachtens auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Um Österreich europareif zu machen, unseren Lebensstandard zu sichern, weiter auszubauen, ist es notwendig, diesen Weg im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu gehen, aber nicht nur im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Handel zu treiben, sondern auch einen weltweiten offenen Handel zu betreiben.

Zum Abschluß nur noch eines: Mein Voredner hat ein Wort in seiner konzilianten Art ausgesprochen, das uns zu denken gibt: das ist der Terror.

Wir dürfen eines nicht vergessen: Es sprechen sehr viele Staaten vom Frieden. Jede wirtschaftliche Voraussetzung, jede politische Freiheit wird aber gefährdet, wenn dieser Terror, der sich in den letzten Wochen und Mona-

Prechtl

ten im europäischen Raum und in der ganzen Welt abgespielt hat, weiterhin Platz greift. Es ist nur bedauerlich, daß in der Vergangenheit diese Frage bis zu den Ereignissen in München bagatellisiert worden ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschläger. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kirchschläger:** Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Ich wollte mich ursprünglich heute nicht zum Wort melden, weil ich glaube, daß ich alles, was an außenpolitischen Erklärungen zu den in Debatte stehenden Verträgen zu sagen ist, bereits in der Erklärung vom 27. Juli dieses Jahres zu sagen versucht habe, und weil ich auch glaube, daß sich die außenpolitische Einschätzung der gegebenen Situation, die damals Grundlage dieser Erklärung war, bis heute nicht verändert hat. Es veranlaßten mich jedoch zwei Bemerkungen, um das Wort zu bitten.

Das eine ist eine Frage des Herrn Bundesrates Pitschmann nach der Verbindung mit der Dritten Welt.

Diese Verbindung mit der Dritten Welt wurde von der Bundesregierung nicht vergessen, aber — dazu bekenne ich mich gerne — sie wurde bewußt in den Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften zurückgestellt, da bei den Verhandlungen so viel Neuland zu betreten war — und wir kennen ja den Zeitdruck, unter welchem die Verhandlungen stattgefunden haben —, daß es auch von seiten der Europäischen Gemeinschaften rein personell völlig unmöglich gewesen wäre, diesen weiten Kreis der an die Europäischen Gemeinschaften zum Teil in Form einer Zollunion, zum Teil in Form einer Freihandelszone assoziierten Staaten zur selben Zeit mit zu besprechen.

Wie Sie wissen, Hohes Haus, ist die Republik Österreich durch das Zollpräferenzgesetz, das am 1. April dieses Jahres in Kraft getreten ist, den Weg gegangen, einseitig den Entwicklungsländern für alle Industriewaren und gewerblichen Waren eine 30prozentige Zollermäßigung zu gewähren und für landwirtschaftliche Güter eine differenzierte Zollermäßigung.

Selbstverständlich wird bei einer Regelung des Verhältnisses zu den den Europäischen Gemeinschaften assoziierten Ländern sowohl der Grad der Assoziiierung, der Grad des Naheverhältnisses zu berücksichtigen sein als auch die Ergebnisse der UNCTAD.

Es wird darüber hinaus wahrscheinlich so sein, daß wir mit jenen, die in einem Freihandelszonenverhältnis stehen, untereinander, also bilateral, einen Freihandelszonenvertrag von einer noch nicht festgelegten Art werden abschließen müssen, da Staaten, die eine Freihandelszone abgeschlossen haben so wie Österreich, ja über ihre uneingeschränkte Fähigkeit, Verträge selbstständig zu verhandeln und abzuschließen, verfügen.

Es wird daher das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt, soweit eine vertragliche Regelung bilateraler Natur notwendig sein wird, etwa nach dem Muster des fortgesetzten EFTA-Vertrages verhandelt werden können, wobei ich auch darauf hinweisen darf und muß, daß auch in der Relation zur EFTA die Frage, in welcher Form der Mechanismus der EFTA weiterarbeiten wird, erst nach dem 1. Jänner des folgenden Jahres noch einer letzten Entscheidung harrt.

Ich kann Ihnen aber versichern, daß die Länder der Dritten Welt nicht vergessen werden, daß aber die Wertreihenfolge, die Reihenfolge der Wichtigkeit, wirtschaftliche Probleme zu lösen, zuerst in der Richtung zu den Zehn bestand, daß sie weiterhin besteht in der Relation zu den anderen EFTA-Ländern und daß erst dann in vertraglicher Form, soweit sie notwendig ist, das Verhältnis zur Dritten Welt gelöst werden kann.

Der zweite Anlaß, warum ich den Herrn Vorsitzenden bat, mir das Wort zu erteilen, war das Einleitungswort des Herrn Bundesrates Hofmann-Wellenhof, als er von der notwendigen europäischen Gesinnung sprach.

Hoher Bundesrat! Ich glaube, es ist notwendig, daß wir uns immer dessen bewußt sind, daß in der institutionalisierten europäischen Integration für Österreich gewisse Grenzen bestehen, Grenzen, die die immerwährende Neutralität und der Staatsvertrag setzen und zu denen wir uns bekennen, die wir auch gerne erfüllen, weil wir wissen, daß wir durch die Respektierung dieser Grenzen überhaupt erst die Rolle Österreichs im heutigen Europa schaffen und garantieren. Aber wenn wir diese Grenzen, die der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den Staaten gesetzt sind, sehen und anerkennen und ihnen auch gern folgen, dann ist uns dabei selbstverständlich und muß uns selbstverständlich auch bewußt sein, daß uns keinerlei Grenzen in der Schaffung, in der Herausbildung einer wirklich europäischen Gesinnung gesetzt sind.

Ich würde sogar etwas weitergehen: Ich glaube, daß für eine einmal kommende und sich realisierende Vision Europa die europäische Gesinnung zumindest in gleichem

9054

Bundesrat — 314. Sitzung — 20. September 1972

Bundesminister Dr. Kirchschläger

Maße wichtig ist wie ein Zollabbau. An dieser europäischen Gesinnung, und zwar an einer wirklich offenen europäischen Gesinnung zu arbeiten, das kommt jedem von uns zu, der bewußt im Heute lebt. Hier sich für jene Werte einzusetzen, die wir in Europa als für unsere europäische Vorstellung essentiell ansehen, das ist, glaube ich, aller Recht und aller Pflicht. Danke. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vorsitzender: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünschen die Berichterstatter eine Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung, die über jeden Beschuß des Nationalrates getrennt erfolgt.

Bei der getrennt durchgeföhrten Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen die beiden Beschlüsse und die beiden Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

5. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden (816 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Schwarzmüller. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Schwarzmüller: Hoher Bundesrat! Sehr geehrter Herr Minister! Ich bringe den Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 14. September 1972 betreffend ein Bundes-

gesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden.

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates soll eine gesetzliche Vorsorge für die Gewährung von Zulagen an Bedienstete des Bundes, die als Angehörige von österreichischen Einheiten auf Ersuchen internationaler Organisationen zur Hilfeleistung in das Ausland entsandt werden, getroffen werden.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. September 1972 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit durch mich den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen, gegen diesen Gesetzesbeschuß keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir schreiten daher zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 9. November 1972, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen. Ein diesbezügliches Aviso wird noch schriftlich und rechtzeitig ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schlus der Sitzung: 13 Uhr 15 Minuten